

Gerechtigkeit und Verantwortung angesichts des Klimawandels

23. Februar 2023, 13:00 Uhr, online

– Transkript der Veranstaltung –

Programm

Begrüßung.....	2
Alena Buyx · Vorsitzende des Deutschen Ethikrates	
Einleitung.....	3
Armin Grunwald · Deutscher Ethikrat	
Erster Block.....	4
Statements	
Angela Kallhoff · Universität Wien.....	4
Cornelia Betsch · Universität Erfurt.....	8
Jörg Tremmel · Universität Tübingen.....	11
Dieter Birnbacher · Universität Düsseldorf.....	15
Diskussion.....	17
Moderation: Alena Buyx · Vorsitzende des Deutschen Ethikrates	
Zweiter Block.....	35
Statements	
Philipp Staab · Humboldt-Universität zu Berlin.....	35
Ottmar Edenhofer · Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung.....	39
Simon Caney · University of Warwick.....	43
Diskussion.....	47
Moderation: Armin Grunwald · Deutscher Ethikrat	
Schlusswort.....	61
Armin Grunwald · Deutscher Ethikrat	

Hinweis: Bei dem folgenden Text handelt es sich nicht um eine wörtliche Transkription. Der Text wurde lektoriert, um eine gute Lesbarkeit herzustellen.

Begrüßung

Alena Buyx · Vorsitzende des Deutschen Ethikrates

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebes Publikum im Livestream, meine Damen und Herren, ich darf Sie herzlich begrüßen zur heutigen öffentlichen Anhörung mit Expertinnen und Experten zum Thema Gerechtigkeit und Verantwortung im Angesicht des Klimawandels.

Als wir vom Deutschen Ethikrat öffentlich mitgeteilt haben, dass wir uns dieses Themas annehmen, habe ich relativ häufig die Frage bekommen: Warum eigentlich? Klimawandel, Klimakrise ist überhaupt nicht euer Beritt. Eure Expertise und eure Aufmerksamkeit sollte doch eigentlich primär im Bereich Medizin, Lebenswissenschaften liegen.

Die Antwort, die man darauf geben kann, ist zweigeteilt. Einen Teil davon haben wir schon einmal gegeben, im Jahr 2019, als wir eine erste Tagung zum Thema Klimawandel veranstaltet haben, denn der Klimawandel ragt natürlich in unsere Expertise hinein, in unterschiedlicher Art und Weise. Da haben wir uns beschäftigt mit dem Verhältnis von Politik und Wissenschaft am Beispiel des Klimawandels.

Gleichzeitig ist der Klimawandel und ist die Klimakrise eine der großen Herausforderungen, denen wir uns alle als Gesellschaften, aber auch als Individuen gegenübersehen, und entsprechend haben wir eine sehr spezifisch einschlägige Expertise und fallen Klimawandel und Klimakrise ins Zentrum unserer Expertise, nämlich dann, wenn es um die normativen Fragen geht, wenn es um die ethischen Fragen geht, und die finden insbesondere in Bezug auf Gerechtigkeit und Verantwortung statt. Klimawandel ist eine Frage der Gerechtigkeit, Klimawandel ist eine Frage der Verantwortung.

Da geht es darum: Wer ist wann wofür verantwortlich, in der Vergangenheit für welche Formen von Verursachung, aber auch dafür, wie die Bekämpfung des Klimawandels und die Anpassung an den Klimawandel gestaltet werden kann. Und es geht um viele wichtige und schwierige Fragen der Gerechtigkeit, auch der Verteilungsgerechtigkeit: Wie können Lasten, Belastungen gerecht verteilt werden? Es gibt viele Vorschläge unterschiedlicher Maßnahmen, die im Einzelnen zu bewerten der Ethikrat keine Expertise hat. Aber die Frage danach, inwieweit, ob und wie stark Individuen, bestimmte Gruppen, aber auch bestimmte Generationen, bestimmte Länder und Regionen in der Welt belastet werden können, sollen und dürfen, die treibt uns natürlich um.

Gleichzeitig ist ebenso essenziell, dass wir unsere eigene Expertise, die wir zu diesen normativen Fragen haben, noch ergänzen. Die Transformation, die vor uns steht, die gesellschaftlichen Veränderungen, die individuellen Lebensveränderungen, die uns alle betreffen werden, können nur dann gut gestaltet werden, wenn wir das wirklich interdisziplinär angehen, wenn alle Perspektiven, die da relevante Erkenntnisse und Einsichten mitbringen, tatsächlich dabei sind, und darum bemühen wir uns, so gut das möglich ist.

Wir freuen uns, dass wir eine Reihe von ausgewiesenen Expertinnen und Experten haben, die diese normativen Fragen mit uns diskutieren, aus fachlichen Perspektiven, die bei uns im Ethikrat nicht so stark vertreten sind, aus den Sozialwissenschaften, der Psychologie, aus der Ökonomie, aber auch aus der Philosophie, insbesondere Gerechtigkeitstheorie. Ich freue mich sehr, dass wir heute einen wunderbaren Kreis von Expertinnen und Experten gewinnen konnten.

Und damit danke ich Ihnen, dass Sie heute dabei sind und uns zuhören. Sie können leider keine direkten Fragen stellen, aber wir bitten Sie, sich unter dem Hashtag Klimaethik rege auf Twitter zu beteiligen. Wir können in die ausführliche Diskussion, die wir hier heute Nachmittag führen werden, Dinge einfließen lassen.

Damit übergebe ich sehr gern das Wort an Armin Grunwald, der die AG zusammen mit Kerstin Schlögl-Flierl bei uns leitet und der Ihnen jetzt die Expertinnen und Experten des Nachmittags vorstellen wird.

Vielen Dank und eine gute Anhörung und intensive Diskussion.

Einleitung

Armin Grunwald · Deutscher Ethikrat

Ein herzliches Willkommen auch von meiner Seite, aber auch insbesondere seitens der AG Klimaethik. Der Name Kerstin Schlögl-Flierl wurde schon genannt. Zur AG gehören darüber hinaus Stephan Kruip hier im Raum, Frauke Rostalski am Bildschirm und Mark Schweda auch hier im Raum. Wir haben bisher im Wesentlichen Material gesammelt und haben maßgeblich diese Anhörung mit vorbereitet, Fragenkataloge erarbeitet usw., und wir sind sehr gespannt auf das, was kommt. Denn es ist zum Thema Klimawandel schon sehr viel gesagt worden, auch von der Ethik und von normativen Wissenschaften anderer Art, und jetzt kommt der Deutsche Ethikrat auch noch. Wir werden auf die Stichworte Gerechtigkeit und Verantwortung zugehen, das steht ja auch im Titel der Veranstaltung, und vermutlich (aber das wird sich zeigen) wird es auch stark in Richtung Abwägungsfragen, möglicherweise sogar Dilemmata im Rahmen der Verteilungsgerechtigkeit der Belastungen gehen.

Darauf werden wir heute sicher auch bei den Fragen schon Wert legen.

Alena Buyx hat es schon gesagt: Wir haben uns Verstärkung gesucht. Wir sind Ihnen sehr dankbar hier im Raum und auch am Bildschirm, dass Sie da sind, dass Sie sich die Zeit genommen haben, uns hier Ihre Perspektive darzustellen und auch auf unsere Fragen zu antworten.

Wir haben es so vorgesehen: 10 Minuten Input, das bitten wir auch einzuhalten, damit wir dann im Anschluss jeweils eine Stunde Diskussion haben, in einem Block vor der Kaffeepause und in einem Block nach der Kaffeepause. Darauf kommt es ja uns an: auf Basis Ihrer Inputs ins Gespräch zu kommen und Themen gezielt zu vertiefen.

Ich stelle kurz die Sachverständigen im ersten Block der Anhörung vor. Ich werde nicht die Curricula Vitae erläutern, das dauert zu lange. Hier im Raum sind die Tagungsmappen ausgedruckt. An den Bildschirmen schauen Sie einfach auf die Homepage des Deutschen Ethikrats. Dort finden Sie die Tagungsmappe und dort sind auch die Lebensläufe und Positionen der Expertinnen und Experten abgedruckt.

Das ist zunächst Angela Kallhoff von der Universität Wien; schön, dass Sie die weite Reise gemacht haben. Sie ist von der Ethik, der Angewandten Ethik und mit dem Schwerpunkt Klimagerechtigkeit über Publikationen bekannt und wird auch hier zu dem Thema sprechen.

Dann Cornelia Betsch von der Universität Erfurt, sie wird am Bildschirm sein. Ein ganz anderes Themenfeld: Psychologie, Gesundheitskommunikation, und ihr Thema wird Verhaltensänderung sein. Ich denke, die Relevanz ist uns allen klar.

Jörg Tremmel von der Universität Tübingen, auch hier bei uns, Politikwissenschaftler und

Philosoph, bekannt vor allen Dingen über das Stichwort Generationengerechtigkeit und die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen.

Dieter Birnbacher, Universität Düsseldorf, emeritiert. Ich denke, da ist wenig zu sagen. Ethik in allen Formen, natürlich auch Klimaethik, eine vielbeachtete Monografie vor einigen Jahren, und ich kann es mir nicht ganz verkneifen: Herr Birnbacher, Ihr Büchlein *Intergenerationelle Verantwortung* von 1988, also eine ganz frühe Publikation in diesem Feld, hat mich genauso die ganzen Jahre und Jahrzehnte begleitet wie Hans Jonas' *Prinzip Verantwortung*. Beide Bücher zeigen auch, wie unterschiedlich man diese Thematik angehen kann.

Wir sind gespannt, freuen uns auf Ihre Inputs und damit verlasse ich gern dieses Mikro und übergebe es Ihnen, Frau Kallhoff.

Erster Block

Statements

Angela Kallhoff · Universität Wien

(Folie 1)

Sehr geehrte Damen und Herren, verehrter Ethikrat, liebe Zuschauer:innen, herzlichen Dank für die Einladung.

Ich spreche über Klimagerechtigkeit und habe mir vorgenommen, in aller Kürze in den Sachstand einzuführen und dann grundlegende Unterscheidungen und ein paar Thesen für die Diskussion heute vorzubereiten.

(Folie 2)

Beginnen wir mit dem Framing. Für uns Philosoph:innen ist es ganz wichtig, das Problem in eine Form zu gießen, in eine theoretische Form, sodass Sie verstehen, worum es geht.

Das Framing, das ich gewählt habe, wurde 2002 von Peter Singer vorgeschlagen. Er hat das Problem geframt als „One Atmosphere“. Seine Idee ist: Wir haben es mit einem globalen Problem zu tun, wenn wir über den Klimawandel sprechen, und das globale Problem besteht darin, dass wir die eine Atmosphäre (hier blau eingezeichnet) gemeinsam nutzen, und wir nutzen sie in einer Weise, dass inzwischen eine Übernutzung als Abhalte für schädigende Emissionen stattgefunden hat.

(Folie 3)

Wenn man das Ganze normativ betrachtet, und darum soll es heute gehen, haben wir zwei Seiten des Problems: Wir haben auf der einen Seite die Verschmutzer und Profiteure von hohen Emissionen. Profiteure deshalb, weil emissionsbezogenes Leben Wohlstandsleben ist. Gutes Leben im Sinne von Wohlfahrt hängt, so wie die Industrie heute beschaffen ist, mit gutem Leben zusammen. Die Verschmutzer und Profiteure sind vor allen Dingen die reichen Nationen, und wir haben auf der anderen Seite die inzwischen auch so bezeichneten Klimaopfer und die Klimageschädigten.

Jetzt komme ich zum Gerechtigkeitsproblem: Die Klimaopfer und Klimageschädigten sind vor allem diejenigen, die selber keine bedeutsame Emissionsgeschichte haben. Es sind auch besonders vulnerable Gruppen und Nationen, und es sind die künftig lebenden Personen. Und man kann mit Fug und Recht behaupten, dass sich die Klimagerechtigkeitsdebatte an diesem Ungleichgewicht festgemacht hat, denn diese Diskrepanz zwischen Verschmutzern und eklatant Geschädigten ist ungerecht.

Was die Klimagerechtigkeitsdebatte versucht, ist, zu sagen: Mithilfe von Konzepten der Klimagerechtigkeit versuchen wir hier einen

fairen Ausgleich zu schaffen oder die Situation, wie sie jetzt ist, zu verbessern.

(Folie 4, 5)

Lassen Sie mich zur Situation etwas sagen. Mir wurde gesagt, hier werden keine Daten abgefragt. Das ist auch gut so. Es gibt gute internationale Berichte vom IPCC [Intergovernmental Panel on Climate Change], hier in Potsdam vom PIK [Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung] usw., aber wir müssen die Situation so sehen, wie sie ist.

Das PIK hat dieses Paper herausgebracht: Hothouse Earth! Wir befinden uns in einem Szenario, in dem die Erhitzung als Folge des Klimawandels so weit fortgeschritten ist, dass wir es inzwischen mit allen möglichen Arten von Klimakatastrophen zu tun haben. Eine der eklatanten Katastrophen ist, dass es zunehmend zu Bränden kommt, und dann schließen sich solche Kreisläufe an, die das Geschehen in sehr viel schnellerer Art und Weise, als wir es noch vor 10, 20 Jahren gedacht haben, immer schlechter und schlimmer machen. Also die Situation ist die eines Hothouse Earth.

(Folie 6)

Die Situation ist die, dass wir es vor allen Dingen im globalen Süden mit Überschwemmungen, mit dem Verlust von Häusern und Nahrungsgrundlagen zu tun haben. Ich möchte in diesem Kontext für die ethische Debatte daran erinnern, dass im Oktober 2022 ein Drittel von Pakistan an einer Überschwemmung litt. Damals waren 8 Millionen Menschen betroffen. Heute sind 40 Millionen Pakistani weiterhin ohne Nahrungsgrundlage und von Folgekrankheiten betroffen.

(Folie 7)

Ich möchte auch daran erinnern, dass das, was wir in sehr milder Form in Deutschland erlebt haben (Dürren, Hunger und damit einhergehende Nahrungsverknappung), in anderen Teilen der Welt Alltag ist. Dies ist ein Bild nicht von einem Strandurlaub, sondern das ist Madagaskar. Madagaskar hat vier Jahre in Folge eine solche Dürre erlebt, dass die Menschen auf der Flucht sind. Die Folge wird sein, dass dort kaum Möglichkeiten gegeben sind, weiterhin überhaupt die Nahrungsgrundlage zu beschaffen.

Ich möchte das deshalb so drastisch zeigen, weil es so ist und weil ich daran erinnern möchte, dass wir in einer globalen Welt leben und dass selbstverständlich die Emissionen, die irgendwo produziert werden, diese Folgen zeigen. Der IPCC hat belegt, dass über jede zusätzliche Tonne CO₂ und auch Methan eine Dramatisierung der Ereignisse die Folge sein wird. Wir sind noch nicht an den Tipping Points. Ich möchte nicht sagen, wir können nichts tun, aber es ist eine extrem dramatische Situation für viele Menschen in unserer Welt.

(Folie 8)

Die Klimakatastrophe ist Realität.

Wir haben verursachende Dynamiken. Die sind alle hinreichend erforscht, werden aber nicht hinreichend bearbeitet. Der neue Bericht des Club of Rome sagt: Das ist alles „Too Little Too Late“. Wir brauchen einen großen Sprung nach vorne.

Was die Schubumkehr angeht, kann es nur so sein (dazu habe ich gearbeitet), dass es durch kollektives Handeln passiert. Jeder Einzelne, jede Nation und jede Industrie muss das ihrige dazutun. Wir brauchen einen Umbau der verbrauchenden, globalen Industrie und der Versorgungssysteme. Wir brauchen selbstverständlich auch kluge

Technikentwicklung. Wir brauchen zielführende Kooperationen und Regulierungen und vor allen Dingen eine vorbehaltlose Priorisierung des Natur- und Klimaschutzes.

Ich möchte das an den Anfang der normativen Diskussion stellen, weil wir aufhören sollten zu fragen: Wer muss was tun? Es kann ethisch gezeigt werden, dass es eine universale Mitwirkungspflicht gibt, dieses Drama, diese Katastrophe abzumildern, von jeder einzelnen Person und vor allen Dingen auch von den reichen Nationen.

(Folie 9)

In den verbleibenden fünf Minuten ein paar Gedanken zur Klimagerechtigkeit.

(Folie 10)

Es gibt unterschiedliche Forderungen. Die allerwichtigste scheint mir zu sein: Klimagerechtigkeit fordert an erster Stelle das Nicht-Verfehlen von Reduktionszielen und eine zügige Anpassung an die Null-Emissions-Ziele.

Was die Verantwortung angeht: Für reiche Nationen geht um eine faire Übernahme von Lasten, Singer hat mal gesagt: „You broke it, now you fix it!“ Es geht auch um eine faire Unterstützung des globalen Südens, damit dort noch eine Safe Transition möglich ist, und es geht um eine Priorisierung des Klima- und Naturschutzes als Staatsziel.

Und vor allen Dingen: Gerechtigkeit ist nichts, was wir Ethiker:innen oder der Ethikrat sich ausdenkt. Gerechtigkeit ist ein Verfassungsrecht, und wenn man das international wichtigste Abkommen anschaut, das Pariser Klima-Abkommen, steht das in der Präambel und was wir hier machen, ist nur eine Explizierung dessen, was international verankert ist.

(Folie 11)

Klimagerechtigkeit, darum soll es hier auch gehen. Es gibt eine Vielzahl von unterschiedlichen Ansätzen der Gerechtigkeitsdebatte. Das hat Alena Buyx schon einfühend dargestellt.

Punkt 1: Es geht um Fragen der Verteilungsgerechtigkeit, eine faire Anteilnahme an den verbleibenden Emissionsrechten, wenn man so will.

Punkt 2: Wenn wir die Ziele erreichen wollen, wird es sehr teuer. Wir brauchen Burden-Sharing-Fairness, das heißt die Frage: Wer muss was übernehmen?

Punkt 3: Den wichtigsten Vertreter werden Sie heute noch hören, Simon Caney. Es geht letztlich darum, jedem Menschen auf diesem Globus das Recht anzuerkennen, wie er es formuliert, nicht willkürlich durch die Folgen des Klimawandels an Leib und Leben geschädigt zu werden. Dieses Menschenrecht hat negative Pflichten auf der Seite all derjenigen, die heute noch verschmutzen.

Dann geht es um Kompensation, wiederherstellende und korrektive Gerechtigkeit. Wir sind aktuell in der Loss-and-Damage-Debatte, auch das ist normativ zu argumentieren, und vor allen Dingen auch die Zukunftsgerechtigkeit.

Kurzum: Wir haben einen Handlungsauftrag. Wir haben Möglichkeiten, das ausdifferenzieren und zu fragen: Was genau fordert die Gerechtigkeit? Dazu brauchen wir unterschiedliche Gerechtigkeitsansätze, das klang schon an. Man muss dann schauen, auf welche man sich festlegt und wie man die priorisiert. Meiner Meinung nach ist der Menschenrechtsansatz der allerwichtigste.

(Folie 12)

Dann kommen wir zu der Frage, die unabdingbar auch gestellt werden muss: Wer trägt welche Verantwortung? Das ist die Frage: „Who has to do what?“

Angenommen, wir haben Gerechtigkeitsprinzipien, die dem zugrunde liegen, und angenommen, wir wissen, dass wir das Problem gemeinsam lösen müssen, dass es eine Forderung der Gerechtigkeit ist, dann kann man noch fragen: Welchen Anteil sollte denn nun jeder tragen?

Das sinnvollste Vorgehen ist da, in Szenarien zu denken, sich klar darüber zu sein: Jeder muss das Bestmögliche tun, gleichwohl aber zu fragen, nach welchen Prinzipien man Verantwortung allokiert, also verschiedenen Akteuren zuordnen kann.

Es gibt eine Reihe unterschiedlicher Prinzipien. Für reiche Nationen gilt mit Sicherheit das Verursacherprinzip, frei nach Singer: „You broke it, now you fix it.“ Die Länder mit den hohen Emissionen müssen vorangehen.

Sicherlich aber auch das Fähigkeitenprinzip: Wer die Fähigkeiten hat, heute in grüne Technologien zu investieren und tatsächlich in Richtung null Emissionen zu gehen, der muss es unter Bedingungen des Klimanotstands, der Klimakatastrophe auch tun.

Das könnte man sich im Einzelnen anschauen. Dafür ist keine Zeit. Wichtig ist, dass wir diesen Dreischritt haben: Wir haben Klimaziele, die international vereinbart sind. Sie laufen auf Reduktionsziele hinaus und auf Null-Emissions-Ziele. Länder haben das auch noch mal nachgeschärft. Wir haben Überlegungen dazu, was fair, was gerecht wäre, und wir haben Allokationsprinzipien.

(Folie 13)

Ich bin als Expertin eingeladen und würde deshalb gern noch auf meine Publikation hinweisen und das Wichtigste, was darin eingegangen ist, erklären, nämlich: Klimaziele sind kollektive und von allen gewünschte und notwendige Zukunftsziele, und es gibt eine universale Mitwirkungspflicht. Keiner kann sich heute mehr ausnehmen.

Aber wir müssen genau das fragen, was Sie hier heute diskutieren wollen, nämlich: Wer muss jetzt was tun? Ich sehe auch die Aufgabe von Regierungen darin, dass sie die politischen Aufgaben so setzen, dass sie Ermöglichungsbedingungen für das entsprechende Klimahandeln schaffen und möglicherweise auch anfangen, über Sanktionen für klimaschädigendes Verhalten nachzudenken.

(Folie 14)

Ich habe zwei Forderungen. Die Zeit reicht genau für eine. Das mache ich jetzt noch.

(Folie 15)

Alle Akteure müssen ihre Verantwortung jetzt übernehmen. Das ist Ihnen klar. Was eine neue Schwerpunktsetzung in der Debatte ist, ist die Ethics of Negligence, die Vernachlässigungsethik, nämlich: Wenn es ein Menschenrecht gibt, nicht mehr von den Folgen des Klimawandels geschädigt zu werden, und wenn das ein globales Recht einer jeden Person ist, dann müssen wir heute sagen: Wenn es zu Vernachlässigungen, Nichthandeln oder verpassten Chancen kommt, dann geht es um die billigende Inkaufnahme von schädigenden Folgen, und das ist moralisch zu verurteilen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Alena Buyx

Vielen Dank, liebe Angela Kallhoff, für diesen Parforceritt. Alle Expertinnen und Experten werden die Gelegenheit haben, dies noch auszuführen. Deswegen haben wir euch in so kurze Statements gezwungen und haben viel Zeit für die Diskussion vorgesehen.

Als Nächstes spricht zu uns Cornelia Betsch. Cornelia, du hast das Wort, vielen Dank.

Cornelia Betsch · Universität Erfurt

(Folie 2)

Herzlichen Dank, Alena. Ich begrüße Sie alle ganz herzlich aus Erfurt und freue mich, dass wir heute miteinander reden können, auch wenn ich nicht direkt bei Ihnen sein kann.

Ich möchte direkt dort anschließen, wo meine Vorrednerin aufgehört hat. Ich betrachte die Thematik aus einer psychologischen Perspektive. Wir machen Umfrageforschung, Experimente und versuchen zu verstehen, was Menschen eigentlich über den Klimawandel denken, wie handlungsbereit sie sind und was die Handlungsbereitschaft beeinflusst. Es wurden gerade große Gerechtigkeitsfragen angesprochen und dass die wichtig sind.

(Folie 19)

Ich zeige hier ein paar ausgewählte Daten. Die Mehrheit der Befragten (wir befragen immer ungefähr tausend Personen, repräsentativ nach Alter, Geschlecht und Bundesland) findet auch, dass die Klimawende generationengerecht sein soll. 63 Prozent stimmen zu und finden auch, dass Leute, die viel verbrauchen, dafür zur Rechenschaft gezogen werden sollten und dass klimarelevantes Handeln direkte Auswirkungen haben soll. Also das, was hier gerade dargelegt wurde, findet schon eine Zustimmung in der Bevölkerung.

(Folie 5)

Ich habe für den Rest des Vortrags Ihre Fragen relativ wörtlich genommen und gebe Ihnen teilweise zu den Fragen Rückmeldungen, weil es mir ganz wichtig ist, zu überlegen: Wie reden wir eigentlich über dieses Thema?

Zuerst haben wir gefragt, welche Faktoren Einfluss auf die Bereitschaft der Menschen nehmen, klimafreundlich zu handeln.

(Folie 6)

Wir schauen uns die Handlungsbereitschaft in unseren Studien als individuelles Verhalten an. Was machen die Leute schon? Aber auch: Welche Maßnahmen wollen sie politisch akzeptieren und wo bringen sie sich selber politisch ein? Denn wir haben gesehen: Das Problem ist sehr groß und das wird allein dadurch, dass jeder individuell sein Verhalten ändert, nicht zu machen sein. Ich denke, dass es ein sehr wichtiges Umdenken ist, aus dieser Individualisierungsfalle herauszukommen.

(Folie 7)

Wir finden sehr viele Einflussfaktoren auf die Handlungsbereitschaft. Ich möchte auf ein paar spezifische heute eingehen. Wir sehen: Wer ein hohes Risiko wahrnimmt, dass der Klimawandel zu negativen Gesundheitsfolgen führt, ist eher handlungsbereit. Wir sehen auch, dass Leute, die es einfach finden zu handeln, eher handlungsbereit sind. Wir sehen auch, dass Menschen, die denken, dass sie in guter Gesellschaft sind, dass die soziale Norm so ist, dass man sich klimafreundlich verhält, dies also eine geteilte Norm ist, auch handlungsbereiter sind.

Das sind alles sehr wichtige Faktoren, auf die ich zum Teil noch mal zurückkommen werde.

(Folie 8)

Wir sehen, dass die soziale Norm wie gesagt sehr wichtig ist. Wir sehen aber auch, dass es hier offensichtlich große Missverständnisse gibt. Die Bereitschaft zum klimafreundlichen Handeln – in diesem Fall ist das die Umstellung auf eine stärker pflanzenbasierte, fleischärmere Ernährung – wird zum Beispiel stark unterschätzt. Die Hälfte der Befragten war bereit, ihre Ernährung umzustellen. Die Bereitschaft wird aber nur von ungefähr einem Drittel als hoch eingeschätzt. Also wir *unterschätzen*, wie bereit Menschen eigentlich sind zu handeln.

Das Gleiche finden wir auch mit der Akzeptanz von Klimaschutzmaßnahmen allgemein, und es ist sehr wichtig, dass wir hier eine Korrektur vornehmen, also viel stärker die Befürwortung von Maßnahmen kommunizieren, so sie denn da sind, denn diese kollektive Unterschätzung kann den individuellen und den politisch vorangetriebenen Klimaschutz hemmen.

(Folie 9)

Wir haben gefragt: Wie sollte die Kommunikation der Politik gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern aussehen, insbesondere in Anbetracht einer Herausforderung, die vielen als zu groß erscheint?

(Folie 10)

Ich habe Ihnen versprochen, wir gucken auch auf die Fragen: Ist die Herausforderung für viele zu groß?

Wir haben auch gefragt: Gibt es trotz Klimawandel Hoffnung für die Menschheit? 15 Prozent sind pessimistisch und sagen: Nein. Aber ein großer Teil sagt: Ja, es gibt noch Hoffnung. Es ist sehr wichtig, dass wir auch darauf gucken, wie wir über das Thema reden, denn es ist noch eine Chance da für eine Veränderung, und wenn wir öffentlich darüber reden, auch zum Beispiel von

relevanten Organen wie dem Ethikrat, kann es sein, dass wir die kollektive Selbstwirksamkeit, die soziale Norm wieder beeinflussen und dass der Eindruck entsteht: Die meisten Leute denken, es ist sowieso nichts mehr zu tun.

(Folie 11)

Beim Klimahandeln gibt es tatsächlich sehr große Erwartungen der Bevölkerung. Über 70 Prozent erwarten eine bessere Koordination zwischen den Parteien, eine bessere Koordination zwischen den Regierungsbereichen und erwarten, dass die Politik klimafreundliches Verhalten einfach macht. Das hat mit Regulierung zu tun, das hat mit der Gestaltung der Entscheidungsarchitektur, zum Beispiel der Kaufumgebung für Lebensmittel zu tun.

Das bedeutet: Die Leute sind sich darüber im Klaren, dass Klimaschutz wichtig ist, und eine Veränderung wird gewünscht, damit klimafreundliches Verhalten einfach wird. Dabei wollen sie nicht die Verantwortung abgeben. Sie sind durchaus bereit, Verantwortung zu tragen, aber sie wollen, dass klargemacht wird, wie der eigene Beitrag aussehen kann, und dass ihnen der eigene Beitrag möglichst einfach gemacht wird.

(Folie 12)

Zum Thema Kommunikation ist sehr wichtig zu sagen, dass wir hier trennen müssen zwischen politischer Kommunikation und der Klimakommunikation. Wir haben das im Moment nicht. Wenn über Klima kommuniziert wird, kommt das hauptsächlich aus dem politischen Bereich, wo Maßnahmen erklärt werden, warum dies oder jenes gut ist. Was wir nicht haben, ist eine Struktur, die hauptamtlich Klimafakten und handlungsrelevante Klimakommunikation betreibt.

Warum ist das wichtig? Wir sehen, dass in Bezug auf Klimahandeln die Wissenschaft ein viel

höheres Vertrauen genießt als die Regierung. Und wenn wir diese Arten der Kommunikation sehr stark trennen, erlaubt das viel klarer die Unterscheidung zwischen wissenschaftlicher Risikobewertung und politischer Entscheidung und hängt auch Personen mit geringem Vertrauen nicht ab. Deswegen ist es sehr wichtig, das zu trennen.

(Folie 13)

Das haben wir schon in der Corona-Zeit gesehen. Die Klimakrise ist auch eine Gesundheitskrise, deswegen kann ich Ihnen noch mal die fünfte Stellungnahme des Corona-ExpertInnenrates ans Herz legen. Sie befasst sich zwar mit Corona und warum wir sehr spezifische Gesundheits-Kommunikationsstrukturen brauchen, aber da steht auch drin, dass das für andere Krisen, zum Beispiel den Klimawandel, auch gilt. Hier muss eine Kommunikation stattfinden, die zielgruppenspezifisch ist, die Selbstwirksamkeit unterstützt und risikokompetentes Verhalten unterstützt. Das haben wir nicht in Deutschland und das brauchen wir, damit wir gut mit dem Klimawandel umgehen können und damit politische Maßnahmen auch anders und besser akzeptiert werden.

(Folie 14)

Eine weitere Frage, die wir hatten, war, wie sich provokante Protestaktionen auf den gesellschaftlichen Diskurs auswirken.

(Folie 15)

Da können wir in die internationale Literatur schauen. Es gibt den Effekt der radikalen Flanke. Wir sehen in Studien, dass das Vorhandensein von radikalen kleineren Gruppen dazu führen kann, dass die mehrheitlichen, aber nicht so radikalen Gruppen – ich sag immer: die Klimabewegung allgemein – tatsächlich positiver

wahrgenommen wird und stärker unterstützt wird. Das kann also einen positiven Effekt haben.

(Folie 16)

Außerdem hat es Effekte auf das Agendasetting, also die Frage: Was wird eigentlich in den Medien berichtet?

Hier ist eine internationale Studie über Straßendemonstrationen, die gezeigt hat, dass gewalthaltige Projekte zu Peaks führen, dass viel darüber berichtet wird (über große Bewegungen wird entsprechend länger berichtet), aber dass diese Art des Protestes auch eine Implikation für die Medienberichterstattung hat.

(Folie 17)

Hier muss man aber sehr klar sagen, dass der Bericht über den Protest natürlich nicht gleich Klimaberichterstattung ist. Das ist eine aktuelle Studie über die Tagesschau. Man sieht hier oben, dass die meisten Tagesschauen ohne das Wort Klima auskommen. Das hat in der letzten Zeit etwas zugenommen, aber man sieht, dass das extrem mit irgendwelchen Vorkommnissen variiert: Entweder gibt es eine Klimakonferenz oder ein Extremwetterereignis, und dann kommt das Wort Klima eher vor.

Man sieht aber auch, wenn man das im Vergleich zu anderen Krisen sieht, dass es überlagert wird von anderen Krisen, hier Corona oder der Ukraine-Krieg oder die Flüchtlingskrise, und vor allem, dass es von Wirtschaftsthemen extrem stark, und zwar zuverlässig über die Zeit dominiert wird. Das heißt, wir haben hier eine starke Abhängigkeit von Ereignissen.

(Folie 20)

Sie haben in Ihrer Fragestellung geschrieben: Worauf gründet die Verantwortung des Menschen zum Ergreifen von Klimaschutzmaßnahmen? Steht hier die

Verantwortung gegenüber anderen Menschen oder gegenüber der Natur im Vordergrund?

(Folie 21)

Ich möchte hier noch mal einen Punkt machen, der mir sehr wichtig ist. Denn Klimaschutz ist Schutz anderer Menschen, da die Klimawandelfolgen sehr starke Gesundheitsfolgen haben. Eigentlich nahezu in jedem medizinischen Bereich können Sie Folgen des Klimas sehen, wie sich das negativ auf die Gesundheit auswirkt. Das heißt, hier kann man klar sagen, dass Klimaschutz auch Schutz anderer Menschen ist.

(Folie 22)

Außerdem möchte ich gern noch mal diese Dichotomie in Frage stellen, denn es scheint mir doch ein sehr spezifisches Weltbild zu sein, das wir dieser Frage zugrunde legen. Man kann doch sagen, gerade wenn wir die Biodiversitätskrise anschauen, dass Klimaschutz sicherlich der Schutz der Lebensgrundlage ist, unserer eigenen, aber natürlich auch vor allem zukünftiger Generationen. Ich denke, man kann sagen: Wer das Wissen und die Macht hat, hat auch die Pflicht zum Handeln. Und da würde ich den Menschen wieder gern ins Zentrum stellen, denn der Mensch hat das Wissen, die Macht und damit auch die Pflicht zum Handeln.

(Folie 23)

Ich fasse das kurz zusammen. Die Einflussfaktoren auf die Handlungsbereitschaft sind die Wahrnehmung von Gesundheitsrisiken, die Selbstwirksamkeit und soziale Normen. Hier muss politisch gehandelt werden, hier müssen Mehrheiten kommuniziert werden. Wir brauchen gute Klimakommunikation, gute Klima-Bildung, die essenziell ist, um die Handlungsbereitschaft zu fördern, und wir brauchen dafür Strukturen.

Wir sehen in der Bevölkerung sowohl eine individuelle Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen und zu handeln, aber auch die explizite Forderung nach regulierenden und handlungsleitenden Verhältnisänderungen.

Bei der Klimaberichterstattung ist wichtig, das nicht dem Klimaprotest zu überlassen. Hier kann man noch mal darauf hinweisen, dass regelmäßige inhaltliche Informationen wünschenswert wären, statt der Sensations- oder situationsbezogenen Berichterstattung einfach freien Lauf zu lassen.

Im Bericht ist es wichtig zu explizieren, welche Implikationen das anthropozentrische Weltbild für die ethischen Fragen hat: Welche Haltung wird eingenommen und warum? Welche alternativen Haltungen gibt es dazu noch und was sind deren Implikationen?

(Folie 24)

So viel von mir. Vielen Dank fürs Zuhören und für die Einladung.

Alena Buyx

[...] und reichhaltige Informationen für uns, sondern auch für die Reflexion auf uns. Das ist natürlich besonders willkommen und erwünscht.

Ich freue mich, dass als Nächstes Jörg Tremmel zu uns spricht. Herr Tremmel, Sie haben das Wort.

Jörg Tremmel · Universität Tübingen

(Folie 1)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer ist der Adressat von klimaethischen Forderungen, die Politik oder das Individuum? In Abgrenzung des eben gehörten Vortrags möchte ich den Fokus auf das Individuum legen, denn in der Ethik geht es nach Kant zunächst mal um die Frage: Was soll ich tun und nicht der Staat oder Dritte etc.?

(Folie 3)

Zur Einleitung eine Folie von einem Kompensationszertifikat für einen privaten Urlaubsflug. Letzten Sommer war ich in Albanien zum Wandern und Trecking, und um diesen CO₂-Fußabdruck rückgängig zu machen, habe ich ein Zertifikat über 310 kg CO₂ gekauft. Dieses bedeutet: Das CO₂ wurde aus der Luft abgesaugt, dann wieder mineralisiert und unter die Erde gebracht, wo es als Kohlenstoff nun hoffentlich wieder viele Millionen Jahre liegt. Das ist also keine Kompensation, sondern eine Entnahme oder Removal von CO₂.

Ich denke, auch weiterhin sollte für private Flüge nicht der Staat zuständig sei, sondern das fällt in die private Verantwortung, auch wenn natürlich staatliche Rahmenbedingungen klimafreundliches Verhalten von Individuen einfacher machen sollten.

(Folie 4)

Ich werde ausgehend von der These, dass die Erderwärmung eine existenzielle Bedrohung für die Menschheit ist, meine Frage so stellen: Wie persönlich und wie individuell ist die Verantwortung, die uns aus der Klimakrise erwächst?

Da sagt das Umweltbundesamt:

„Klimaschutz ist wichtig. Und das Ziel lässt sich für Deutschland sehr genau benennen: Von knapp 11 Tonnen CO₂-Äquivalenten auf unter 1 Tonne pro Person und Jahr.“

Das ist auch die Position im Einklang mit der internationalen Staatengemeinschaft.

Hanna Schübel, eine Doktorandin von der Universität von Fribourg, hat bei der letzten Tagung für Praktische Philosophie in Salzburg einen sehr interessanten Vortrag gehalten. Sie argumentierte, dass eine neue

„Möglichkeit, Emissionen aus der Atmosphäre zu entfernen, die (Einschub von mir: neue) moralische

Verantwortung mit sich bringt, den individuellen Kohlenstoffdioxid-Fußabdruck auf null zu minimieren. Denn um keinen Schaden durch Emissionen anzurichten, kann das Individuum nicht nur deren Erzeugung vermeiden, sondern auch dafür sorgen, dass sie aus der Atmosphäre entfernt werden.“

Dem habe ich nicht viel hinzuzufügen. Meine eigene ergänzende Position ist, dass das auch gilt, wenn andere nicht so handeln. Eine Zunahme der Zahl handlungsfähiger Akteure führt nicht zum Verschwinden der individuellen Verantwortung.

(Folie 5)

Wenn wir uns jetzt einmal den CO₂-Rechner des Umweltbundesamtes anschauen, dann ist der in verschiedene Bereiche eingeteilt. Ich bin das mit dem Zuständigen auch einzeln durchgegangen. Wir sehen zum Beispiel: Im Bereich Wohnen ist der Durchschnitt bei 2,16 Tonnen. Das ist bei Passivhäusern etc. reduzierbar auf 0,41 Tonnen.

Ähnlich ist es bei der Stromerzeugung, wenn man also eine Photovoltaik-Anlage auf dem Dach hat, oder bei Mobilität, wenn man auf Flüge weitestgehend verzichtet, auf Autofahren, und dann natürlich auch

(Folie 6)

bei Ernährung, vegane, vegetarische Ernährung beispielsweise.

Was übrig bleibt, ist diese Restmenge, die öffentliche Emission. Das ist der unvermeidbare persönliche CO₂-Fußabdruck, der allein dadurch entsteht, dass man die öffentliche Infrastruktur von Deutschland, zum Beispiel Straßen und Krankenhäuser nutzt.

(Folie 7)

Worauf läuft das hinaus? Selbst bei einem extrem klimafreundlichen Lebensstil kommt man nicht auf null. Man kommt immer auf einen Restwert, vielleicht eben ein Drittel des deutschen Durchschnittswertes, und diese Emission kriegen

wir auch nicht weg, solange wir leben. Wir können ja nicht auf Nahrungsaufnahme etc. verzichten.

Interessant ist aber dieser kleine Reiter rechts: „mit Vermeidung“. Da kann man seine CO₂-Bilanz tatsächlich auf null runterbringen, wenn man diese relativ neue und relativ teure Möglichkeit der Removal-Zertifikate nutzt. Da gibt es verschiedene Methoden, auf die ich gleich noch eingehe.

(Folie 9)

Aber dagegen gibt es vier Gegenargumente. Erstens: Das Diskutieren über persönliche negative Emissionen sorgt dafür, dass Individuen sich vielleicht weniger bemühen, CO₂ schon am Anfang zu vermeiden.

Zweitens: Dieses persönliche Emissionsziel von Netto-Null statt Null führt zu einer finanziellen Überforderung.

Drittens: Es gibt noch gar keine technischen oder biologischen Lösungen für Einzelpersonen oder Firmen, um individuelle negative Emissionen zu realisieren.

Viertens: Solange nicht andere dieses persönliche Netto-Null-Emissions-Ziel akzeptieren, muss ich es auch nicht tun.

(Folie 10)

Zum ersten Einwand kann man sagen: Henry Shue, ein berühmter Klimaethiker, hat mal gesagt: Es gibt zwei Prinzipien mit diesen neuen Möglichkeiten, also „ought implies can“, solange es diese Möglichkeit nicht gab, hatten wir auch weniger ethische Verpflichtungen, aber heute

“‘do not harm’ and ‘clean up your own mess’ are the two sides of the same coin: those who fail to fulfill the first responsibility ordinarily incur the second one.”

Also wenn man es nicht schafft, über die Vermeidung auf null zu kommen, hat man immer

noch die Möglichkeit, diese spätere Entnahme des gleichen Wertes aus der Atmosphäre zu machen.

Interessant in der Empirie ist, dass die Thematisierung dieser zusätzlichen Möglichkeit, der Zertifikatskäufe, wenn man moralisch integer bleiben will, dazu führt, dass Menschen, die bisher nicht darüber nachgedacht haben, klimafreundlich zu handeln, jetzt zumindest diese Vermeidung mehr ins Auge fassen, um nicht später darauf hingewiesen zu werden, dass sie jetzt vielleicht den entsprechenden Betrag zahlen sollten, um auf Netto-Null zu kommen.

(Folie 11)

Ich sehe auch nicht, warum das zu einem Dilemma werden könnte. Wir haben Hochemittenten ohne jede Vermeidung, und wenn die nach diesem Moral Point of View einen klimaschädlichen Stil durchführen wollen, dann müssten sie über 11.000 Euro pro Jahr aufwenden, um auf Netto-Null zu kommen. Das heißt, es ist für jeden eigentlich erst mal ein Anreiz zur Vermeidung, weil Mittelemittenten oder Geringemittenten von Anfang an schon über das „Do no harm“-Prinzip bessergestellt sind.

(Folie 12)

Ob es tatsächlich eine finanzielle Überforderung ist, mag im Einzelfall so sein. Gleichzeitig gibt es aber sicherlich Millionen von Deutschen oder anderen Menschen auf der Welt, die auf Netto-Null kommen könnten, ohne finanziell überfordert zu sein. Wir müssen ja sehen, dass die einkommensstärksten 10 Prozent der Welt fast 50 Prozent des globalen CO₂-Ausstoßes verursachen, bisher ohne jede Removal- und Storage-Strategie.

(Folie 13)

Wenn wir, und darauf weist der IPCC seit Jahren hin, die Erderwärmung nur dann in dem Ausmaß

begrenzen können, das heißt wirklich wieder auf 350 parts per million kommen (im Moment sind wir bei 421), dann brauchen wir diese Doppelstrategie. Wir brauchen Vermeidung, wir brauchen aber auch negative Emissionen.

(Folie 14)

Jetzt ist natürlich die große Frage: Gibt es das denn überhaupt? Vielleicht hören Sie heute zum ersten Mal davon, dass es überhaupt diese Möglichkeit gibt, auf individueller Basis zu kompensieren. Das hat ja weitreichende Folgen. Viele laden, als Ethikrat vielleicht, die Menschen ein und plötzlich stellt sich die Frage: Sollen die Flüge vielleicht nicht nur mit dem normalen Flugpreis kompensiert werden, sondern soll dieser Wert auch wieder der Atmosphäre entzogen werden? Dann ist zum Beispiel die Fahrkostenerstattung doppelt oder dreifach so teuer.

Das „Ought implies Can“ ist vielleicht der Ansatz oder die erste Reaktion: Na ja, vielleicht gibt es das gar nicht wirklich, oder das ist noch nicht so weit, das sind nur Pilotprojekte. Das stimmt aber nicht mehr oder immer weniger. Es gibt inzwischen vor allem das Direct Air Capture und natürlich auch die Wiederaufforstung oder die Wiedervernässung von Mooren und Verwitterung. Aber vor allem ist dieses direkte Entnahmeverfahren aus der Luft individualisierbar, und es gibt diese Anlagen. Die brauchen relativ wenig Platz, aber die brauchen sehr viel Energie. Das heißt, sie brauchen grüne Energie, und die ist zum Beispiel in Island en masse vorhanden.

Das heißt, das hat nicht den negativen Effekt, dass man genau so viel CO₂ reinsteckt, wie man durch das Verfahren emittiert, wie man später durch das gleiche Verfahren wieder rausholen will, sondern 90 Prozent kann man durch das Verfahren

rausholen. Und das kann oder muss auch hochskaliert werden, denn laut IPCC brauchen wir schon vor 2050 Kapazitäten im Gigatonnenbereich, um die negativen Emissionen durchzuführen, die wir brauchen, um eben das Schlimmste zu verhindern.

Sie haben vielleicht gelesen von Microsoft. Die haben im letzten Jahr Millionen ausgegeben auch über die Firma Climeworks, die da führend ist, 11 Prozent ihrer Unternehmensemissionen quasi zu mineralisieren und aus der Luft herauszubringen. Das heißt, es wird gemacht und es wird immer erschwinglicher werden, wenn wir das tatsächlich im Rahmen einer Doppelstrategie akzeptieren und, zum Beispiel jetzt gerade hoch aktuell, das deutsche CO₂-Speichergesetz ändern.

(Folie 16)

Dem vierten Einwand ist relativ einfach zu begegnen. Wenn wir einfach annehmen, zehn Personen könnten ohne eigene Gefährdung ein Ereignis verhindern, bei dem zehn andere Menschen im Zeitraum der nächsten 80 Jahre sterben, hätten sie dann die Pflicht oder Verantwortung, dieses Ereignis zu verhindern? Und wenn wir das hochskalieren, landen wir dort, dass auch bei einer großen Zahl der Einzelne Verantwortung hat, also dass die Zunahme der Akteure kein Grund ist, diese individuelle Verantwortung abzugeben.

(Folie 17)

Das Fazit: Es besteht eine Verantwortung, den persönlichen CO₂-Fußabdruck auf Netto-Null zu reduzieren. Dies gilt auch, wenn andere nicht so handeln. Es ist seit einigen Jahren möglich, den persönlichen CO₂-Fußabdruck zu senken, und das ist für viele Millionen Deutsche und andere Bewohner der reichen Länder ohne finanzielle Überforderung möglich.

Vielen Dank.

Alena Buyx

Vielen Dank, Herr Tremmel.

Wir freuen uns jetzt darauf, dass Dieter Birnbacher zu uns sprechen wird. Lieber Herr Birnbacher, Sie haben das Wort.

Dieter Birnbacher · Universität Düsseldorf

Guten Tag, meine Damen und Herren, ich danke für die Einladung und warne Sie gleich: Das, was ich Ihnen kurz vortragen werde, weist große Überschneidungen mit dem, was Angela Kallhoff gesagt hat, auf.

Meine Damen und Herren, die Verknappung der Lebensgrundlagen und die Depravierung der Lebensbedingungen durch Klimaschäden, wie sie für viele der ärmeren Länder Afrikas und Asiens zu befürchten sind, stellen nicht nur vermeidbare Schädigungen dar, sondern gehen so weit, dass sie als Menschenrechtsverletzungen angesehen werden müssen.

Bedroht von den Klima-Entwicklungen sind vor allem drei Menschenrechte: das Recht auf Leben, das Recht auf Gesundheit und das Recht auf Subsistenz.

Bedroht ist das Recht auf Leben durch die aus dem Klimawandel zu erwartenden Wetterereignisse: Hitzewellen, Überflutungen, gehäufte Wirbelstürme. Die WHO schätzt die durch den Klimawandel in dieser Hinsicht verursachte Zahl der Todesfälle allein für das Jahr 2004 auf 140.000.

Gefahren für die Gesundheit ergeben sich für die Entwicklungsländer unter anderem aus der zunehmenden Hitze, die in den Ländern Afrikas und Asiens unter anderem zu einer Zunahme von Durchfallerkrankungen und Fieberepidemien führt.

Das Recht auf Subsistenz droht verletzt zu werden durch Dürren, den Anstieg des Wasserspiegels

mit entsprechendem Landverlust und nicht zuletzt durch die mit den zu erwartenden Fluchtbewegungen verbundenen physischen und psychischen Belastungen.

Zu rechnen ist damit, dass sich die Auswirkungen des Klimawandels in den kommenden Generationen vervielfachen. Die Politik der entwickelten Länder ist zumindest bisher nicht darauf gerichtet, die sich ankündigende Katastrophe abzuwenden. Die gesundheitlich Hauptbetroffenen sind die gegenwärtigen Kinder und Enkel. Sie sind in ihrer Lebenszeit unter anderem von Extremwetterereignissen und zunehmenden Allergien bedroht. Bereits heute sind zahlreiche Opfer des Klimawandels zu beklagen. Laut dem Lancet Countdown Report von 2022 waren im Jahr 2021 Menschen in vulnerablen Altersgruppen 3,7 Milliarden mehr Hitzewellentagen ausgesetzt als in den Jahren vorher. Allein Frankreich verzeichnete infolge der Rekordtemperaturen im Sommer 2003 20.000 Tote und entwickelte in der Folge Hitzeschutzpläne.

Ich plädiere in der Klimaethik für einen menschenrechtlichen Ansatz. Das ist nicht originell. Die Menschenrechte können als die Schnittmenge der Mehrzahl respektabler ethischer Theorien gelten und bestehen weitgehend unabhängig von allen Dissensen in den ethischen Grundprinzipien. Wie das Prinzip der Menschenwürde sind sie unterschiedlichen Rechtfertigungen fähig und auf dem Hintergrund vieler verschiedener kultureller und religiöser Traditionen akzeptierbar.

Angesichts der räumlich und zeitlich ausgreifenden Dimensionen der moralisch relevanten Folgen eines ungebremsten Klimawandels sollten die Menschenrechte konsequentialistisch verstanden werden. Das heißt, wenn es ein Menschenrecht gibt, nicht zu

verhungern, so sagt ein konsequentialistisches Verständnis, dass vermieden werden muss, dass andere als direkte oder indirekte Folge des eigenen Handelns verhungern. Das heißt auch, dass sie nicht der Ressourcen beraubt werden, ohne die sie zum Hungern verurteilt sind. Nicht nur eine direkte Freiheitsberaubung wird als Verletzung des Menschenrechts auf Freiheit gewertet, sondern auch Handlungen, die bewirken, dass es indirekt oder zeitlich verzögert zu Freiheitsverlusten kommt.

Es geht also, um einen Ausdruck von Roser und Seidel von 2015 zu verwenden, um das Right Violation Potential unseres Handelns: das Risiko, dass Menschen in der Folge des Handelns unter ein bestimmtes als minimal definiertes Niveau der Lebensqualität fallen. Dieser Minimalismus einer solchen Menschenrechtsethik wirkt sich unter anderem auch auf die Chancen der Verwirklichung einer solchen Klimaethik aus. Sie vermeidet Überforderungen, die möglicherweise aus anderen Prinzipien folgen.

In der globalen Dimension berührt sich die Klimaethik mit einer Ethik internationaler Beziehungen und der Entwicklungsethik. Verursacher und Leidtragende des Klimawandels sind im Großen und Ganzen sehr ungleich verteilt. Wie bei vielen anderen Fragen der Gerechtigkeit gibt es hier sicher auch keine Patentlösung. Notwendig ist es, ein Gleichgewicht zu finden zwischen den beiden Hauptprinzipien, dem Verursacherprinzip und dem Leistungsfähigkeitsprinzip. Auch wenn sie in der Anwendung häufig zusammenfallen, wurzeln diese Prinzipien in verschiedenen Begründungszusammenhängen:

Nach dem Verursacherprinzip würden die Lasten ausschließlich von den Verursachern getragen werden müssen, und zwar proportional zu ihrem Anteil an der Verursachung. Nach dem

Leistungsfähigkeitsprinzip wäre eine wirtschaftlich schwache Nation im Falle eines Falles auch dann nicht zu entsprechenden Leistungen verpflichtet, wenn sie an der Verursachung der Klimaschäden in hohem Maße beteiligt wäre. Nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip kommt es gar nicht auf die Anthropogenität der Klimaveränderungen an. Auch wenn die Klimaveränderungen auf natürliche Faktoren zurückgingen, würde das Leistungsgerechtigkeitsprinzip zu einer sehr ungleichen Verteilung der Lasten zwingen.

Beide Prinzipien sind gut verankert im moralischen Denken der meisten. Und die Rahmenkonvention der Vereinten Nationen von 1992, die erste Konvention zum Klimawandel, hat bereits sehr weitblickend beide Prinzipien miteinander kombiniert.

Eine wesentliche Bedingung der Umsetzung ist aber die Bekämpfung und die fortwährende Kritik der Zukunftsvergessenheit, vor allen Dingen in den Wohlstandsgesellschaften. Den Zukünftigen muss man nicht unbedingt ein Recht darauf zuschreiben, eine ungeplünderte Welt hinterlassen zu bekommen, aber sie haben basale Ansprüche, die wir in unserem Handeln ohne Unterlass berücksichtigen müssen. Eine Diskontierung der Zukunft, eine Übernahme gewissermaßen der ökonomischen Verhaltensweisen gegenüber zukünftigen Gütern in die Ethik, scheint ausgeschlossen. Diskontierung ist berechtigt bei den Mitteln, aber nicht bei den Zwecken. Eine Investition ist willkommen, wenn sie früher erfolgt als später, ob es sich um Kapitalbildung und Forschung und Entwicklung oder medizinische Prävention handelt. Aber für die Seite der Konsumption, also für die Seite, auf die die Investition letztlich zielt, macht die zeitliche Inzidenz keinen Unterschied.

Eine englische Wissenschaftlerin hat kürzlich ausgerechnet, dass bei einer Diskontrate von nur 1,5 Prozent ein Menschenleben heute für die Menschen zur Zeit der Kreuzzüge ein Hundertfünfzigtausendstel eines Menschenlebens damals wert gewesen wäre.

Wir wissen aber: Die Horizontverengung des Menschen, evolutionär bedingt, ist ein fortwährender psychologischer Mechanismus, und die Solidarisierung mit den Zukünftigen, wie immer sie verbal bekundet werden mag, setzt sich nicht automatisch in Aktionsbereitschaft und in die Bereitschaft zur Inkaufnahme von Belastungen um.

Meine letzte Bemerkung: Ein pragmatischer Grund für einen menschenrechtlichen Ansatz ist, dass die Menschenrechte bereits heute, wenn auch häufig nur als Lippenbekenntnisse, von allen Nationen anerkannt sind. Anschlussfähig ist eine konsequentialistische Ethik dieser Art auch an die im deutschen Grundgesetz verankerten Grundrechte, sofern man diese so liest, dass sie eine implizite Zukunftsdimension enthalten. Nach dieser zumindest von dem prominenten Staatsrechtler Hasso Hoffmann vertretenen Lesart ist der Staat

„nach Maßgabe der Grundrechte auch verantwortlich für die Auswirkungen seiner hoheitlichen Maßnahmen jenseits der zeitlichen Grenzen seiner Existenz. Er darf späteren Generationen auch einer fernerer Zukunft durch Gesetz nicht antun, was ihm gegenüber den Lebenden verboten ist.“

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Alena Buyx

Herzlichen Dank, lieber Herr Birnbacher, vielen Dank allen Expertinnen und Experten, für diese reichhaltigen und zeitlich knappen Statements. Wunderbar und sehr schwierig.

Diskussion

Moderation: Alena Buyx · Vorsitzende des Deutschen Ethikrates

Wir haben jetzt ausführlich Zeit zur Diskussion. Wir beginnen mit der ersten Runde Fragen, bitte immer kurz dazu, an wen es jeweils geht, und wenn von den Expertinnen und Experten jemand etwas zu einem Punkt beitragen möchte, dann geht das hier immer ganz entspannt. Da sind wir flexibel.

Dann habe ich die ersten Wortmeldungen, Andreas Lob-Hüdepohl und dann Sigrid Graumann. Andreas, magst du beginnen?

Andreas Lob-Hüdepohl

Herzlichen Dank fürs Wort und besonderen Dank für die vier Vortragenden. Das war sehr inspirierend.

Die erste Frage geht an Angela Kallhoff. Sie haben zu Recht mit guten Gründen für die Kollektivität der Verantwortung argumentiert. Das überzeugt mich. Besteht allerdings bei der Überstrapazierung dieses Arguments nicht die Gefahr, dass wir in eine Kollektivitätsfalle hineingeraten derart, dass es zu einer Entindividualisierung der Verantwortung kommt? Die zweite Frage knüpfe ich direkt an, sie geht an Jörg Tremmel. Besteht nicht bei einer starken Betonung der individuellen Verantwortung die Gefahr, dass man zwar auf potenzielle Verantwortungsmöglichkeiten hinweist, die realen Umsetzungsmöglichkeiten aber gerade nicht beachtet? Stichwort Wohnen: In einer Stadt mit viel Altbau ist es schon beinahe trivial zu fordern, dass man beim Wohnen sehr viel einschränken können muss. Man muss aber auch die Möglichkeit haben, etwas zu verändern.

Die letzte Frage geht an Cornelia Betsch. Nochmals zurück auf den empirischen Sachverhalt. Was mich sehr erstaunt hat, ist, dass

Sie sagen: Empirisch nachweisbar ist, dass radikalere Formen des Protestes sogar die Akzeptanz von Klimafragen in der moderat gestimmten Gruppe befördern. Bislang ist ja immer kommuniziert worden, dass sie eher abschreckende Wirkung haben. Da wäre ich an ein paar Äußerungen und ein paar Materialien interessiert. Danke.

Alena Buyx

Vielen Dank. Angela, magst du anfangen?

Angela Kallhoff

Ja, sehr gern, vielen Dank für die Frage. Ich fühle mich missverstanden, wenn ich das als kollektives Angebot verstanden sehe. Ich habe versucht zu argumentieren, dass es eine universale Mitwirkungspflicht gibt, eigentlich ähnlich wie mein Kollege Tremmel, und jeder und jede heute Verantwortung dafür trägt, dass das Problem nicht noch schlimmer wird, beziehungsweise auch an Reduktionszielen mitzuwirken.

Von dem Plateau ausgehend ist die Frage, wie die Ziele erreicht werden können. Da bin ich der Meinung, dass es da kollektive Angebote und Kollektivierung braucht und dass vor allen Dingen die Rolle kollektiver Akteure nicht unterschätzt werden sollte. Damit meine ich konkret bestimmte Sparten der Industrie, Staaten, Vereinigungen, Universitäten. Alle Arten von kollektiven Akteuren haben unterschiedliche Handlungsmacht, die dann wächst, wenn sie sich auch gemeinsamen Strukturen unterwerfen, die alle begrüßen würden. Ich sehe da überhaupt keinen Widerspruch und keine Falle, sondern meine, wir müssten da rangehen, diese individuelle Pflicht, die Mitwirkungspflicht, die Pflicht von Akteuren strukturell so umzusetzen, dass tatsächlich ein Schub entsteht dadurch, dass wir kollektive Strukturen haben.

Jörg Tremmel

Herr Lob-Hüdepohl, vielen Dank für die Frage. Ich finde das sehr schön, wie Sie sie gestellt haben, mit diesem Gegensatz zwischen Kollektivitätsfrage und Individualitätsfrage, und ich würde dem eigentlich zustimmen. Ich habe zunächst mal als Philosoph gesprochen, und da habe ich die Frage gestellt: Was soll *ich* tun?

Ich bin ja auch Politologe, und wenn ich da den Hut aufsetze, denke ich, kann man die Frage stellen: Was soll die Politik tun? Wir sind hier beim Deutschen Ethikrat, aber natürlich soll und muss die Politik sehr viel tun, denn wenn moralische Imperative von Einzelnen nicht umgesetzt werden, dann muss man über das Ordnungsrecht, über das Steuerrecht natürlich auch überlegen, was dann getan werden kann. Und ich bin dafür, dass der Staat Kurzstreckenflüge verbietet, wenn Zugverbindungen zur Verfügung stehen, eine Fleischsteuer einführt, aus Kohle, Öl und Gas aussteigt. Das wollte ich bitte nicht falsch verstanden wissen, aber ich glaube, wir tun uns manchmal etwas leicht damit, reflexartig auf die Verantwortung des Kollektivs oder eben der Gesellschaft, des Staates, der Politik, der politischen Klasse zu verweisen, ohne zunächst mal bei uns direkt anzufangen.

Alena Buyx

Vielen Dank. Dann hatte Cornelia Betsch noch eine Frage.

Cornelia Betsch

Ich glaube, diese Frage der Kollektivitäts- versus Individualisierungsfrage ist sehr wichtig. Das Problem ist so groß, dass wir alle betroffen sind. Ich glaube, da kann man kein Entweder-oder diskutieren, sondern jeder, der die Macht hat, was zu tun, muss etwas tun, und jeder kann im Alltag etwas tun, aber die großen Räder werden natürlich

über solche Dinge wie Besteuerung usw. gedreht. Der CO₂-Rechner zum Beispiel ist, finde ich, eine sehr wichtige Information dazu. Das ist ein Produkt von BP, der Ölindustrie, die im Prinzip sowohl die Bürger als auch die Politiker und die Wissenschaftler in eine Individualisierungsfalle getrieben hat, sehr erfolgreich, um von Besteuerung und von Regulierung auch abzulenken.

Es gibt ein Erwachen auch innerhalb der Verhaltenswissenschaften, dass sie sagen: Wir haben jetzt ein Regal, meterweise Literatur produziert, wo wir versuchen, individuelles Verhalten zu verstehen. Wie kann jeder erreicht werden, motiviert werden, sich anders zu verhalten? Und sind selber in diese Individualisierungsfalle getappt und haben nicht verstanden, dass wir abgelenkt wurden davon, dass es eben um Besteuerung und Regulierung geht. Ich glaube, dies ist noch mal eine wichtige Hintergrundinformation.

Wir sehen diesen Effekt auch in der Bevölkerung. Viele Leute denken auch so, sie sehen ihre eigene Verantwortung. Das ist wichtig und darauf kann aufgebaut werden, vor allem eben, was die Akzeptanz für regulierende Maßnahmen betrifft.

Ich wollte noch zu anderen Punkten etwas sagen und hatte auch noch eine Frage. Was eine ganz wichtige Thematik ist, die auch in der Bevölkerung noch nicht so angekommen ist, ist die Frage der möglichen Flüchtlinge, also Migrationsbewegungen durch die Klimakrise. Wir reden ja immer bei Flüchtlingskrisen über Fluchtursachen, und hier kann man vielleicht präventiv handeln. Das ist vielleicht auch ein Punkt, den man mit beachten sollte.

Die Frage nach der Radikalisierung: Das kann man natürlich unendlich drehen. Wenn es wirklich extrem gewaltsamen Protest gibt, dann kann man schon damit rechnen, dass da die

Akzeptanz sinkt. Wir sehen auch in den Befragungen, dass die Befürwortung von etwas radikaleren Protesten, wie wir sie jetzt gesehen haben, mit der Beschädigung von Bildern zum Beispiel oder Straßenklebern, nicht besonders hoch ist. Aber in internationalen Studien führt sie eben, wenn sie nicht zu radikal ist, dazu, dass die Themen wieder auf die politische Agenda kommen, auf die Medien-Agenda und dass die Bewegung als solche einfach auch dadurch, dass man einen Vergleichsstandard hat, nicht mehr als radikal wahrgenommen wird, also die große Mehrheit, die nicht radikale Mehrheit. Und das führt dann zu der Befürwortung, einer stärkeren Befürwortung.

Alena Buyx

Herr Tremmel, wollen Sie noch kurz dazu Stellung nehmen?

Jörg Tremmel

Darf ich korrigieren, dass der CO₂-Rechner des Umweltbundesamtes nicht von BP stammt. Der stammt von Dr. Bilharz, der hat ihn entwickelt, mit dem habe ich auch telefoniert, und das ist kein BP-Angestellter. Der zweitbekannteste Rechner stammt vom WWF. Insofern ist das nicht korrekt gewesen.

Ich möchte aber in Richtung Cornelia Betsch noch sagen: Vielleicht akzeptieren Sie auch eine Arbeitsteilung, dass die Psychologie sich eher fragen muss, mit welchen Nudgingmethoden, mit welchen Anreizmethoden klimafreundliches Handeln erreicht werden kann, während die Ethik aus meiner Sicht die Fragestellung etwas anders stellen muss.

Sigrid Graumann

Erst mal danke für die inspirierenden Inputs. Ich glaube, wir haben damit eine gute Grundlage.

Mich hat diese Gegenüberstellung, die ich in allen vier Beiträgen gehört habe, zwischen individuellem und kollektivem Handeln, ein bisschen provoziert. Um mal beim Fliegen anzufangen: Herr Tremmel, Sie haben gerade nachgeschoben, ein Verbot von Inlandsflügen könnten Sie mitmachen. Warum nicht einfach die Zertifikate, die Sie vorschlagen, zwangsweise auf den Flugpreis aufschlagen? Dann müssen die Fluglinien die Zertifikate kaufen. Das wäre doch auch eine Möglichkeit. So könnte man ja auch vorgehen. Gleichzeitig haben wir aber die Situation, dass wir nicht mal eine Flugbenzinbesteuerung, geschweige denn Mehrwertsteuer auf Flugtickets durchsetzen können. Da klaffen für mich ein bisschen die Lücken zwischen dem, was ich individuell tun kann und was ich politisch fordern würde.

Ein anderes Beispiel: Wir kriegen es in Deutschland noch nicht mal hin, eine Geschwindigkeitsbeschränkung oder eine Hubraumbeschränkung bei den Neuzulassungen von Autos durchzusetzen. Da klaffen zwischen politischer Verantwortung und individuellen Interessen wirklich große Lücken.

Was mich aber vor allem interessiert an der Stelle ist: Wir alle wissen, dass es schneller gehen muss, dass die Einschnitte heftiger sein müssen. Je länger wir warten, desto heftiger müssen sie eigentlich sein, und gleichzeitig muss das Ganze aber, oder zumindest nach unserer Vorstellung wollen wir, dass das alles auf einer demokratischen Grundlage passiert. Und wenn ich mir *das* überlege, dann ist diese Gegenüberstellung zwischen individuellem und kollektivem Handeln für mich noch mal komplexer, weil ich ja auch in meiner individuellen Wahlentscheidung oder in meiner individuellen politischen Mitwirkungsentscheidung, und wenn ich mich in

öffentlichen Debatten engagiere, ebenfalls Einfluss nehme. Und da sehe ich, wenn wir die Menschen davon überzeugen, dass sie auch individuell mitwirken, dann heißt das doch auch, dass sie politisch mitwirken und dass sie politische Entscheidungen akzeptieren, die Einschnitte in ihr individuelles Konsum-, Reise-, Wohn- und Nahrungsverhalten haben. Das scheint mir wichtig zu sein, hier noch mal genauer draufzugucken.

Alena Buyx

Vielen Dank, und wir nehmen noch Armin Grunwald dazu. Die Frage, die du gerade gestellt hast, Sigrid, das darf ich vorwegnehmen, wäre auch eine von meinen gewesen, und da du niemanden konkret angesprochen hast, können alle, die möchten, dazu etwas sagen. Das ist ein wichtiges Thema, das wir auch im Rat schon mehrmals besprochen haben.

Aber erst noch Armin Grunwald und dann gehen wir in die Antworten.

Armin Grunwald

Vielen Dank. Frau Betsch, diese Geschichte ist interessant. 50 Prozent oder wie viel äußern eine überraschend hohe Veränderungsbereitschaft des individuellen Verhaltens, sagen aber: Die Politik tut zu wenig, die müsste viel mehr tun. Die Politik sagt: Ja, wir würden ja gerne mehr tun, wir können aber nicht, weil unsere Wählerinnen und Wähler das nicht wollen. Die Wähler sind aber im Wesentlichen statistisch die gleichen, die sie befragt haben. Irgendwo beißt sich da die Katze in den Schwanz, da ist so ein Deadlock. Dann kann man natürlich fordern, alle müssten an einem Strang ziehen. Aber wenn sie es nicht tun, wie kann man die Blockade auflösen? Oder woher kommt sie? Das wäre vielleicht die erste Frage, die zu stellen wäre.

Frau Kallhoff, Sie hatten uns aufgrund einer unglaublichen zeitlichen Disziplin Ihre zweite Forderung zum Schluss vorenthalten. Vielleicht können Sie die im Rahmen der Diskussion jetzt nachtragen.

An Herrn Birnbacher: Ja, keine Diskontierung, was die Zwecke betrifft. Auf der Ebene der Mittel wird ja immer nach Diskontierung, mit anderen Worten gerufen: Der technische Fortschritt wird es bringen. Es gibt sogar Stimmen oder es gab (ob es sie heute noch gibt, weiß ich nicht), gerade aus den USA, die sagen: Wir sollten gar nichts für den Klimaschutz tun, sondern lieber noch 10, 20 Jahre warten, weil der technische Fortschritt uns dann erlauben wird, mit viel weniger Kosten und Belastungen das Problem in den Griff zu bekommen. Das wäre ja eine Diskontierung auf Ebene der Mittel. Wie stehen Sie zu dem Thema technischer Fortschritt und Zeitlichkeit von Maßnahmen?

Alena Buyx

Angela, du hattest den Finger schon oben, dann hast du als Erste das Wort.

Angela Kallhoff

Vielen Dank. Ich wollte zur ersten Frage etwas sagen. Da war unglaublich viel Detailliertes drin, was man besprechen müsste, was die Umsetzungsfrage der Politik angeht. Aber aus Perspektive der Klimaethik-Debatte ist es so, dass tatsächlich der Staat aktuell seine Pflicht, für das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger und der künftigen Generationen zu arbeiten, nicht wahrnimmt, wenn nicht die Politik dahingehend geändert wird, dass es Ordnungspolitik in den klimaschädigenden Bereichen gibt. Also Regulierung des Flugmarktes, Regulierung der Nahrungsindustrie ist eine Notwendigkeit, und zwar auch vor der Vorgabe, was in der politischen Ethik vom Staat verlangt wird. Es ist ja auch so,

dass die verfassungsrechtlichen Klagen jetzt schon laufen.

Das wäre der erste Punkt, den ich dazu sagen würde, und auch da nicht wieder das Entweder-oder-Denken, sondern freiwillige Selbstverpflichtung ist selbstverständlich etwas, was total wichtig ist, aber der Staat muss die Aufgabe wahrnehmen, die Strukturen so auszulegen, dass auch die freiwillige Selbstverpflichtung zum Klimaschutz nicht unsinnig oder nicht zielführend ist. Und das meine ich auch mit Kollektivierung: Man muss Angebote machen, um das zu erleichtern. Also das nur als ein Aspekt aus dem Reichtum der Fragen, die da kamen.

Die zweite Forderung, auf die Armin Grunwald mich angesprochen hat, geht genau in die Richtung, dass der Staat seine Aufgabe wahrnimmt, diese individuelle Verantwortung umsetzbar zu machen. Cornelia Betsch hat sehr konkrete Anregungen dazu gegeben, wie das aussehen könnte. Ich halte es tatsächlich für eine Staatspflicht, unter Paris ist es auch mit verordnet worden. Ganz wichtig ist, dass das nicht im Entweder-oder geschieht, sondern wir brauchen nach dem Fähigkeitsprinzip in allen Sektoren (und da denkt man am besten in Szenarien) eine Ermöglichung der Freiwilligen und derjenigen, die reduzieren wollen und sich besser aufstellen wollen. Gleichzeitig brauchen wir eine Ordnungspolitik, mit der die Nichtfreiwilligen und auch die Klimaschädiger sanktioniert werden. Ich glaube, an dieser Zweigleisigkeit geht kein Weg dran vorbei.

Das bringt uns zur politischen Ethik, nämlich zur Frage: Was ist eine Demokratie? Und darf eine Demokratie das? Und sind wir in einem Notstandsszenario, in dem bestimmte Eingriffe nötig sind? Da wäre meine Antwort, vielleicht das noch in Kürze: Die Freizügigkeit in der

Lebensführung, wie wir sie gewohnt sind in westlichen liberalen Demokratien, ist nicht mehr haltbar. Da wird es Einschnitte geben müssen, und man muss ganz klug überlegen, welche Einschnitte in Ordnung sind zugunsten des Klimaschutzes und welche eben nicht im Rahmen des Staatszieles und im Rahmen von Demokratie machbar sind.

Dieter Birnbacher

Ich wollte gerade anschließen. Ich würde auch keinen Gegensatz zwischen individueller und kollektiver Verantwortung sehen wollen. Die beiden interagieren, genau, wie Sigrid Graumann dies gesagt hat. Kollektiv mutige Schritte in der Klimapolitik sind nicht möglich ohne eine Stützung durch die öffentliche Meinung, und zwar durch soziale Normen, und das ist auch sozialpsychologisch der Ansatzpunkt. Ähnlich wie beim Rauchen oder bei den FCKW brauchen wir Selbstverständlichkeiten, die nicht formell sanktioniert werden müssen (wir brauchen also keine Verbote), sondern die informell durch zum Beispiel Modellhandeln einiger wichtiger oder vieler wichtiger Leute unterstützt werden. Und dann ist so etwas wie externe Selbstbindung vorstellbar. Wie bei der Schuldenbremse kann sich der Staat selbst verpflichten, bestimmte Grenzen einzuhalten, auch in der Gesetzgebung. Hier erhoffe ich mir persönlich Impulse durch das Verfassungsrecht. Es sind ja schon neue Verfassungsklagen unterwegs, die werden vorbereitet, und die haben, das haben wir gesehen, es vermocht, die Politik anzustoßen, also Nudging ganz erstaunlicher Wirksamkeit, denn die Politik ist gefangen zwischen den mehreren Seelen, die in der Brust jedes Bürgers wohnen.

Zum technischen Fortschritt: Ja, das ist eine ganz wichtige Investition, und dazu gehören natürlich die Removal-Techniken, nicht nur die bisher hauptsächlich diskutierten technologischen

Lösungen der Klimaprobleme. Hier sind aber große Verzögerungen zu erwarten, erstens wegen der Risiken, die kollektiv und individuell folgen, der Skepsis auch in großen Teilen der Bevölkerung, zum Beispiel gegen unterirdische CO₂-Abscheidungslager, internationale Probleme des Exportes von CO₂ in geeignete Kavernen, die ja nicht in Deutschland liegen, usw. Das sind Ungewissheitsfaktoren, die dazu führen, dass heute möglicherweise zu wenig gehandelt wird. Deshalb bin ich relativ strikt für ein sofortiges oder ein beschleunigtes politisches Handeln, weil wir mit diesen Ungewissheiten rechnen müssen.

Jörg Tremmel

Ich finde es spannend, wie Sigrid Graumann gefragt hat, dass wir jetzt schon über die Demokratie diskutieren. Das sind ja wirklich ganz große Fässer, die hier aufgemacht werden. Bei der Demokratie haben wir das Problem: Die zukünftigen Individuen und auch die Menschen in anderen Ländern sind heute keine Wähler. Sie werden es zukünftig sein, aber sie sind es heute eben nicht, und das heißt, bei der nächsten Bundestageswahl werden nur die Menschen abstimmen können, die bereits hier sind, und die haben ihre eigenen Interessen.

Wenn wir nur mal annehmen, dass die Menschen, die in den nächsten 100 Jahren in Deutschland leben werden und von diesen Hitzewellen zum Beispiel betroffen sind, mitwählen dürften, dann hätten wir ganz andere politische Mehrheiten oder auch andere politische Programme, vielleicht bei allen Parteien. Das ist ein strukturelles Problem der Gegenwartspräferenz. Dazu wird Simon Caney sicherlich auch noch etwas sagen.

Aus meiner Sicht darf das aber nicht dazu führen, dass wir die Demokratie jetzt als Staatsform in Frage stellen oder schlechtreden oder das chinesische Modell präferieren, sondern wir müssen Demokratie aus meiner Sicht um einen

Zukunftsrat erweitern. Wir müssen tatsächlich eine Vertretung künftiger Generationen in unsere politische Architektur einbauen. Das ist eine Erweiterung des Gewaltenmodells: Neben Legislative, Exekutive und Judikative hätten wir dann eine Konsultative. Das könnte ein Weg sein, um auch in Demokratien diese Zukunftsinteressen zu berücksichtigen.

Alena Buyx

Vielen Dank. Dann war Cornelia Betsch auch angesprochen.

Cornelia Betsch

Vielen Dank. Eigentlich kann ich Angela Kallhoff nur aus vollem Herzen zustimmen. Ich würde vielleicht ein Beispiel geben. Gerade jetzt in der aktuellen Studie haben wir uns um Ernährung gekümmert, und da gab es dieses Beispiel, dass tatsächlich 50 Prozent bereit wären, weniger Fleisch und mehr Pflanzen zu konsumieren. Da geht es nicht um Vegetarismus oder Veganismus, sondern es geht um eine Verschiebung der Mengen. Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass wir nicht wieder beim Veggie Day, bei Verboten usw. landen, sondern über eine Verschiebung geredet haben, und da gibt es relativ viel Zustimmung.

Jetzt ist die Frage: Wie einfach ist das denn umzusetzen? Diese 50 Prozent werden das natürlich nicht tun, weil die Umwelt es ihnen auch nicht besonders leicht macht. Wenn Sie heute in ein Restaurant gehen, dann ist die Karte meistens voller Fleisch. Auch habe ich neulich an der Tankstelle kein einziges Brötchen in der Brötchentheke gefunden, was nicht irgendwie mit Käse oder Fleisch war. Also allein die Gestaltung der Konsumumgebung ist eine sehr einfache Möglichkeit, hier was zu tun.

Hierbei müssen wir auch darauf achten, und da würde ich mir wünschen, dass darauf auch in einer Stellungnahme des Ethikrates eingegangen

wird, wie das Verhältnis von dem Einfluss der Industrie versus Wissenschaft in solchen Prozessen ist. Im Moment befinden wir uns im Prozess, eine neue Ernährungsstrategie wird entwickelt vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, und da sind die Ziele, würde ich sagen, aus wissenschaftlicher Sicht genau die richtigen.

Die Frage ist: Wie kommt man dahin? Natürlich, die Industrie hat Interessen. Diese müssen auch gewahrt werden, das ist klar. Aber wie ist das Verhältnis von Wissenschaft und Industrie in solchen Prozessen? Kann man so was vielleicht genauer auf den Prüfstand stellen, um die Interessen der zukünftigen Generationen und auch unsere eigene Gesundheit natürlich zu wahren?

Franz-Josef Bormann

Vielen Dank. Ich habe zwei Fragen, eine an Angela Kallhoff und eine an Dieter Birnbacher. Ich möchte jetzt ein bisschen weggehen von den anwendungsbezogenen Diskursen und in das ethisch-theoretische Hinterland hineingehen.

Frau Kallhoff, Sie haben mehrfach den Begriff der Fairness verwendet und haben eine faire Übernahme von Lasten und die faire Verteilung von Rechten und Emissionsrechten gefordert. Die schlichte Frage ist: Was ist Fairness? Was verstehen Sie darunter?

Sie sind im Weiteren auf verschiedene Prinzipien eingegangen, die sich teilweise mit den Ausführungen von Dieter Birnbacher überschneiden und berührt haben. Liegt da nicht schon ein Problem, dass diese Prinzipien jeweils ganz unterschiedlich kombiniert und akzentuiert werden können?

An Herrn Birnbacher gleich die Anschlussfrage. Sie haben diesbezüglich für ein Gleichgewicht etwa des Verursacher- und des

Leistungsfähigkeitsprinzips plädiert. Da ist die Frage: Steckt dahinter jeweils die Vorstellung, dass dieses Gleichgewicht im Blick auf unterschiedliche Handlungsfelder jeweils gleich ausfallen würde? Also rechnen Sie damit, dass etwa im Bereich der notwendigen Verhaltensänderung im Bereich Mobilität, Wohnen, Ernährung, Freizeitverhalten etc. jeweils eine selbige Regelung anzutreffen ist? Oder gehen Sie davon aus, dass es sich in den unterschiedlichen Bereichen jeweils um ganz unterschiedliche Gewichtungen der jeweiligen Einzelaspekte handelt? Das ist ja eine alte Diskussion, die schon in der Debatte zwischen Rawls und Walzer immer wieder geführt worden ist: Führen wir den Gerechtigkeitsdiskurs aus einer prinzipienethischen Perspektive heraus, wo wir sozusagen einen Generalschlüssel kreieren, den wir dann anwenden? Oder rechnen Sie eher damit, dass es in dem Bereich einzelne Regelungen gibt?

Vielleicht noch eine Randbemerkung: Bei aller Sympathie für den Minimalismus der menschenrechtsethischen Basierung des Ganzen, sicherlich werden wir irgendwie einen Konsens hinbekommen, dass uns Leben, Gesundheit und vielleicht Subsistenz allen irgendwie am Herzen liegt. Aber in der Gewichtung mit Freiheitsrechten, deren Einschränkung, wird es, glaube ich, ein erhebliches Streitpotenzial geben. Nicht alle Personen werden diesbezüglich die gleiche Bereitschaft aufbringen, in bestimmten Handlungsfeldern Freiheitseinschränkungen zu tolerieren, und der Menschenrechtsdiskurs selbst geht ja eigentlich genau in die andere Richtung: Da ist von einer minimalistischen Selbstbeschränkung sehr wenig zu spüren. In den letzten Jahren wurde eher der Menschenrechtsdiskurs immer weiter in andere Bereiche aufgebläht, könnte man sagen, sodass auch diese Frage der Selbstbeschränkung auf

einige Kernrechte, die dann unter den sich verändernden ökologischen Rahmenbedingungen aber für alle garantiert werden, noch mal eine eigene Baustelle wäre, Klammer zu.

Aber zunächst mal diese Frage an die beiden, vielen Dank.

Alena Buyx

Vielen Dank. Helmut Frister?

Helmut Frister

Ich habe auch zwei Fragen, die erste geht an Cornelia Betsch. Frau Betsch, Sie haben, ich verallgemeinere das ein bisschen, gesagt, die Bereitschaft zur Umstellung auf einen klimafreundlicheren Lebenswandel würde unterschätzt. Das ist zunächst mal eine sehr erfreuliche Botschaft, weil es dieses Dilemma, dass die Politik darauf verweist: Wir würden ja gern, aber die Bevölkerung lässt uns nicht, was Armin Grunwald beschrieben hat, auflösen würde.

Wir wissen alle aus Erfahrung: Das Reden und das Handeln der Menschen sind oft zweierlei. Gibt es sozialwissenschaftliche Methoden, haben Sie die vielleicht sogar angewendet, um mal zu kontrollieren, ob das eine echte Bereitschaft ist, die auch im Handeln umzusetzen wäre, oder ob das nur Erklärungen sind, die man, wenn man am nächsten Tag in die Kantine geht, wieder vergessen hat? Das ist die erste Frage.

Die zweite Frage geht an Herrn Tremmel. Da habe ich eben aufgehört, als Sie sagten: Das ist ganz zentral, wie wir in unserem politischen System die künftigen Generationen repräsentieren, und die Idee (das stand auch in Ihren Folien) einer vierten Gewalt sozusagen, eines Zukunftsrates, finde ich sehr interessant. Mich würde interessieren: Haben Sie Vorstellungen, wer da hineinkommen soll? Und

wer bestimmt, wer in diesen Zukunftsrat reinkommt? Das würde mich interessieren.

Alena Buyx

Vielen Dank. Jetzt muss ich auch noch drei Fragen anschließen, und dann müssen Sie das alles beantworten in der nächsten Runde [lacht].

Ich fange an mit der Demokratie-Dimension, Herr Tremmel, weil ich glaube, dass es nicht falsch ist, dieses Thema recht grundsätzlich anzudiskutieren, und würde gerne auf die pointierte Antwort von Angela Kallhoff eingehen. Du hattest gesagt: Die Freizügigkeit der Lebensführung ist dauerhaft nicht lebbar. Daran lässt sich einiges sehr schön auffalten. Wenn man sich das mal anschaut – ich nehme an, auch mit Blick auf Verhältnismäßigkeit hast du mit Freiwilligkeit angefangen und dem Verweis darauf, dass man eben Mehrheiten schaffen muss, sowohl für ordnungspolitische Maßnahmen, die gesellschaftliche Akteure und Bereiche in den Blick nehmen, als auch, nehme ich an, für individuelles Verhalten. Und wenn man da über Sanktionen nachdenkt, wird es spannend. Ich tu das ungern mit Verfassungsrechtlern im Raum, aber würde dich gern bitten, dass du uns kurz skizzierst, was du erwartest (denn die private Lebensführung ist grundrechtlich relativ intensiv geschützt), was du glaubst, was da der Rahmen ist, den das Verfassungsrecht bieten kann, oder welche Form von Sanktionierung überhaupt denkbar ist usw., du weißt, wohin ich mit der Frage will. Erste Frage.

Zweite Frage, noch ein ganz heißes Eisen, und die geht eigentlich an alle: Wir haben bisher so gut wie ausschließlich (und das ist nachvollziehbar) über Mitigation gesprochen. Es gibt ein weiteres wichtiges Thema, nämlich das der Anpassung. Und die werden ja häufig irgendwie gegeneinandergestellt. Eine der einfachen Antworten ist sicher zu sagen, dass man das eine

unbedingt tun und das andere gleichwohl nicht lassen sollte. Aber es könnten sich da ja auch Konflikte ergeben, welche Prioritäten man setzt, weil Anpassung im eigenen Land passiert und beispielsweise Kompensation, die ja mehrfach aufgekommen ist, woanders stattfindet. Und da die ganz einfache Frage, um uns diesen Raum zu eröffnen in der Diskussion, aus Ihrer jeweiligen Perspektive und aus Ihrem Ansatz: Gibt es da Prioritäten, die zu setzen wären? Oder sehen Sie Konflikte und wenn ja, wie würden Sie die angehen?

Die dritte ist eine kurze Frage, die geht an Cornelia Betsch. Dieter Birnbacher hat auf die Diskontierung hingewiesen, und ich freue mich schon darauf, wenn er das mit Herrn Edenhofer heute Nachmittag hoffentlich noch einmal diskutiert. Die ist machtvoll als ein psychologischer Mechanismus, und mich interessiert, weil sie, wie Dieter Birnbacher sehr überzeugend argumentiert hat, als ethischer Grund wenig auszutragen vermag. Habt ihr mal abgefragt, wie stark die gegenwärtig zieht? Denn du hast so schön aufgezeigt bei verschiedenen Maßnahmen, wie viel Zustimmung es gibt und man muss die Maßnahme einfach machen usw., aber es geht ja gerade vielleicht auch um schwierige Maßnahmen. Es geht gerade um Dinge, wo man gegen die eigene Diskontierung, diesen psychologischen Mechanismus gegebenenfalls vorgehen muss. Ist das ein Thema, das bei euch empirisch untersucht wurde? Vielen Dank.

Jetzt würde ich sagen, jeder, jede kriegt die Möglichkeit, auf alles zu antworten, zu dem sie angesprochen waren. Wollen wir, Angela, wieder mit dir anfangen?

Angela Kallhoff

Ja, herzlichen Dank für alle Fragen. Es ist wirklich schwierig, dass hier alle möglichen

Ebenen gleichzeitig besprochen werden, aber ich versuche das mal, und ich fand das auch einen Reiz der Veranstaltung, dass wir diese verschiedenen Ebenen abgeklopft haben.

Punkt 1, Gerechtigkeit und Fairness, das war die Frage von Franz-Josef Bormann, und die Grundlagen der Theorie. Gerechtigkeit ist das, worauf unsere internationale Ordnung gebaut ist, ist der grundlegendste normative Begriff, auf den wir uns alle verständigt haben. Frei nach Aristoteles gibt es verschiedene Formen der Gerechtigkeit, und die politische grundlegende Gerechtigkeit, die sich in der modernen Zeit als Menschenrechtsregime ausbuchstabiert, ist für mich die Grundlage des globalen Agierens und auch der Nation usw.

Fairness ist auch mit Rawls ein politischer Begriff. Fairness kann man prozedural denken und Fairness ist in der jüngsten Zeit sehr stark verteilungsmäßig aufgebrochen worden. Ich würde gern daran eine Unterscheidung machen: Wir müssen bei Klima über Gerechtigkeit sprechen, weil es global ist, weil es so grundlegend ist und weil es in den Menschenrechtsdiskurs führt. Wir können aber auch über Fairness reden oder müssen das, und ich verstehe das vor allen Dingen als Burden-Sharing-Fairness, also wer trägt welche Last, um die Ziele zu erreichen? Und auch als Fairness im Sinne von: Wie handeln wir in der internationalen Arena die Verpflichtungen aus? Und da ist ganz wichtig die neueste Loss-and-Damage-Debatte.

Etwas Ähnliches begleitet uns gerade in den anderen großen Krisen, die wir haben. Wir leben in einer Welt, in der sich aufstrebende Nationen in den sich entwickelnden Ländern das nicht mehr gefallen lassen, dass sie Schadensträger sind und wir hier sozusagen die Profiteure von Emissionen, die wir längst abstellen können, wie Jörg Tremmel ja auch dargestellt hat.

Also Gerechtigkeit sehr grundlegend, Fairness prozedural und politisch verhandelbar, und die Verhandlungslinie ist die: ohne Fairness keine Stabilität. Dann sind wir auch bei den großen Themen Klimamigration, Klimaflucht usw. Wir können vielleicht über die Details in der Theoriebildung separat noch mal sprechen.

Der zweite große Themenblock: Demokratietheorie. Wie weit können wir gehen mit Regulierungen, mit ordnungspolitischen Maßnahmen usw.? Das hängt einmal vom Demokratie-Begriff ab und anders, als das landläufig gedacht wird, halte ich für Demokratie nicht die Wahlen als das Allerwichtigste, auch wenn wir daran sehr hängen, sondern wir haben Verfassungen und in diesen Verfassungen sind Werte festgeschrieben, und das Handeln der Demokratie und der Regierung muss sich an diesen Werten orientieren. Es stimmt, dass künftige Generationen psychologisch marginalisiert werden, aber die Verfassungen lassen das nicht zu. Wir haben gerade zum Beispiel in Österreich eine Verfassungsklage laufen, wobei eben ein Recht der Kinder eingeschrieben ist. Kurzum: Demokratie orientiert sich an dem Verfassungsrecht, auch an Wahlen, aber das ist nicht verschiebbar und da gibt es nicht irgendwelche Präferenzen.

Dann die Frage: Was ist das Framing? Ich habe versucht, in meinem Input zu sagen: Das Framing, in dem wir uns bewegen, ist, wenn wir es so nehmen, wie es sich tatsächlich darstellt, letztlich schon ein Emergency-Szenario. Ich finde es wichtig, dass man das nicht zu früh beschreibt und bewertet, aber ich darf daran erinnern: Einzelne Städte (Paris war darunter, Kopenhagen) haben den Klimanotstand schon ausgerufen, und auch in Deutschland war ein Szenario durch die Trockenheit im letzten Jahr, wo man da nah herankam. Ich bin keine Verfassungsrechtlerin,

aber man könnte anhand dessen mal überlegen, ob es da nicht schon Bruchlinien gibt, anhand derer man (nicht weil man es möchte, sondern weil man es muss) Freiheiten der Lebensführung proaktiv mitgestaltet, ich möchte nicht einschränken oder regulieren sagen, und zwar aus dem simplen Argument: Die Freiheiten der Lebensführung, die sich der eine nimmt, haben zur Folge, dass die Freiheiten der Lebensführung in demselben Land der anderen jetzt schon eingeschränkt werden. Das wäre so eine Bruchlinie, anhand derer ich das mit aller Vorsicht über den Emergency-Begriff gern auch diskutieren würde.

Das Dritte: Adaptation. Natürlich, wir denken das zusammen. Wir denken Mitigation und Adaptation und auch Transformation zusammen. Da ist ein Ansatz in der Klimadebatte zunehmend wichtig, nämlich nicht mehr nur über Emissionen nachzudenken, sondern einen sogenannten Embedded Climate Rule [?] zu vertreten, der besagt: Umwelthandlungen vor Ort müssen so gemanagt werden, dass auch die Folgen dessen, was jetzt schon der Fall ist, nicht zu gravierend werden. Wir vergessen oft, dass es kein monokausales Geschehen ist, sondern vor Ort kann man systemisch denken: Wassermanagement, wir haben es schon gehört, Landwirtschaftsmanagement usw. Das öffnet neue Handlungsmöglichkeiten zusätzlich zu der Reduktion.

Dieter Birnbacher

Ja, zuerst zu den Fragen von Ihnen: Ich meine, dass das Verursacherprinzip einen gewissen Primat hat. Denn es ist ja nicht nur ein Gerechtigkeitsprinzip, das sehr gut etabliert ist, das sehr konsensfähig ist, sondern es hat auch beträchtliche Anreizwirkung. Wer schadet, hat einen Anreiz, diesen Schaden in Zukunft zu unterlassen. Und die Umsetzung, die sich anbietet, ist eine Klimagerechtigkeit der

Güterpreise. Monetäre Maßnahmen sind also nicht nur psychologisch der beste Motivator, den wir uns vorstellen können, sondern bilden auch tatsächliche Schadensdimensionen ab, die wir genug verdrängen aus Lust an unserem Güterkonsum.

Das Leistungsfähigkeitsprinzip ist aber unersetzlich als komplementär. Denn zum Beispiel leiden ja viele Gegenden der Welt unter Emissionen, für die heute niemand mehr verantwortlich ist, nämlich die der vorigen Generation und der Verstorbenen. Wer ist dafür zuständig und wer für die Anpassungsinvestitionen, die vor Ort zu erbringen sind? Das muss sich selbstverständlich nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip richten. De facto fallen die weitgehend zusammen, weil die Hauptemittenten auch die wohlhabenden Länder sind.

Aber denken Sie vor allen Dingen an die Notwendigkeit, das Leistungsfähigkeitsprinzip zur Vermeidung von Härten, die im sozialen Bereich durch die fälligen Preiserhöhungen zum Beispiel bei relativ elementaren Gütern des täglichen Bedarfs anfallen werden – wir sprechen jetzt nicht von Rindfleisch, extrem klimaschädlich, sondern auch von Gebrauchsgütern, für die möglicherweise das Budget der sozial Benachteiligten nicht ausreicht. Dann muss das Leistungsfähigkeitsprinzip kompensierend eintreten, und zwar in Form von verstärkter Umverteilung, also auch von Subventionierung elementarer Konsumleistungen.

Dass Freiheiten beschnitten werden, ist überhaupt nicht zu bestreiten, und natürlich werden alle solchen Abwägungslösungen kontrovers bleiben. Aber wir müssen uns klar darüber sein, dass in den letzten 50 Jahren die Freiheiten in vielen Bereichen des Lebens erheblich zugenommen

haben. Ein generationeller Peak ist eingetreten. Wir können in vielen Dimensionen frei sein. Hier geht es aber um den Konsum, und die Konsumfreiheit ist in den letzten 50 Jahren ins Unerträgliche ausgedehnt worden. Da sind Freiheitsbeschränkungen zum Beispiel durch entsprechende monetäre Beschränkungen meines Erachtens durchaus gerechtfertigt. Denn sie betreffen einen von vielen anerkanntermaßen nur sekundär wichtigen Bereich ihres Lebens. Die meisten werden sagen, dass ihre Lebensqualität *nicht* von ihrem Konsumniveau abhängt und dass zwei Flugreisen pro Jahr nicht zu den Selbstverständlichkeiten gehören, zu denen sie aber offiziell gehören, weil sie eben doch durch Subventionen abgesichert werden.

Jörg Tremmel

Zum Thema Zukunftsrat möchte ich klarstellen, dass der Gedanke nicht von mir kommt. Schon Hans Jonas schrieb in *Das Prinzip Verantwortung, Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation* [1979] auf Seite 55:

„Nur gegenwärtige Interessen bringen sich zu Gehör, machen ihr Gewicht geltend und erzwingen Berücksichtigung. Die Zukunft aber ist in keinem Gremium vertreten; sie hat keine Kraft, die ihr Gewicht in die Waagschale werden kann.“

Also der Gedanke ist durchaus alt. Vielleicht haben Sie gesehen: Die ersten vier Literaturangaben in der Tagungsmappe sind meine Aufsätze zu dem Thema. Das ist alles über Research Gate direkt verfügbar. Auch das Paper bei Cambridge University Press habe ich dort hochgeladen. Insofern kann ich das kurz machen, weil man es nachlesen kann.

Prinzipiell haben wir durch den Übergang ins Anthropozän einen unglaublichen Zugewinn an menschlichen Hebeln, also an Möglichkeiten, unsere Umwelt dauerhaft negativ zu beeinflussen, und das haben wir erst seit wenigen Jahrzehnten. Damit erwächst auch eine Frage an die Ethik, an

die Zukunftsethik, die sich neu aufstellen und vielleicht die bisherige alte Machbarkeitsethik erweitern muss, aber auch an die Politik. Die Politik ist immer noch bei dem System, das sie mit Montesquieu im 17. Jahrhundert hatte, also dass es drei Gewalten gibt. Das ist im Anthropozän vielleicht nicht mehr ausreichend, und daher der Gedanke, der auch schon von vielen politischen Theoretikern unterschiedlich ausbuchstabiert wurde und sicherlich auch von Land zu Land unterschiedlich gemacht werden muss.

Bei mir ist er so ausbuchstabiert, dass ich einen Expert:innenrat bevorzugen würde, der in dem Fall nicht wie zum Beispiel der SRU [Sachverständigenrat für Umweltfragen], der WBGU [Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen] oder auch der Deutsche Ethikrat von der Politik berufen wird, von seinen Mitgliedern, sondern aus der Wissenschaft selbst, also ähnlich, wie sich die Wahl der Gremien der DFG [Deutsche Forschungsgemeinschaft] vollzieht. Das heißt, die Wissenschaft ist unabhängig von der politischen Ebene in der Lage, ihre Expert:innen zu bestimmen. Die Amtszeit könnten sieben Jahre sein, die Bezüge etc. müsste man alles ausdiskutieren. Wichtig erscheint mir, dass es keine Wiederwahlmöglichkeit gäbe.

Wir haben natürlich schon einige Expertenräte. Da stellt sich die Frage, was aus denen dann werden würde. Die könnte man kombinieren und ihnen die Macht geben, konstruktiv Gesetze einzubringen. Also ich bin gegen ein Vetorecht, wie es zum Beispiel der Sachverständigenrat für Umweltfragen mal ins Spiel gebracht hat (der hat ja auch einen Rat für Generationengerechtigkeit in einem Sondergutachten vor zwei Jahren vorgeschlagen), sondern ich stelle es mir so vor,

dass man Artikel 76 des Grundgesetzes ändert und dass dann nicht nur Gesetzesvorschläge aus der Mitte des Parlamentes, aus dem Bundesrat oder der Ministerialbürokratie kommen könnten, sondern vielleicht zeitlich begrenzt, viermal im Jahr, von diesem externen Gremium, was natürlich medial vermittelt eine breite Debatte immer anstoßen würde. Das heißt, das Entscheidungsrecht bleibt bei den Parlamentariern, bei der Legislative. Das kann natürlich alles abgelehnt werden, wenn man das durchsetzen kann. Aber trotzdem hätte man eben immer diese neuen Vorschläge aus der Wissenschaft.

Alena Buyx

Herzlichen Dank. Ich hoffe, dass uns alle Expertinnen und Experten auch Publikationen mit Details zu so etwas, Herr Tremmel, was Sie gerade ausgeführt haben, zur Verfügung stellen.

Dann haben wir noch Cornelia Betsch.

Cornelia Betsch

Vielen Dank. Die Frage zu der Diskontierung: Das gucken wir uns direkt noch nicht an, ist aber ein interessantes Thema. Wir sehen schon, dass viele Leute sagen, die Klimawende soll generationengerecht sein, und das korreliert auch mit der Maßnahmenakzeptanz.

Was ich interessant finde, ist, dass wir eine höhere Handlungsbereitschaft finden bei älteren Leuten. Eigentlich sollte man es ja umgekehrt erwarten, denn die jüngeren Leute, die haben noch längere Zeit auf dieser Erde, die haben ein höheres Interesse, wollen vielleicht eher was tun. Das finden Sie nicht.

Wir sehen auch, dass ältere Leute, die eben schon länger da sind, auch eher Erfahrungen haben, dass sich das Klima ändert und dass es sich zum Schlechteren ändert, und das korreliert wieder mit Handlungsbereitschaft. Wir müssen uns bewusst

machen, dass es nicht so ist, dass alle jüngeren Leute dafür sind, viel zu tun, und die älteren verhindern es. Das ist ein bisschen differenzierter.

Und wir sehen sehr stark, dass Bildung hier eine Rolle spielt. Eigentlich bis zum Alter von ungefähr 50 gibt es einen großen Unterschied. Die Hochgebildeten sind alle so mittelmäßig handlungsbereit, und alle, die mittel oder niedriger gebildet sind, sind weniger handlungsbereit. Wir haben hier diffizile Interaktionen, wo wir sagen können: Selbst unter den Leuten, die eigentlich ein eigenes persönliches Interesse haben sollten, auch Menschen mit Kindern, auch eine niedrigere Handlungsbereitschaft, dass manches nicht so erwartungskonform ist, wie wir uns das denken. Da muss man genau hingucken, warum das so ist und was man da tun kann.

Bei der Allokation gibt es sehr viel natürlich. Man kann im Gesundheitswesen gucken, was Hitzepläne und so was alles angeht. Wir sehen, dass die Gesundheitsrisiken nicht sehr gut bekannt sind oder noch nicht so wahrgenommen werden. Auch wenn wir zum Beispiel in Richtung vektorbasierte Erkrankungen und so was denken: Da gibt es viele Themen, die auf die Agenda müssen, auch auf die politische Agenda und da behandelt werden sollten.

Zu der Bereitschaft, also rede ich nur oder handle ich auch?, war noch eine Frage. Das kann ich noch mal wiederholen: Ja, wir gucken uns auch individuelles Verhalten an, und dort ist es wieder relevant, die Selbstwirksamkeit anzuschauen. Also wenn ich gern meine Ernährung umstellen oder klimafreundlich handeln möchte, ist es denn auch einfach genug?

Was wir uns deswegen auch anschauen, ist die Maßnahmenakzeptanz. Da haben wir auf der Basis vom Bürgerrat die Dinge angeguckt und wenn wir auf Basis der Sonntagsfrage trennen

zwischen Anhängern der Koalitionsparteien und denen der Oppositionsparteien, sehen wir hier einen deutlichen Vorsprung der Maßnahmenakzeptanz innerhalb der Koalitionspartei-Anhänger. Ich denke, dass das nicht deutlich genug genutzt wird, um auch diese Handlungsbereitschaft wahrzunehmen und mitzunehmen. Es ist wichtig, dass diese Bereitschaft gesehen und unterstützt wird, auch mit Kampagnen. Und wenn 50 Prozent dabei sind, kann man die sicherlich als kritische Masse wahrnehmen und auch mit Kampagnen und kleineren Maßnahmen möglicherweise die Situation schon etwas verändern. Aber natürlich braucht es insgesamt größere Veränderungen.

Alena Buyx

Wir haben die Herausforderung, aber den Luxus, dass wir im zweiten Block bei drei Statements etwas mehr Diskussionszeit haben, was der ursprünglichen Planung und einem Ausfall geschuldet ist. Daher schlage ich vor, dass wir mit diesem Block ein bisschen in die Kaffeepause hineingehen, sodass noch alle Fragen gestellt werden können und auch alle noch eine Runde zur Beantwortung bekommen.

Susanne Schreiber

Vielen Dank. Ich habe im Wesentlichen einen Kommentar und zwei Fragen, die sich vor allem an Jörg Tremmel und Cornelia Betsch richten.

Der Kommentar: Hier scheint uns alle diese Komponente individuelle versus kollektive Verantwortung zu bewegen. Ich finde, wir sollten uns das noch mal unter dem Gesichtspunkt der Kommunikationsstrategien angucken. Mir ist das schon bei Ihrem Vortrag, Herr Tremmel, aufgefallen, dass ich gedacht habe: Das klingt so wie alles auf den Einzelnen abwälzen. Das haben wir ja jetzt schon diskutiert, aber ich will doch noch mal darauf hinweisen, dass, wenn das in der

Gesellschaft überbetont wird, man es dann auch der Politik etwas zu leicht macht, immer mit dem Finger auf den Einzelnen zu zeigen, und dass dann die politische Verantwortung für kollektive Maßnahmen unterzugehen droht. Also einfach nur als Kommunikationsform, dass wir auch da sehr darauf achten müssen, wie wir mit diesen klimatischen Bedingungen und der Tatsache, dass wir es verbessern wollen, umgehen.

Dann habe ich eine technische Frage an Sie, Herr Tremmel. Ich fand es sehr interessant, dass man jetzt schon Zertifikate kaufen kann (war mir persönlich gar nicht klar), wo man wirklich CO₂ wieder entnimmt. Ich nehme aber an, dass das vollkommen unrealistisch ist (das ist meine Frage an Sie), in absehbarer Zeit das für die Gesamtmenge an CO₂-Ausstößen, zu bewerkstelligen.

Also die Frage ist: Inwiefern ist das eher etwas, was wir als individuelle Person tun können, was aber irgendwie ein Tropfen auf den heißen Stein ist, ohne das damit abwerten zu wollen. Hätten Sie eine technische Einschätzung, was die optimistischsten Möglichkeiten im Hinblick darauf sind, sagen wir mal in den nächsten zehn Jahren oder so was in der Art?

Der mir persönlich wichtigste Punkt ist: Wie können wir Klimaschutz betreiben, ohne die gesellschaftliche Spaltung weiter voranzutreiben? Denn das ist doch ein ganz wichtiger Punkt, und aufhängen möchte ich den an dem Beispiel der Klimaproteste. Jetzt komme ich zur Frage an Cornelia Betsch: Du hattest die Hypothese aufgestellt oder beschrieben, dass es Literatur gibt, die zeigt, dass diese Klimaproteste eigentlich zum Klimaschutz beitragen, also dass sie im Mittel positiv ankommen und einen positiven Beitrag leisten können.

Jetzt stelle ich mal die steile Hypothese auf, dass das davon abhängt, wie viele tatsächlich von dem

Klimaprotest Betroffene es gibt. Sie haben es hier in Berlin gesehen. Wir hatten ja kürzlich Wahlen, die haben die Mehrheitsverhältnisse stark auf den Kopf gestellt, und ein Grund ist sicherlich, dass Personen in der Peripherie speziell von diesen Klimakleber-Protesten so stark betroffen waren und darüber so erbost waren, dass sie ihre Kinder nicht mehr abholen konnten aus der Kita und Ähnliches, dass das vielleicht auch Wahlverhalten beeinflusst hat. Damit möchte ich jetzt nicht diese Form des Protestes diskreditieren, aber meine Frage ist: Wie können wir diesen Protest in etwas münden lassen, was konstruktiv ist? Denn in den Medien wurde immer nur diskutiert, ist die Form des Protestes legitim oder ist sie das nicht? Müssen die jetzt bestraft werden oder nicht? Und meine Frage ist, und das geht wahrscheinlich auch ein bisschen in die Richtung Zukunftsrat: Gibt es nicht etwas Produktives, was wir tun können, damit dieses legitime Anliegen der Protestler in etwas Konstruktives mündet, ohne weiter die Gesellschaft zu spalten? Vielen Dank.

Alena Buyx

Vielen Dank. Frauke Rostalski.

Frauke Rostalski

Danke schön, ich versuche es kurz zu machen. Meine Fragen richten sich eigentlich an alle, wahrscheinlich kann da jeder was zu sagen. Ich möchte noch mal zum Thema Verantwortung kommen, zunächst ein bisschen theoretischer, Herr Birnbacher hat es eben nochmal ausgeführt, dieses Verursacherprinzip. Ich finde das sehr eingängig. Auf der anderen Seite muss man aber auch sehen, dass man es sich nicht zu leicht machen kann. Man muss sich fragen, Verursacher, ich bin 1985 geboren, in eine Gesellschaft hinein, in der ein bestimmtes Setting da ist. Und meine juristisch formulierte Störereigenschaft gründet sich einfach darauf,

dass ich in dieser Gesellschaft lebe und viele Umstände für mich gar nicht beeinflussbar waren. Das heißt, das Setting war schon da. Da würde ich jetzt behaupten, dass sich insoweit kein Verschulden und auch keine Verursacherverantwortung in irgendeiner Form für diesen Zustand, den man vorfindet, begründen lässt. Und dann bliebe es ja nur dabei, dass ich sozusagen ausnutze, was diese Gesellschaft mir so bietet. Wir haben ja viel über Konsum gehört, Freizügigkeit, ich glaube, das sind die einfachen Fälle.

Aber interessanter wird es doch bei so Dingen, wo wir meiner Ansicht nach an diese Grenze stoßen von Ultra posse nemo obligatur. Also wenn ich jetzt mal den Pkw nehme, den verpönten Pkw, der allerdings für Menschen, die auf dem Land leben, eine Notwendigkeit darstellt, um überhaupt ihrer Arbeit nachzugehen, um ihre Kinder zur Schule zu bringen usw. Ist das dann etwas, wo man sagen kann: Das ist vom Verursacherprinzip gedeckt, die Person müsste jetzt, wie Jörg Tremmel sagt, dann ein entsprechendes Kraftwerk mitfinanzieren durch so ein Zertifikat, damit das alles wieder aus der Atmosphäre herausgezogen wird?

Da komme ich zum zweiten Punkt. Ich meine, dass bislang in unserer Diskussion diese intragesellschaftliche Gerechtigkeitsperspektive noch nicht hinreichend abgebildet ist. Wenn man liest, für 11.000 Euro könne man sich so ein Zertifikat im Jahr leisten, dann sind alle Sorgen weg (überspitzt formuliert): Das ist natürlich eine Geldsumme, die kaum eine Familie in Deutschland einfach so am Ende des Jahres übrig hat. Das muss man auch berücksichtigen bei der Debatte. Hier wird viel auf einer hohen Flughöhe diskutiert, die einen hohen Wohlstand voraussetzt, der nicht bei allen da ist.

Deswegen noch mal die konkrete Frage auch an Jörg Tremmel: Wo sind die Grenzen, wenn es so wenig Nutzen hat? Dann hatten Sie, das war Ihr vierter Einwand, verschiedene Beispielantworten gegeben und immer gesagt: ja, ohne eigene Gefahr. Wenn tausend Leute usw., ohne eigene Gefahr. Aber das bringt meiner Ansicht nach das Problem nicht auf den Punkt, und deswegen vielleicht noch mal die Frage konkreter gestellt:

Wenn ich davon ausgehen kann, jemand kann etwas leisten, das aber einen erheblichen Einschnitt in seine individuelle Freiheit bedeutet, es gleichzeitig aber global oder auch nur gesamtgesellschaftlich gesehen einen sehr geringen Nutzen hat, besteht dann immer noch die Verantwortung, dieses entsprechende Verhalten anzunehmen? Oder kann man da vielleicht auch Grenzen setzen an einer bestimmten Stelle? Das wäre für mich interessant zu wissen. Danke schön.

Ulrich Demuth

Also die Statements haben mir sehr gut gefallen, aber mir ist ein Punkt aufgefallen, den sicherlich auch alle hier im Raum vermisst haben: Das sind die Worte Bildung und Erziehung. Es ist das Wort Kinder gefallen. Ich fand bei Herrn Tremmel besonders interessant diese Einführung einer möglichen Konsultative, das heißt die zukünftigen Generationen einzubeziehen. Aber wir müssen die zukünftigen Generationen ja vorbereiten. Vorbereiten der zukünftigen Generationen heißt: Wir müssen uns um die Bildung und Erziehung der jetzigen Generationen kümmern, damit sie sich so verhalten, wie wir das alle möchten.

Ein Beispiel: Hier sitzt ein Großvater vor euch, der hat sich am Waschbecken mit seinem Enkelsohn darüber unterhalten, wie man sich richtig die Zähne putzt, und sein Enkelsohn hat immer den Wasserhahn runtergedrückt, um das

Wasserlaufen zu bremsen. Das sind Verhaltensweisen, die wir unseren Kindern, Enkeln, weiß der Himmel was, beibringen müssen, und das gilt für die gesamte Gesellschaft.

Armin Grunwald

Ja, sozusagen noch einen draufgesetzt auf die Frage von Susanne Schreiber an Jörg Tremmel.

Herr Tremmel, wenn ich Ihre Geschichte extrapoliere, kommt Folgendes raus: Wir haben die Verantwortung und können das auch, die technischen Möglichkeiten sind da, mit CDR [Carbon Dioxide Removal] auf eine Tonne oder auf null zu gehen. Ein paar Millionen können es jetzt schon ohne allzu große Belastung, denn es besteht eine Wirtschaft, da gibt es Skaleneffekte, es wird immer billiger, es können immer mehr Menschen, es entsteht eine globale CDR-Wirtschaft. Die Kosten gehen weiter runter, alle können es letztlich, und dann können wir endlich unbegrenzt fossile Energien verbrauchen und so. Die Emissionen gehen hoch, macht nichts, wir ziehen die ja mit CDR wieder raus und würden auf diese Weise das Modell, das wir seit 200 Jahren fahren, unbegrenztes Wachstum, einfach noch perpetuieren. Das ist eine Persiflage, aber was sagen Sie dazu?

Alena Buyx

So, alle kriegen jetzt noch mal die Möglichkeit, bitte ein bis zwei Minuten. Wir können in der Kaffeepause noch weiter sprechen und ich hoffe, dass Sie uns auch für die nächste Runde der Diskussion erhalten bleiben. Fangen wir mal antizyklisch an. Cornelia Betsch, möchtest du beginnen?

Cornelia Betsch

Kann ich gerne machen. Die Frage ist: Wie ist das mit den Protesten, wie kann das in etwas Positives münden? Ich glaube, die Bildung, die eben angesprochen wurde, ist extrem wichtig, das habe

ich auch schon erwähnt, dass die gerade bei den jüngeren Leuten sehr wichtig ist, um die Handlungsbereitschaft zu unterstützen. Auch Kommunikation zu entpolitisieren wäre wichtig; das hab ich in meinem Statement auch schon gesagt. Wir brauchen mehr Aufklärung. Wissen allein hilft nicht, das wissen wir, aber ohne Wissen geht es auch nicht, und das sollte eben nicht aus der politischen Sphäre kommen.

Was auch sehr wichtig ist, ist Partizipation. Da gibt es zum Beispiel die Möglichkeit von Bürgerräten. Das hat sehr positive Effekte auch auf die Akzeptanz von Maßnahmen. Da gibt es Möglichkeiten, Menschen zu beteiligen und natürlich auch den Dialog zu suchen. Also wie viel Dialog findet nach Klimaprotesten statt? Da muss man natürlich beide Seiten fragen. Es ist auch nicht immer so, dass die Protestierenden in den Dialog gehen.

Das Letzte ist sicherlich der faire Ausgleich. Über Fairness wurde schon viel geredet, also nicht nur global, sondern auch innerhalb einer Gesellschaft, die mit Maßnahmen hantiert. Es ist wichtig, diesen Punkt Klimageld zum Beispiel; das haben wir mit den Gelbwesten-Protesten in Frankreich gesehen. Da gibt es sicherlich Möglichkeiten, das anders zu gestalten.

Das sind so wesentliche Punkte, also Kommunikation, Bildung, Partizipation, Dialog, der soziale Ausgleich und Fairness, also relevante Prinzipien, die öffentlich etwas besser machen können.

Dieter Birnbacher

Ich möchte noch mal kurz auf das scheinbare Dilemma Individualisierungsfalle und kollektive Lösungen zu sprechen kommen. Ich beobachte bei vielen umweltbewegten und klimabewegten Leuten, dass sie meinen, durch eigenes Wohlverhalten, durch Tugenden, wie das Dale

Jamieson genannt hat, ökologische Tugendhaftigkeit, Wesentliches beitragen zu können. Das halte ich für falsch. Das ist zum Teil einem Missverständnis geschuldet, es sei denn, hier wäre die Modellwirkung zum Beispiel auf die Enkel oder auf die Kinder gemeint.

Was ich als individuelle Verantwortung hauptsächlich sehe, ist politisches Engagement. Durch politisches Engagement kann Politik geändert werden, und zwar auch durch solche Dinge wie Leserbriefe durch Bürgervereinigungen und durch ganz konkrete, im städtischen, im kommunalen Umfeld angesiedelte Initiativen. Das wird meines Erachtens viel zu wenig publiziert.

Jörg Tremmel

Herr Grunwald, in den letzten 400.000 Jahren ist die Korrelation von CO₂-Anteilen der Atmosphäre und Temperaturveränderungen auf der Erdoberfläche immer recht eng gewesen. Das heißt, wir hatten immer ppm, Parts-per-Million-Konzentrationen von 180 bis 280, auch in warmen Zeiten. Dann kamen die ersten IPCC-Berichte, und damals hat die Wissenschaft gesagt: Bei 350 ppm muss Schluss sein, sonst verlassen wir einen sicheren Bereich. Da gab es die Aufsätze von Williams und Schellnhuber über Hothouse Earth, über einen Runaway Climate Change. Das heißt, wenn wir nicht aufpassen, erreichen wir eine Phase, in der es auch nicht mehr möglich sein wird, zurückzugehen, und das sichere Maß ist bei 350. Das heißt, in dem Moment hätte man schon, als wir das überschritten haben, das Bild neu zeichnen müssen.

Die Klimabewegung, leider auch die Ethik hat lange Zeit so getan, als wäre das Bild richtig einer Badewanne, die immer mehr vollläuft, und wir hätten immer noch Ressourcen, wo wir noch Restbudgets haben, wo wir noch Emissionsrechte

verteilen können. Das ist nicht so. Wir müssen runter. Das richtige Bild ist das einer Badewanne, die schon überläuft, wo wir natürlich die Zuflüsse so schnell wie möglich stoppen müssen, aber gleichzeitig den Stöpsel ziehen.

Das heißt, dieses Ignorieren der Idee der negativen Emission, die der IPCC immer dringlicher in seinen Berichten anfordert, also Listen to the Science, hat man jetzt 20 Jahre verschlafen. Und wir wären schon viel weiter bei den Skaleneffekten, wenn wir das nicht getan hätten. Das ist auch eine Debatte, die wir bei Scientists for Future führen. Das heißt, natürlich brauchen wir beides: Wir brauchen weniger Emission und wir brauchen sehr schnell eine Hochskalierung bei den negativen Emissionen.

Deswegen ist auch irgendwo der Begriff letzte Generation gerechtfertigt, denn wenn wir tatsächlich das westantarktische und das grönländische Eisschild ins Schmelzen bringen, steigt der Meeresspiegel um 12 Meter, und wir können nichts mehr machen. Dann wird Hamburg untergehen.

Ich habe noch nicht auf die Fragen zu den Klimaprotesten geantwortet, das würde ich noch kurz machen. Das Festkleben auf der Straße ist uncool, aber die Kritik daran ist vielleicht noch uncooler. Also man muss sehen, diese Proteste haben mit Fridays for Future viel bewirkt. Das hat auch den letzten Bundestagswahlkampf beeinflusst, und dann hat man irgendwann in den Medien kaum noch über diese friedlichen Demonstrationen berichtet. Der Slogan „Weil ihr uns die Zukunft klaut“ war eben nicht nur an die Politik gerichtet, sondern auch an jeden Einzelnen von den Älteren gerichtet, die empirisch einen viel größeren CO₂-Fußabdruck als die Jüngeren haben. Das ist jetzt egal, was die Umfragewerte sagen, empirisch ist das nun mal so.

Und dann kam die Letzte Generation und hat viel Medienaufmerksamkeit bekommen zunächst mal für den Hungerstreik, den ich auch sehr eindrücklich fand, und jetzt sind sie leider auf dieses Festkleben und das Bewerfen von Kunstwerken übergegangen, was aus meiner Sicht genau kontraproduktiv ist, weil es die Leute so stark verärgert, dass sie der Klimabewegung insgesamt den Rücken kehren. Ich habe da andere anekdotische Erfahrung als Frau Betsch. Insofern hoffe ich, dass der Protest wieder vielfältiger wird. Man könnte ja außer dem Verkehrssektor auch den Bausektor, der seine Klimaziele verfehlt hat, thematisieren, indem man Vermieter zwingt, Solarpanels zu installieren, auf Hausversammlungen geht oder so.

Angela Kallhoff

Vielen Dank. Es ist so, dass man vonseiten der Politik auch sehr genau hinhören muss und sehr genau schauen muss: Welche Sektoren haben eigentlich welche Pläne schon in der Tasche und sind auf dem Weg und werden einfach nur gehindert, das zu tun, was sie eigentlich tun wollen? Das ist etwas, was auch gesellschaftlich einen kann, wenn man nicht nur vorschreibt, sondern wenn man in die Gesellschaft hineinhört und zum Beispiel Städte fördert, die sagen, wir wollen eine grüne Stadt werden, Infrastrukturprojekte, wo es darum geht, wir wollen einen öffentlichen Nahverkehr ausbauen usw. Das wäre so ein Beitrag dazu, nicht nur in ordnungspolitischen Kategorien zu denken und immer nur in Reduktionsideen zu denken, sondern auch die Frage zu stärken: Was ist eigentlich ein gutes Leben und wie verbindet sich das, was wir vorhaben, mit lokalen Agenden und mit den Agenden der Akteure?

Alena Buyx

Herzlichen Dank. Ich danke allen Expertinnen und Experten. Sie haben gemerkt, Angela

Kallhoff hat es gesagt: viele Dimensionen, viele Ebenen, viele Fragen sind durcheinander gegangen.

Ich bitte alle, sich in der Kaffeepause zu stärken, denn wir müssen pünktlich wieder beginnen. Wir hoffen, dass wir bei Ihnen nachfassen dürfen, weil die eine oder andere Frage sicherlich auch in der Nacharbeitung morgen bei uns noch weiterdiskutiert wird.

Damit schließen wir den ersten Teil dieser Anhörung. Vielen Dank.

Zweiter Block

Armin Grunwald

Ein herzliches Willkommen zum zweiten Teil unserer Anhörung zur Klimaethik, Gerechtigkeit und Verantwortung. Wir machen in dem gleichen Modus weiter. Ich habe jetzt von Alena Buyx übernommen, die doch sehr angeschlagen war, und werde versuchen, das Ganze durchzumoderieren und zu einem guten Ende zu bringen. Ich hoffe sehr darauf, dass es genauso spannend oder vielleicht noch spannender wird als im ersten Teil der Sitzung.

Wir haben jetzt drei Experten, die wir in jeweils 10 Minuten Statements anhören werden. Das ist zunächst Philipp Staab von der Humboldt-Universität zu Berlin. Er ist Soziologe und, eine total interessante Denomination, in seiner Professur für die Soziologie der Zukunft der Arbeit [zuständig], hat sich mit Circular Economy befasst und wird heute über Soziologie der Anpassung sprechen. Wir haben ja eben schon festgestellt, dass wir bislang zu wenig über Adaptation gesprochen haben.

Dann Ottmar Edenhofer, Direktor am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung hier im Raum, herzlich willkommen. Er ist Ökonom, hat eine

Professur für Ökonomie und Politik des Klimawandels und ist einer der Wissenschaftler hinter der Enzyklika Laudato si von Papst Franziskus gewesen.

Schließlich Simon Caney, er wird auf Englisch vortragen, von der University of Warwick. Er hat einen Lehrstuhl für politische Theorie und war sechs Jahre Mitglied im Nuffield Council. Simon, great to see you. Simon, can you remember the Nuffield Council which is a kind of sister organisation of Deutscher Ethikrat. His issue is Climate Change and Global Justice, Klimagerechtigkeit aus Sicht der politischen Theorie.

Damit kann es losgehen. Herr Staab, Sie haben das Wort.

Statements

Philipp Staab · Humboldt-Universität zu Berlin

(Folie 1)

Ja, vielen Dank für die Einladung. Anpassung als Leitmotiv gesellschaftlicher Entwicklung, dazu wurde ich gebeten, etwas zu sagen.

(Folie 2)

Ich möchte kurz einen Disclaimer vorwegschicken gegen mögliche Missverständnisse: Ich bin kein Ethiker, sondern Soziologe, das heißt mein Zugang zu Moral ist rein empirisch. Ich kann etwas sagen über Erwartungen in der Bevölkerung, über Gerechtigkeitsempfinden im Kontext des Klimawandels, aber nicht so abstrakt über moralische Standards dafür.

Außerdem missverstehen Sie das, was ich sage, nicht zwangsläufig als Plädoyer. Zunächst mal ist das eine soziologische Beobachtung. Sie werden sehen, warum ich das vorwegschicke.

(Folie 3)

Anpassung als Leitmotiv der kommenden Gesellschaft, was bedeutet das eigentlich?

(Folie 4)

Wir kommen aus einer Zeit der klassischen Moderne oder auch der Spätmoderne, in der Fortschritt den Fluchtpunkt gesellschaftlicher Entwicklung bildete. Es ging dabei um die Perfektionierung gesellschaftlicher Verhältnisse, um die stetige Erweiterung von Lebenschancen, die Demokratisierung über weitere Bereiche der Gesellschaft, und nicht zuletzt das alles materialisiert in fortschreitenden Konsumniveaus.

Die Spätmoderne, also die Zeit ab den 1980er Jahren, würden wir in der Soziologie sagen, ist geprägt von einer zunehmenden Individualisierung auch dieses Versprechen. Es geht dann immer mehr um die expansive Selbstentfaltung der Einzelnen, darum, immer mehr Spielräume für ihre individuelle Authentizität und Selbstverwirklichung zu entfalten.

(Folie 5)

Uns allen ist, zumindest in diesem Kreis, klar, dass diese Art von Perspektive auf Gesellschaft mit gigantischen Herausforderungen, um es mal moderat auszudrücken, konfrontiert ist, dass also dieses gesellschaftliche Versprechen gegen eine Wand läuft, die etwa in verschiedenen Wissenschaften als Polykrise oder multiple Krise beschrieben wird, in der sich verschiedene gesellschaftliche Krisen gleichzeitig in einer Art und Weise überlagern, die dann ein reaktives und defensives Verhalten der Gesellschaften zu ihren Umwelten (die, zumindest für uns Soziologen, immer schon vergesellschaftet sind) erzwingt.

Denken Sie nur an das Jahr 2022, an die Koalition, die in Deutschland für den Fortschritt

antritt und dann im Kontext von spürbaren Klimawandelfolgen, Dürre im Sommer, Pandemie und Krieg nur zu reaktiven Anpassungen gezwungen ist.

In dieser Art von Situation, von der ich erwarten würde, dass sie das 21. Jahrhundert stark ausmacht, prägen wird, entsteht ein neues Bezugsproblem. Das zentrale Bezugsproblem ist nicht mehr: Wie können wir Selbstentfaltung immer weiter expandieren und erweitern?, sondern viel grundlegender: Wie sichern wir eigentlich die Selbsterhaltung und damit auch die Stabilität von so etwas wie Gesellschaft?

Dabei taucht, so meine These, ein neues Leitmotiv auf, nämlich das der Anpassung, das statt dem des Fortschritts ins Zentrum rückt. Ob diese Anpassung situativ ist (also Aufräumen nach einer Flut oder so) oder langfristig (Carbon Capture and Storage oder was auch immer), sei mal dahingestellt. Beides sind, wie ich gleich noch argumentieren werde, letztlich Anpassungen.

(Folie 6)

„Was verstehen Sie unter Anpassung?“, haben Sie mir als Frage mit auf den Weg gegeben.

(Folie 7)

Ich verstehe darunter zunächst die reaktiven Praktiken, die in Gesellschaften entstehen, wenn diese Gesellschaften sich selbst diesem Problem der Selbsterhaltung gegenübersehen, sie dieses also wahrnehmen, wenn sie umstellen von Selbstentfaltung auf Selbsterhaltung jedenfalls da, wo vorher Selbstentfaltung das zentrale gesellschaftliche Versprechen war.

(Folie 8)

„Was verstehen Sie unter Anpassung im Kontext des Klimawandels?“, haben Sie mir als Frage ebenfalls mit auf den Weg gegeben.

(Folie 9)

Ich würde sagen, dass es soziologisch keinen Sinn macht, diese klimapolitische Unterscheidung oder auch Polarität zwischen Mitigation und Adaptation oder Adaption zu treffen, diese Unterscheidung sozusagen mitzuführen. Warum? Weil Mitigation, also alle Maßnahmen, die auf eine Abmilderung von Klimafolgen zielen, auch Anpassungen an den Klimawandel sind, an erwartete Schäden, die man versucht so gut wie möglich zu verhindern, während Adaption oder Adaptation stärker die Anpassung an nicht nur erwartete, sondern auch erfahrene Schäden bezeichnet.

Beides (und das wäre das soziologisch Relevante) würden wir nicht tun, wenn wir nicht das Gefühl hätten, das tun zu müssen, reaktiv sozusagen aktiv werden zu müssen. Und beides, also beide Formen der Anpassung, gewinnen mit Erwartung und Erfahrung des Klimawandels systematisch an Bedeutung.

Das ist keine Prognose, sondern eine Beobachtung. Wenn das nicht so wäre, hätten wir nicht so etwas wie das Politikfeld der Klimapolitik, wir würden nicht ständig über die Umstellung der Energiesysteme, die Resilienz der Landwirtschaft, aber auch den Ausbau des Katastrophenschutzes, neue Pflichtdienste oder die Steigerung individueller Resilienz, all das reden, wenn Anpassung nicht wichtiger werden würde als Thema. Anpassung an den Klimawandel ist der Sammelbegriff für die reaktiven Praktiken in Bezug auf den Klimawandel, wobei auch Mitigation erst mal soziologisch eine reaktive Praxis ist, was wichtig ist, weil natürlich an den Fortschritt auch politische Versprechen gekoppelt waren, über die ich gleich noch ein paar Worte sage.

(Folie 10)

„Wo ergeben sich Ziel- und Verteilungskonflikte?“ war die nächste Frage.

(Folie 11)

Wenn man es heuristisch betrachtet, ergeben sich Ziel- und Verteilungskonflikte erst mal aus der Spannung zwischen Teilen von Populationen, die eher sozusagen auf Anpassungsverdrängung zu verbuchen wären, und solchen, die eher auf Anpassungsakzeptanz zu verbuchen wären.

Die Polaritäten, die sich dann darstellen, sehen Sie in der Tabelle. Also wenn es um das primäre Ziel geht, das diese mit gesellschaftlicher Entwicklung verbinden, dann ist es ein Konflikt zwischen einem Primat der Selbstentfaltung und einem Primat der Selbsterhaltung.

Wenn Sie über die zentralen gesellschaftlichen Mittel dieses jeweilige Primat zu erreichen nachdenken, dann ist es sicher so – und da fängt es an, wenn ich sage, das ist erst mal eine Beobachtung und kein Plädoyer – natürlich gehört zu diesem Primat der Selbstentfaltung in modernen Gesellschaften wie unserer die Idee, dass wir alles durch mehr Demokratisierung lösen. Wenn Sie aber gucken: Die Leute, die sich dem Selbsterhaltungsproblem gegenübersehen, also sagen: Das ist jetzt unser Hauptproblem, wie die über die zentralen Mittel des politischen Prozesses nachdenken, dann sehen Sie, dass die viel weniger, oder zunehmend weniger, könnte man sagen, in Deutschland zumindest, auf Demokratisierung als Lösung setzen, sondern die verlangen eine effektive politische Steuerung als Bearbeitungsweise dieser

Selbsterhaltungsprobleme, dem zugrunde liegt, dass sich auch die dominanten Motive dann unterscheiden, nämlich dass die in der Verdrängungsachse nach wie vor diese Zielgröße individueller Freiheit haben, weswegen Verzicht

und Verbot so allergische Reaktionen erzeugen (kennen Sie alles irgendwie, mindestens aus dem Fernsehen oder so), während auf der Akzeptanzseite das Motiv des kollektiven Schutzes ganz essenziell wirkt, und dann auch Referenzbegriffe wie die der Solidarität, der Begrenzung und so stärker ins Spiel gebracht werden, wenn man mit den Leuten darüber redet, wie sie sich eine gute Gesellschaft unter den gegebenen Bedingungen der Anpassung vorstellen.

(Folie 12)

Sie haben mir außerdem mitgegeben als Frage: „Was schulden die Einzelnen der Gemeinschaft hinsichtlich des Klimaschutzes“ oder in meiner Sprache: der Anpassung?

(Folie 13)

Ich würde der Beantwortung dieser Frage die Hypothese voranstellen: Je akuter die Krisenerfahrung und je kollektiver die Betroffenheit von Klimawandelfolgen wird, desto schwieriger wird die Achse der Verdrängung, die sich im Moment in massivem Konflikt mit der Achse der Akzeptanz befindet.

Je dominanter aber die Akzeptanz von Anpassungsnotwendigkeiten wird, desto stärker, würde ich aus meiner soziologischen Beobachtung, also empirisch basiert sagen, werden bestimmte Erwartungen. Und ich habe drei wichtige herausgegriffen in Bezug auf die Frage der Gerechtigkeit, so wie sie jetzt hier interessiert.

Das eine ist: Wenn die Leute sagen, Anpassung ist wirklich unvermeidbar, dann erwarten sie eine relative Gleichbehandlung bei den Anpassungsanstrengungen. „Relativ“ ist hier das richtige Wort. Also nicht jeder gibt einen Euro, wenn wir über finanzielle Belastung reden, sondern jeder gibt so viel Prozent von dem, was

er hat, und alle geben gleich viel Prozent. Das ist das, was die Leute gerecht finden.

Die wollen außerdem eine massive Entpolitisierung dieser Selbsterhaltungsfragen. Die Idee, dass dann, wenn sie es als akut wahrnehmen, sie es weiter deliberieren, darüber streiten wollen, ist falsch. Die wollen – dann kommt dieses Motiv des Schutzes ins Spiel, Schutz von oben. Das sind empirische Veränderungen des Gerechtigkeitsempfindens, die mit dem Aufstieg des Motivs der Anpassung zumindest erwartungsgemäß zunehmen werden und sich doch stark unterscheiden von dieser Geschichte, die wir etwa seit den 1980er Jahren in Deutschland (so ein bisschen wie Ulrich Beck, der Ihnen sicher vertraut ist) immer erzählt haben, mehr Demokratisierung, Macht der Politik, Biden, der trifft die richtige Entscheidung, am Ende werden die Probleme gelöst; das ist nicht mehr das Spiel, das hier in der Wahrnehmung dominiert.

(Folie 14)

Diese Veränderung des Gerechtigkeitsempfindens legt drei Sachen nahe: Erstens muss die Zielgröße Selbsterhaltung politisch explizit thematisiert, aufgenommen und bearbeitet werden. Denn die Leute kriegen zunehmend das Gefühl, dass das Versprechen auf Verdrängung, grüner Kapitalismus, alles bleibt wie bisher, wenn wir nur dies und dies tun, nicht mehr geglaubt wird, wenn jeden Sommer der Rhein trocken liegt. Ich übertreibe das, Sie verstehen.

Ein zweiter Punkt ist, dass die Entpolitisierung des Selbsterhaltungsproblems aus der Sicht der Leute in alten und neuen Infrastrukturen der Selbsterhaltung erfolgen soll. Was wir brauchen, sind diese Gewährleistungen, die uns Infrastrukturen bieten, vom Gesundheitssystem

bis zum Katastrophenschutz, damit wir auch tatsächlich aktiv sein können im Kontext der Anpassung.

Das Dritte ist (und deshalb hab ich vorher gesagt: nicht Plädoyer, sondern erste Beobachtung), dass im Kontext des Klimawandels die Entpolitisierung von Selbsterhaltungsfragen zur wahrscheinlich notwendigen Bedingung demokratischer Legitimität wird, schon aus dem simplen Grund, dass Demokratien im Prinzip gar nicht wirklich demokratisch über Selbsterhaltungschancen streiten können oder sie gar partizipativ entscheiden können. Um ein etwas anderes Beispiel zu nennen: Stellen Sie sich mal in der Pandemie eine Situation vor, in der wir – irgendwie *liquid democracy*, Online-Abstimmung, alle können sich beteiligen zur Frage: Wer kriegt im Kontext der Triage, also der Selbsterhaltungsproblematik, eigentlich den Zugang zum Beatmungsgerät und wer nicht? Das würden wir wahrscheinlich aus guten Gründen nicht mehr als Demokratie bezeichnen.

(Folie 15)

Unter dem Strich würde ich sagen: Will man das Gerechtigkeitsempfinden im Kontext der Anpassung an den Klimawandel bedienen, das empirisch aufsteigende Gerechtigkeitsempfinden, dann geht es weniger darum, wie die Frage suggeriert, was die Einzelnen der Gemeinschaft schulden, als darum, was die Gemeinschaft *liefern* muss, um Folgebereitschaft, Engagement und letztlich politische Stabilität zu gewährleisten.

Das ist vor allem eine relativ-egalitäre Verteilung von Anpassungslasten und eine glaubhafte Entpolitisierung von Selbsterhaltungsfragen in belastbaren und wahrscheinlich erweiterten Infrastrukturen der Daseinsvorsorge.

(Folie 16)

Unter *den* Bedingungen, also wenn das geschehen würde, könnte Anpassung tatsächlich wie ein partizipatives Projekt gesellschaftlicher Mobilisierung sein, wobei man erst mal genau die Handlungsmöglichkeiten darstellen müsste, die dann zur Verfügung stünden.

Und bei all dem, was ich jetzt gesagt habe, bleibt natürlich eine wichtige Frage offen, nämlich die, welche zeitlichen und räumlichen Grenzen der Solidarität eigentlich in dem Zusammenhang existieren und bearbeitet werden müssen, also in Bezug auf die Frage historischer und geografischer Klimagerechtigkeit. Danke schön.

Armin Grunwald

Herzlichen Dank, Herr Staab. Dann geht es gleich weiter, Herr Edenhofer.

Ottmar Edenhofer · Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung

(Folie 1)

Herr Vorsitzender, liebe Anwesende, in der internationalen Klimapolitik muss die grundsätzliche Frage geklärt werden, welchen Beitrag die Verminderung von Emissionen, die Anpassung an den Klimawandel, der Entzug von Emissionen aus der Atmosphäre (sogenannte Carbon-Dioxide-Removal [CDR]-Technologien) und die direkte Steuerung der Strahlungsbilanz leisten sollen. In der Klimaökonomik wird diese normative Frage aus der Perspektive des *impartial spectators*, des unparteiischen Beobachters gestellt, und zwar mithilfe zweier methodischer Ansätze, die ich kurz vorstellen will in diesem Kontext, nämlich der Kosten-Nutzen-Analyse und der Kosten-Effektivitäts-Analyse.

Wenn ich jetzt also über den unbeteiligten oder unparteiischen Beobachter spreche, meine ich nicht, dass der wertfrei sei, aber er versucht

zumindest eine gesamtgesellschaftliche Perspektive einzubringen.

In der Kosten-Nutzen-Analyse, die nur in Randbereichen des Weltklimarates angewandt wird, geht es im Kern darum, die intertemporalen Kosten und Schäden miteinander zu vergleichen. Ethisch relevant dabei ist schon, welche Kosten- und welche Schadenskategorien überhaupt mit einbezogen werden. Das ist die erste wichtige Entscheidung.

Die Tatsache, dass sich die Kosten-Nutzen-Analyse ganz dominant auf utilitaristische Ethiken bezieht, heißt nicht, dass Existenzwerte, Optionswerte oder auch prioritäre Gerechtigkeitsprinzipien nicht beachtet werden können. Im Gegenteil, man kann das sehr wohl in dieses Rahmenwerk integrieren. Entscheidend ist gewiss, wenn utilitaristische Positionen eingenommen werden, die sogenannte Diskontrate, weil das die Austauschrate ist, mit der man dann Kosten und Nutzen intertemporal vergleichbar macht.

Man kann das auch mit prioritären Wohlfahrtsfunktionen machen. Die Tatsache, dass prioritäre Wohlfahrtsfunktionen eine relativ geringe Rolle spielen, hat damit zu tun, dass für die praktischen Überlegungen und die praktischen Konsequenzen sehr oft die Unterschiede nicht so wahnsinnig groß sind.

(Folie 3)

Das kann man sich hier deutlich machen, wenn man sich die Klimaschäden anschaut, wie sie berechnet werden, hier beim Klimaszenario von vier Grad, dann ist der Unterschied zwischen einer prioritären und einer utilitaristischen Abschätzung nicht so wahnsinnig groß, jedenfalls nicht so gravierend, dass die meisten Ökonomen sich nach wie vor und dominant auf utilitaristische Rahmenwerte beziehen.

Worum es mir aber geht, ist Folgendes: Ich möchte hier nicht auf die konkreten Zahlenwerte eingehen, das sind sicherlich nur untere Abschätzungen und keine oberen Abschätzungen. Aber wie wendet man diese Kosten-Nutzen-Analyse in der Ökonomie an? Da scheint es mir sinnvoll zu sein, das Badewannenmodell in Anschlag zu bringen.

In dieser Metapher ist die Atmosphäre eine Badewanne. In diese Badewanne fließt kontinuierlich Wasser, und irgendwann muss der Zufluss auf null gesenkt werden, wenn die Badewanne nicht überlaufen soll. Ob die Badewanne schon am Überlaufen ist (das hat Herr Tremmel vorher in Anschlag gebracht), lasse ich mal offen. Entscheidend ist, dass sehr frühzeitig, sehr bald der Zulauf auf null gedreht werden muss und dass wir vor allem – und das ist der zweite wichtige Aspekt – einen Abfluss benötigen. Darauf werde ich noch näher eingehen, und mit diesem Abfluss sind die sogenannten CDR(Carbon-Dioxide-Removal)-Technologien gemeint.

Warum brauchen wir diesen Abfluss? Aus zwei Gründen. Erstens weil wir wahrscheinlich schon viel zu viel in der Badewanne haben, aber auch, weil es einen Sockel von Restemissionen geben wird, den man mit den herkömmlichen Methoden der Vermeidung nicht reduzieren kann, und weil wir wahrscheinlich auch irgendwann mit der Temperatur noch etwas nach unten gehen müssten, weil wir überschießen werden. Wir brauchen also diese CDR-Technologien auch deswegen, weil wir gewissermaßen unseren Müll in der Atmosphäre aufräumen müssen.

Das Ausmaß, wie diese CDR-Technologien nun verwendet werden, ist natürlich in diesem utilitaristischen Kontext abhängig von der Diskontrate. Je höher die Diskontrate ist, also je weniger die Schäden der künftigen Generationen

in Anschlag gebracht werden, und je weniger wir heute vermeiden, umso mehr und umso großskaliger müssen wir diese CDR-Technologien einsetzen. Je höher die Schäden des Klimawandels sind und je geringer die Kosten der Vermeidungsreduktion, umso ehrgeiziger wären auch die Temperaturziele, die wir mithilfe der internationalen Klimapolitik erreichen wollen. Weist diese Schadensfunktion Diskontinuitäten auf, also sogenannte Tipping Points, dann legt die Kosten-Nutzen-Analyse entsprechend ehrgeizigere Ziele nahe. Je anpassungsfähiger die Gesellschaft ist, je schneller sie höhere Deiche bauen kann, umso eher lassen sich auch Temperaturanstiege verkraften.

Die Unsicherheiten bei der Festlegung des optimalen Temperaturziels sind beträchtlich. Sie sind so breit, dass sich der Weltklimarat in seiner Abschätzung nicht auf die Kosten-Nutzen-Analyse verlassen wollte.

(Folie 4)

Bei diesen großen Unsicherheiten, bei den Tipping Points, gibt es eine Fülle von solchen Kosten-Nutzen-Analysen, die zeigen, dass die Ziele des Klimaabkommens von Paris, nämlich die globale Mitteltemperatur auf zwei Grad zu begrenzen, mit der Ambition, die 1,5 Grad einzuhalten, durchaus auch im Rahmen dieser Kosten-Nutzen-Analyse verständlich gemacht werden kann, und wenn man dann vor allem auch die Kippelemente im Erdsystem in Anschlag bringt, also das irreversible Aktivieren solcher Phänomene im Erdsystem, wie zum Beispiel das Verschwinden der Korallenriffe oder das Abschmelzen des Grönland-Eisschildes, dann würde man entsprechend ehrgeizigere Ziele verwenden. Aber gerade wegen dieser enormen Unsicherheiten hat sich die Klimarahmenkonvention nicht auf diese Kosten-

Nutzen-Analyse verlassen, sondern auf die Kosten-Effektivitäts-Analyse.

Dabei gibt man ein Temperaturziel vor und stellt sich dann die Frage, mit welchen Methoden der Vermeidung, mit welchen CDR-Technologien, mit welchen Anpassungsmaßnahmen dieses Ziel erreichbar ist. Im Augenblick ist die Debatte darüber entbrannt, ob das 1,5-Grad-Ziel oder die 1,5-Grad-Grenze eigentlich noch erreichbar ist. Dazu haben wir am Potsdam-Institut alle Szenarien des IPCC ausgewertet und sind zu folgenden Ergebnissen gekommen:

Die 1,5-Grad-Grenze ist wahrscheinlich nur einzuhalten bei einem zeitweiligen Überschreiten dieser 1,5-Grad-Grenze. Wir müssen im großen Maßstab diese CDR-Technologien einsetzen, also Negative-Emissions-Technologie, um dann beim Überschießen wieder auf die entsprechende niedrigere Temperatur zu kommen.

In welchem Ausmaß das geschehen soll, hängt entscheidend davon ab, welchen technischen Fortschritt es bei den Vermeidungstechnologien gibt. Aber auch unser Lebensstil hängt davon ab, etwa ob wir zum Beispiel im Wesentlichen auf vegetarische Ernährung gehen und ob wir damit auch den Sockel an vermeidbaren Restemissionen im Agrarsektor entsprechend reduzieren.

(Folie 5)

All diese Szenarien gehen davon aus, dass wir bis 2050 2,3 bis 7,4 Gigatonnen pro Jahr an Emissionen reduzieren. Sie sehen das hier sehr schön an dieser Grafik, dass sich die Klimapolitik in zwei Phasen aufteilt: In der ersten Phase müssen wir Emissionen reduzieren, vermeiden, und in der zweiten Phase, also etwa in der zweiten Jahrhunderthälfte, müssen wir negative Emissionen und Negative-Emissions-Technologien erzeugen. Das heißt, dass

Vermeidung und CDR-Technologien keine Substitute sind, sondern Komplemente.

(Folie 6)

Die Frage, was ist das tatsächliche Ausmaß dieser Negative-Emissions-Technologien? Das hängt in entscheidendem Maße ab von dem technischen Fortschritt bei der Vermeidung. Aber es geht auch um die Frage, wie wir den künftigen Landwirtschaftssektor gestalten, und wenn wir noch lange so weitermachen wie bisher, werden wir einen beträchtlichen Sockel an solchen Vermeidungsmaßnahmen einführen müssen, um die Klimaziele noch einigermaßen einzuhalten.

Um welche Maßnahmen geht es bei diesen Carbon-Dioxide-Removal-Technologien? Hier geht es um Direct Air Capture, die Kombination von Biomasse, Einfangen von CO₂ und die Lagerung, die sogenannten BECCS [Bioenergy with Carbon Capture and Storage]-Technologien. Alle diese Technologien sind mitnichten risikoreich.

Ich will jetzt noch eine Minute darauf verschwenden, welche politischen Instrumente notwendig sind, welche Governance-Struktur notwendig ist, damit wir hier einen Schritt weiterkommen, denn eines muss klar sein: Wir sind weit davon entfernt von solchen Farben, wie ich sie hier aufgezeichnet habe. Wir sind auch nicht auf dem Weg zu einem 1,5-Grad-Ziel, wir sind eher auf einem 3-Grad-Pfad und noch immer steigen die weltweiten Emissionen jährlich an. Wir haben noch nicht mal die Kurve gebogen. Das ist eine ziemlich dramatische Entwicklung. Was ich Ihnen hier abtrage, das sind normative Szenarien, das sind keine Prognosen, und wir haben im Augenblick keine hohe Wahrscheinlichkeit, dass wir dieses Szenario erreichen.

Wir brauchen dafür eine internationale Kooperation. Die Emissionsminderungen der Nationalstaaten müssen sich aufsummieren, und Trittbrettfahrerverhalten muss unterbunden werden. Diese CDR-Technologien bedürfen einer dauerhaften Subventionierung. CO₂, das wir emittieren, muss bepreist werden. Aber dort, wo wir Reservoirs erschließen, im geologischen Untergrund, andere Reservoirs, müssen wir diese Technologien dauerhaft subventionieren.

Ich will Ihnen da mal eine Zahl sagen: Diese CDR-Technologien werden in der Vollreife etwa 3 Prozent des weltweiten Sozialprodukts betragen. Das heißt, wir müssen uns im Grunde genommen so eine Art planetarische Müllabfuhr vorstellen, die wir dann noch als einen großskaligen Sektor aufbauen. Das ist eine gewaltige Infrastrukturaufgabe und eine gewaltige Governance-Aufgabe. Was wir hier betreiben, ist nicht mehr und nicht weniger als ein globales Management, ein industrielles Management des globalen Kohlenstoffkreislaufs. Warum? Einige dieser Entnahmetechnologien werden nicht dauerhaft binden, es wird CO₂ entweichen: Wenn wir zum Beispiel etwa Beton durch Holz ersetzen, wird irgendwann Holz nicht mehr als Baumaterial dienen können, sondern wird es ausgasen.

Das heißt, diese Nichtpermanenz bei der Speicherung bedeutet, dass immer wieder neue Removal-Technologien verwendet werden müssen, um den Zufluss in die Badewanne letztlich zu kompensieren. Und das bedarf eines dauerhaften Kohlenstoffmanagements, und zwar nicht über Jahrzehnte, sondern eigentlich für den Rest der Menschheit, denn wir müssen diesen globalen Kohlenstoffkreislauf in einem solchen Steady-State-Gleichgewicht halten. Das ist eine gewaltige Aufgabe.

Da geht es auch um Haftungsfragen. Wenn man sich vorstellt: Ein Bauer bringt Biokohle aus auf dem Acker, verkauft irgendwann den Acker, dann wird der Biokohle-Austrag eingestellt, dann muss irgendeine Institution gegeben sein, die diese Liabilität, die dort entsteht, übernimmt und auch in der Lage ist, entsprechend Ersatz-Removals beizusteuern.

Und wenn subventioniert werden muss, dann heißt das natürlich, dass wir in einer Größenordnung von etwa 3 Prozent des weltweiten Sozialprodukts diese enormen Mengen aufbringen müssen.

Ich glaube, dass diese CDR-Technologien für die globale Kooperation durchaus Perspektiven bereitstellen, weil sie für manche Länder, die CO₂ exportieren, Möglichkeiten bieten, den Verlust ihrer Ressourcenrenten etwas hinauszuzögern. Aber im Kern bleibt die große Aufgabe, dass wir hier zu einer globalen Kooperation und zu einem globalen Einstieg kommen müssen.

Ich könnte jetzt noch etwas sagen, in welchem Umfang politische Instrumente, angefangen von der CO₂-Bepreisung über Technologie-Standards auf europäischer Ebene, eingeführt werden sollten. Das will ich mir hier ersparen, weil ich Ihnen eigentlich die Kernbotschaft mitgeben will:

Wir sind gerade dabei, in eine neue Phase der Klimapolitik einzusteigen. Es geht nicht mehr nur um die Frage, wie viel Erneuerbare wir auf die Straße bringen. Es geht nicht mehr nur um die Frage, wie viel wir vermeiden, sondern es geht im Kern um den Einstieg in ein globales Management des Kohlenstoffkreislaufs, und das ist eine gewaltige Aufgabe, die wir erst beginnen zu begreifen und die uns auch vor gewaltige ethische Herausforderungen stellt. Das zumindest umrissen zu haben, war die Aufgabe meiner Zeit, die ich leider überschritten habe. Herzlichen Dank.

Armin Grunwald

Herzlichen Dank, Herr Edenhofer, auch gerade dafür, dass Sie am Schluss noch mal auf diese zeitliche Dimension aufmerksam gemacht haben. Da sind schon Dinge irreversibel geschehen, die eine, sagen wir mal, dauerhafte Sorgfaltspflicht der Menschen fürs Klima mit sich bringen werden, wo man immer daran denken muss, dass Problemlösungen von heute neue Probleme für morgen machen können.

Now we will turn to the UK. Simon, are you ready? Oh yes, your slides are on the screen. So, the floor is yours.

Simon Caney · University of Warwick

(Folie 1)

Thank you very much. So, I would like to begin by thanking you for the invitation. Since time is short, I am going to go straight to the point. I was asked to reflect on three sets of issues. So, what I am going to do is go through each of these, and then there was a broader set of questions we are asked to reflect on concerning the basis of human responsibilities to take climate protection measures. And I am going to address that throughout.

(Folie 2)

So, the first specific question I was asked to address is: What do you consider to be the most important aspects of international justice in climate ethics? Now, there are many things one can say in reply, but I want to pick out four in particular. The first concerns the impact of climate change. Fossil fuel-based economies and unsustainable agricultural practices have brought about these changes that affect our environment. And human beings and non-human animals are heavily dependent on our natural world. And these changes have serious impacts on many

people, including the most vulnerable in the world. They threaten people's lives, they harm health, they harm agriculture and people's vital interest in food. They result in severe damages to people's property and their livelihoods. They force people to have to move, and they undermine the ability of people to pursue their traditional ways of life. For these reasons, I have argued that it actually undermines people's fundamental rights. And so one aspect, then, of global justice here is that climate change undermines these core and vital interests, to which people have rights. I now want to turn to a second aspect. This concerns people's responsibilities. And the point here, to put it a bit bluntly, is that some others enjoy very great wealth because they engage in, and have engaged in the past, in activities that cause climate change and because they have benefited from the activities of past generations. And in virtue of this, they have responsibilities, among other things, to enable others to adapt and to fund compensation or loss and damage. Now, each of the underlined words in aspect two is relevant. So, some bear a responsibility because they have caused the problem. They have a responsibility according to the principle that the polluter should pay. In addition, many of them have the ability to pay and they have a responsibility under an ability-to-pay principle. Furthermore, this ability to pay, this high standard of living, has been generated in ways that involve the emissions of high levels of greenhouse gases. This wealth stems from the enormous economic growth of the 20th century. It has been powered by a carbon-based economic system, and so they cannot say this wealth is theirs, it has nothing, they have no responsibility because the wealth and the benefits of this process are stemming from the same process that is causing the harm. So, these three factors of ability to pay, benefiting and causing the problem generate responsibilities.

And I think there are two points I really want to underscore here. One is, it is worth noticing the inner qualities in people's contribution to the problem. So some, the top ten per cent are responsible for a large proportion of greenhouse gases. Chancel and his colleagues, for example, found that the top ten per cent of emitters are responsible for 47.6 per cent of annual CO₂-equivalent emissions. The bottom 50 per cent are responsible for a mere 12 per cent of CO₂-equivalent emissions. And if we zoom in on the top 1 per cent, they are responsible for 17 per cent. So, there is a problem of inequality. The second point worth underscoring is, as Althor et al. point out, there is a big global mismatch between, on the one hand, the greenhouse gas emissions and, on the other hand, who bears the brunt of these effects. And this makes it a paradigm case of global injustice. So, these are the first two aspects.

(Folie 3)

But here is a third, maybe slightly less familiar aspect, which I will introduce as follows: humanity has a greenhouse gas budget, or at least it had, by which I mean the volume of greenhouse gases that can be permissibly emitted without running serious risks of causing catastrophic harm. But we have now used up the vast majority of this budget, leaving others, generally the poorest societies in the world, with very little. And this puts them in a dire, indeed tragic, situation because, on the one hand, they have very great poverty and they need more energy, they need more electricity, and yet they cannot use their fossil fuel reserves to develop without causing dangerous climate change. And this situation is not of their making, it is of the making of the rest of the world who have exploited this greenhouse gas budget. So, I think there is an ethical imperative here in virtue of this. On the part of the world who are wealthy, who have

benefited from the disproportionate use of this budget, to ensure that others less fortunate than them can also enjoy the same standard of living that has been denied them because of this previous use. I will end this first section by just turning to a fourth aspect of global justice that bears on climate change. So, it is imperative, I hope you will all agree, to decarbonise the economy, and this requires mass electrification, electric vehicles, it requires a massive increase of energy storage and use of batteries and it requires a massive upscaling of renewables. Now, the important point I want to convey here is that these policies have effects right across the world. And if we are not careful, some decarbonisation policies will have morally objectionable impacts on others. So, for example, extraction of lithium for lithium-ion batteries, which is essential for this whole project, can impact on the access to water of nearby communities. The siting of wind farms can involve the displacement of indigenous peoples. The extraction of copper and cobalt is often undertaken in extremely dangerous conditions with poor pay. So, the point here is that it is vital for us to decarbonise our economies, but it is vital to decarbonise on just terms and not on terms based on dispossession, exploitation or inflicting harm.

(Folie 4)

Now, much more could be said about the global justice dimensions, but those are four that I wanted to pick out. The second question I was asked to reflect on was on the need and role for global governance. I want to answer this by way of four points. So, the first is, it is hard to see how we *could* address these problems without some form of global governance. And this is perhaps especially true if we think of adaptation and loss and damage, so, loss and damage referring to compensation for climate harms committed. And

realising this will require international negotiations. And international negotiations have generated things like the 1.5-degree target. So they do play that kind of role. At the same time, and this is point 2, the annual negotiations of the parties to the UNFCCC are really ill-equipped to realise climate justice. And I think there are real limits on what they do achieve and what they can achieve. Last year's COP negotiations in Egypt, for example, were the 27th COP negotiations, and we still have no treaty specifying enforceable responsibilities. And I think one could reasonably doubt that that kind of architecture will ever yield that kind of outcome. So, the outcomes on financing adaptation loss and damage are often quite meagre and progress is painfully slow. They may be the best that can come out of that process, but I think it is important to recognise the limitations of the process.

(Folie 5)

Here is a third point which is perhaps particularly important, which is, for mitigation, much of the key action is within states. The obstacles to decarbonising lie very frequently within states, not at the global level. I think there is sometimes an assumption that climate change is a global problem, therefore a global collective action problem, and that the issue is that states are reluctant to commit unless others will do so, too. And so it bears noting that there is a large body of research by political scientists working on this which is very sceptical of this assumption. I have cited the sources on the PowerPoint. Governments' failure to mitigate on their view stems from opposition within states by some fossil fuel companies, some unions, public utilities, those with jobs that are in the fossil fuel-dependent industries. So the opposition comes within states from parties that have an interest in preserving the current economic system. Now, if

this diagnosis is correct, then what is needed is not so much more global governance, but overcoming the internal obstacles within states. And I think that is a very important point to bear in mind. The fourth and final point I just want to make on this is that, just to return to the global level, undoubtedly the global governance of climate change could be improved. It could be made much more inclusive, for example, giving much greater accountability to those affected most severely and it could amplify their voice much more fully. And it is vital to ensure that future generations who, after all, will live in the world we have bequeathed them, receive due protection in this political process. And it can be improved on both of those dimensions. But I want to just emphasise that third point that a lot of the political action is domestic.

(Folie 6)

Let me now turn very briefly perhaps to the third question, which is: What are the prospects of conflict over climate change? And so, yes, I should begin with a disclaimer that this is outside my area of expertise. But I am a consumer of those who do have expertise in it. And let me just conclude by noting two things that often appear in the literature on this. So, some political scientists, Colgan et al. are a particularly clear example, argue that we should understand climate politics as involving a conflict between those with climate-forcing assets, so with interests in preserving a carbon-based economy, and those with climate-vulnerable assets, those who are harmed by climate change or would be better off if we resolved the climate problem. And, essentially, they say the problem is the conflict between those two parties. So, those who are in the climate-vulnerable category will include, for example, individuals exposed to wildfires and the harmful effects of climate change. It will include

insurance companies worried about the long-term interests of their business. It will include companies that are dependent on global supply chains and that rely, for example, on the export of food produce from other parts of the world. Now, the point they want to drive at is that as the climate deteriorates, the conflict between these two parties will get evermore severe because at stake is the continuation of a certain energy system and those who benefit from it against those who are harmed by it. The final point I want to make, and this is about the necessity of forging climate coalitions, is that the extent of conflict is not predetermined. It is avoidable, but to avoid it, what we need are broad climate coalitions, ones committed to aggressive climate mitigation policies and backed by a wide variety of interests. And this is possible if policies are proposed that not only mitigate climate change, but also ensure that these do not harm vulnerable communities. For example, workers employed in fossil fuel-intensive companies or, for example, people vulnerable to fuel poverty. So, such policies can enjoy support from people for various reasons for those whose businesses are jeopardised by climate change, for households who are threatened by wildfires, for those morally motivated to care, for others who are bothered about air pollution and the number of deaths from poor air quality. For others, it may be green jobs. For others, it may be energy security. And there is a deeper truth here, but addressing climate change is never just addressing climate change. It requires addressing the broader context and treating affected parties fairly and equitably, which brings us right back to the beginning. There were other questions I was asked about conflict and I am very happy to speak to those in discussion, but in the interests of time, I will stop here. Thank you very much for your attention.

Armin Grunwald

Many thanks, Simon, for this very clear presentation with the paragraphs and so on, answering our questions, thank you very much.

Diskussion**Moderation: Armin Grunwald · Deutscher Ethikrat**

Now it is time for discussion. We will have it in a bilingual mode, I think. Questions to Simon, of course, in English, and otherwise, I guess, we can change between German and English, as you wish. So, I ask for questions, now for interventions, *Wortmeldungen*. Herr Bormann?

Franz-Josef Bormann

Vielen Dank den Vortragenden. Ich habe eine eher methodische Frage an Herrn Edenhofer. Sie haben auf das Instrument der Kosten-Nutzen-Analyse hingewiesen und wenn ich jetzt mal die beiden Statements zusammendenke, den Beitrag von Dieter Birnbacher vorher, der ja für diesen menschenrechtlichen Minimalismus argumentiert hat – meine Frage bezieht sich auf den Bezugspunkt der jeweiligen Kosten- oder Schadensberechnung. Auch bei diesen ganzen Loss-and-Damages-Theorien brauche ich immer einen Bezugspunkt, auf den ich überhaupt feststelle, was als Schaden identifiziert ist. Es ist ja ein großer Unterschied, ob ich über einen Verlust an Leben nachdenke, über Gesundheitsbeeinträchtigungen oder Subsistenzverlust-Möglichkeiten usw. Sie haben dieses Schema gezeigt, wo nach meiner Erinnerung vor allen Dingen Einkommensverluste quantifizierend dargestellt waren. Wenn man jetzt diese Kosten-Nutzen-Analyse auf so unterschiedliche Parameter wie die von Herrn Birnbacher genannten menschenrechtlichen Parameter beziehen würde, würde man dann ein jeweils sehr

unterschiedliches grafisches Bild erhalten? Oder würden Sie sagen, egal, nach welchem Schema wir das bestimmen, die geografische Verteilung usw. wird immer dieselbe sein? Oder wird man am Ende dramatisch unterschiedliche Szenarien diskutieren müssen, die natürlich auch unter gerechtigkeitsethischen Gesichtspunkten sehr sorgfältig voneinander zu unterscheiden wären?

Ottmar Edenhofer

Herzlichen Dank für die Frage. Ich habe dieses Bild bewusst gezeigt und habe auch nur die Einkommensschäden genommen, und zwar die Einkommensschäden, die sich auf so etwas wie Produktivitätsverluste beziehen, wofür man auch Marktpreise hat.

Warum habe ich das gemacht? Das habe ich nicht deswegen gemacht, weil ich ein kruder Ökonom bin, für den nur Einkommensschäden gelten, sondern weil ich damit deutlich machen wollte, dass, wenn man gewissermaßen schon die untere Schranke der Schäden mit in Anschlag bringt, man bei einigermaßen vernünftiger Wahl der Diskontrate die Grenzen des Paris-Abkommens motivieren kann. Das heißt mit anderen Worten: Bei sehr konservativen Abschätzungen kommt man schon dorthin.

Die zweite Ebene, die ich da in Anschlag bringen würde, wären die Tipping Points. Denken Sie etwa an den Verlust der Korallenriffe, den Verlust des westantarktischen Eisschildes. Es ist vollkommen klar, dass man das nicht mehr in Euro und Cent ausdrücken kann. Und wenn man dann einen Schritt weiter geht und sich die Frage stellt, dass etwa Fähigkeiten, Capabilities beeinträchtigt werden oder eben menschenrechtliche Fragen in Anschlag gebracht werden, dann würde ich sagen, kann man das nicht mehr ohne weiteres in diese Kosten-Nutzen-Analyse integrieren.

Das war auch der Grund, warum man etwa im Fünften Sachstandsbericht des Weltklimarats (da hatten wir ein eigenes Kapitel, das Philosophen zu verantworten hatten) das erste Mal in der Geschichte gesagt hat: Die Schadensabschätzungen in ihrer ganzen Breite, dafür ist uns die Unsicherheit bei der Kosten-Nutzen-Analyse zu groß. Deswegen ziehen wir explizite Grenzen ein, zum Beispiel dass man sagt: Durch die explizite Festlegung einer Temperaturgrenze legen wir die Arbeitsteilung zwischen Anpassung, Vermeidung und CDR implizit fest. Damit wollen wir nicht sozusagen alle Schäden gegen alle möglichen Kosten aufwiegen (das ist mir sehr wichtig, das zu sagen), aber wir sehen, je mehr wir über diese Schäden nachdenken, dass wir schon bei sehr kruden Abschätzungen, also bei den Produktivitätsverlusten am Äquator, dass man dort nicht mehr vernünftig bauen kann, dass Menschen unter extremer Hitze nicht mehr sehr produktiv arbeiten können, dass das schon reicht, um sehr ambitionierte Klimaziele zu motivieren. Das war der Ansatzpunkt.

Aber ich möchte noch mal betonen und darauf hinweisen, dass sich die ganzen Szenarien im IPCC gerade nicht auf die Monetarisierung der Schäden beziehen, sondern diese Kosten-Effektivitäts-Analyse mit zusätzlichen Constraints, die eingezogen werden, auch Gerechtigkeitsüberlegungen, weil man nicht glaubt, dass man so ein komplexes Problem wie Güterabwägung, auch ethische Güterabwägung, auf eine einzige Metrik reduzieren kann.

Stephan Kruij

Vielen Dank. Herr Edenhofer, ich habe zwei Fragen an Sie zu den Maßnahmen. Sie haben eine normative Analyse gemacht, also was müsste getan werden? Wenn wir aber auf die Prognose des IPCC gucken oder auch, auf welchem Pfad

wir unterwegs sind (Sie haben es ja genannt: drei oder vielleicht sogar vier Grad Erwärmung), dann gibt es ja Prognosen von Unbewohnbarkeit der Erde, Milliarden Menschen in Not, viele Millionen auf der Flucht. Da würde mich interessieren: Wie ist Ihre persönliche Einschätzung dazu? Was kommt auf uns zu, wenn wir zehn Jahre so weitermachen wie bisher?

In diesem Zusammenhang beunruhigt mich sehr die Beobachtung, dass in den letzten 30 Jahren, wo wir die Bedrohung eigentlich hätten wissen können, viele meiner Altersgenossen das Problem ignoriert haben und jetzt, wo erkannt wird: Da kommt was auf uns zu und auch der Letzte es versteht, das aber nicht umschlägt in Handeln, sondern in: Jetzt ist eh alles zu spät.

Und wenn wir in Deutschland über kollektive Klimaschutzvorschriften, also nicht freiwilliges Handeln des Einzelnen, sondern Vorschriften und Regularien diskutieren, dann trifft man oft auf Widerstand mit dem Argument: Selbst ein optimales Handeln rettet das Klima nicht, weil ein Alleingang das Klima nicht wesentlich verändern kann, aber für uns das Risiko birgt, dass wir Arbeitsplätze und damit Wohlstand verlieren. Was antworten Sie einem solchen Skeptiker? Zu denen ich nicht gehöre, aber ich würde gerne eine gute Antwort darauf haben.

Ottmar Edenhofer

Zum ersten Teil Ihrer Frage: Womit rechne ich? Ein Anstieg der globalen Mitteltemperatur von drei bis vier Grad ist in der gesamten Kulturgeschichte der Menschheit ohne Vorbild. Wir haben dafür nicht einmal vernünftige historische Analogien. Gegeben die Tatsache, dass wir solche historischen Analogien nicht haben, scheint es mir geradezu vermessen, auszubuchstabieren und zu explorieren, wie eine Welt bei vier Grad ausschaut. Was ich sagen würde, ist: Bei drei, vier Grad ist der

Klimawandel nicht mehr beherrschbar. Und wer behauptet, es sei beherrschbar – ich habe da viele interessante anekdotische Erfahrungen machen dürfen, dass Leute mit großer Selbstsicherheit behauptet haben, mit den bisschen Migrationsströmen werde man auch noch fertig werden. Sie sehen – wir müssten dafür viel mehr und dezidierter darüber nachdenken: Was sind eigentlich die Grenzen der Anpassungsfähigkeit von Gesellschaften? Und das auszubuchstabieren und auszuloten bei drei, vier Grad ist unmöglich. Deswegen ist es sinnvoll, hier das Vorsichtsprinzip in Anschlag zu bringen und zu sagen: Es ist sinnvoll, dass wir diese 1,5-Grad-Grenze einhalten.

Jetzt kommt die Frage, die Sie angeschnitten haben: der Sprung von Leugnen in den Fatalismus. Das ist in der Tat eine gefährliche Debatte, weil nämlich die Tipping Points oft dazu verwendet werden zu sagen: Ja, wenn jetzt die Tipping Points aktiviert werden, dann ist es ohnehin egal, denn dann können wir nix mehr machen. Dem ist aber nicht so. Es ist wichtig und lohnend, dass wir um jedes Zehntelgrad kämpfen, auch wenn es ein Risiko beim Überschießen gibt, also auch 1,6, 1,7 Grad. Dann sind 1,7 Grad deutlich besser als 2 Grad. Deswegen ist auch mein Plädoyer für die CDR-Technologien, dass wir CO₂ aus der Atmosphäre entziehen, um die Temperatur wieder zurückzuführen in einen Bereich, der einigermaßen sicher ist.

Aber wir müssen uns über eines im Klaren werden: Die Zeiten, wo wir sagen können, wir sind auf der sicheren Seite, sind vorbei. Es ist ein Weg in der Gefahr, der besritten werden muss, und es ist nicht nur ein Weg in der Gefahr im Hinblick auf die Klimaschäden, sondern auch ein Weg in der Gefahr im Hinblick auf die Vermeidung des Klimawandels. Auch die Vermeidung des Klimawandels ist nicht

kostenlos. Es fordert von uns gewaltige Anstrengungen, diese Technologien einzuführen, die entsprechenden Risiken abzuschätzen, auch der Ausbau der Elektromobilität, 100 Prozent Erneuerbare, keiner dieser Technologiepfade ist ohne Risiken. Damit sage ich nicht, die Güterabwägung gibt hier keine eindeutigen Schlussfolgerungen. Ich glaube, man kann sehr wohl mit einer vernünftigen Güterabwägung sagen: Es ist lohnend, dass wir unter 2 Grad bleiben und dass wir versuchen, das Überschießende nicht zu weit zu treiben und die Temperatur zurückzuführen.

Die letzte Frage ist die Frage der Kooperation. Wenn Deutschland was macht, dann bedeutet das, das ist 1 Prozent der weltweiten Emissionen und was nutzt das eigentlich? Dazu würde ich Folgendes sagen: Die erste und wichtigste politische Aufgabe ist, das Klimaproblem nicht zu individualisieren. Wir müssen anerkennen und akzeptieren: Das Klimaproblem ist eine Frage globaler Kooperation, und zwar Ansprüche an die globale Kooperation und Governance, die nach meinem Urteil und nach meinem Verständnis historisch einzigartig sind. Heißt das jetzt, dass Deutschland nichts tun soll? Nein, das soll nicht so sein. Ich würde sagen, Deutschland muss nicht unbedingt ein Vorreiter sein, aber Deutschland soll ein Vorbild sein. Wir müssen Maßnahmen einführen, die sich rechnen. Wir müssen auch auf Effizienz achten, das halte ich auch für ein wichtiges ethisches Prinzip. Wir müssen Innovationsstrategien verfolgen, die nur wir verfolgen können, vielleicht andere Länder nicht verfolgen können, und wir müssen uns darum kümmern, dass wir Klimakoalitionen bilden, Klimaclubs.

Das ist im Augenblick eine wichtige Debatte, denn man kann Klimaclubs sehr wohl so ausgestalten, dass Trittbrettfahren unterbunden

werden kann. Das kann man sich so vorstellen, dass Klimaclubs zum Beispiel Klimazölle erheben. Man kann sich das aber auch so vorstellen, dass Technologien geteilt werden, wie zum Beispiel die Negative-Emissions-Technologie. Und ich glaube, dass es ohne einen internationalen Lastenausgleich nicht gehen wird. Denn es ist schlechterdings nicht denkbar, dass Indien oder auch Bangladesch oder Vietnam implizite oder explizite CO₂-Preise für die Klimapolitik einführt, wie wir sie zum Beispiel in der Europäischen Union haben. Übrigens hat gestern der CO₂-Preis die 100-Euro-Marke gerissen. Das ist aus meiner Sicht eine hervorragende Nachricht, weil wir sehen, dass dieses System tatsächlich funktionieren kann. Aber 100 Euro, das ist für Bangladesch, für Vietnam und auch für Indonesien nicht machbar. Das heißt, ohne einen internationalen Lastenausgleich wird das nicht möglich sein.

Vor dem Hintergrund sollte man das Argument in keiner Weise akzeptieren, dass man sich hinter dem möglichen Trittbrettfahrerverhalten versteckt und sagt: Da können wir nichts machen. Wir können etwas machen. Deutschland hat ein gewaltiges Gewicht in der Europäischen Union, und die Europäische Union ist zusammen mit den USA, mit dem Inflation Reduction Act, die Region auf dem Planeten, die zwar vielleicht ein zu wenig ambitioniertes Klimapakete hat, aber eine Governance-Struktur aufweist, in der es zumindest gelungen ist, das Wirtschaftswachstum vom Emissionswachstum zu entkoppeln. Das ist eine wichtige Aufgabe und vor dem Hintergrund sollte man diese Debatte, Deutschland kann eh nichts machen, verabschieden. Deutschland kann sehr viel machen, aber es kommt darauf an, dass wir die Klimapolitik so betreiben, dass sie internationale Kooperation ermöglicht und nicht verhindert.

Armin Grunwald

Vielen Dank. Ich weiß nicht, ob die Tatsache, dass die beiden ersten Fragen sich an Sie, Herr Edenhofer, richteten, Zufall waren oder dem bekannten Bias von Hybridveranstaltungen geschuldet sind, dass Personen im Raum doch irgendwie präsenter sind als Personen am Bildschirm. Jedenfalls möchte ich darauf aufmerksam machen, dass wir noch zwei andere Inputs hatten. Ich hoffe, dass dazu noch viel kommt.

Alena, du bist die Nächste.

Alena Buyx

Ja, und ich werde mich auch an Simon Caney wenden, also das gleich aufnehmen.

Hi Simon, it is very nice to see you. Thank you so much for joining us. So, you said, I think very convincingly, that there are several principles that underline an obligation and duty of rich, polluting countries, to put it very bluntly, not to continue harming and to compensate. So, I have two questions about that. One is, you also mentioned the global one per cent, I think 17 per cent of emissions, so a much higher, proportionately, a much higher percentage, and we have some similar numbers for Germany, for example. So, the wealthiest part of the population has much higher emissions. So, from your way of justification, does that tell us something about whether it is not just country formation but actually groups of people or even individuals where there might be some sort of justification to have them contribute more? That is the first question, I know it is very controversial. And the second, I might have just misunderstood you because I had sound issues, you said that it is not just not to allow countries that have suffered and that have not been polluters themselves not to enjoy a good life, to make it very brief. Now, we know, and we have talked about this in the first

session, that obviously the situation is what it is because of unbridled consumerism over the last decades that we have seen in the polluting countries. So, obviously, a good life cannot mean two fridges and three cars and twenty flights per year. So, is there some sort of, and I think that is a really difficult question, is there some sort of imperative to privilege certain ideas of what a good life looks like and not to say, well, you know, whatever floats your boat, even if it is 20 flights per year, but no, actually, it needs to be a sustainable sort of lifestyle. If we talk compensation, of course, not just loss and damages, but actually possibly beyond that, and I did understand you that way, then the idea of what for is probably not irrelevant. Thank you.

Simon Caney

Thank you. I hope others did not have sound issues. Could I just check the first one? Are you asking in a way about the unit of analysis? So, when I mentioned the one per cent, is the question in part, do individuals bear responsibilities? I just want to make sure that I am answering the question you have in mind.

Alena Buyx

Yes, that is the simplest version of that question, but of course there are discussions that within societies, people or groups who emit the most have to contribute the most. But that could be discussed, it is being discussed, on a global scale. So yes, the unit of analysis could be the individual or do you think that is something that is sensible to discuss?

Simon Caney · University of Warwick

Thank you for that clarification, and nice to see you as well. So, I will say two things about states. So, one is, when we are talking about global justice, I do think we have to talk about states, because they are the main political actors, they

pass policies, they get things done. But the second thing is, just to leave it like that is very unsatisfactory, given the huge disparities within states about, on any dimension you think is morally relevant, whether it is volume of greenhouse gas emissions, enormous disparities in many countries, whether you think it is ability to pay, the same would apply, whether you think it is how much people have benefited from the current carbon-based economy. And I think we would really be doing injustice to the phenomenon by just applying it uniformly to states without opening the black box and looking at how much individuals are contributing. So especially if individuals, like the top one per cent, are contributing, let us say 15 to 20 per cent, it just would not be fair on the working class of that country to say, we will have a flat-rate uniform level, I think. And I think it follows from the logic of the principles like the polluter pays or the ability to pay that we have to be more fine-grained than that. The one kind of thing that I just want to emphasise in the background here is that there is sometimes a temptation to be too individualistic about climate ethics and to point at individuals and say: You are responsible for this level of emissions. But an enormous amount is beyond the control of everyday individuals. So, how much someone emits will depend on the density of their urban infrastructure and how compressed it is, like somewhere like Barcelona, or how dispersed it is. They have no say over that. It depends on whether there is a public transit system, it depends on whether the government subsidises fossil fuels or renewable energies. And we could just go on listing the various things that are beyond the control of individuals. And so I have reservations about a kind of moralising judgement about individuals' carbon footprint that is insensitive to the background context that is often a function of the state. So, those are some kind of comments on

the first question. Maybe I should just turn to the second one on constrained development. Yes, I suppose there are two things I really want to say here. I mean, one is, you are absolutely right, we have to consider what the good life is or what kind of interests people are entitled to have satisfied, and also, secondly, what level of enjoyment of those. And you are also absolutely right that if anyone said, well, let us take the USA and then let us replicate that globally, that would be ecologically catastrophic. But I do not think that is the only way to think about it or the right way to think about it. So, we do need an account of what really matters which, of course, we cannot resolve here and now, but I am inclined to some view like Martha Nussbaum and Amartya Sen's notion of capabilities. And then we do need to think about other energy systems. And we are fortunate, there is solar energy, there is wind energy, there is hydroelectric power, there is tidal power, there is wave power, that are in many cases just as cheap, if not cheaper, than fossil fuels. And so, enjoying a good standard of living and promoting that does not require the fossil fuels, but it does require these. And I think, when that is done, I cannot see any warrant for saying: You must stay in poverty now. You cannot have electrification in India. We will prevent that in the interests of the climate when there are other avenues available that people can develop and flourish and lead good, fulfilling lives. So, of course, we could talk more about the details, but it is something along the right lines. Is that an answer to the second question? Okay. Thank you very much.

Frauke Rostalski

Danke schön. Ich habe Fragen an Herrn Staab und an Herrn Edenhofer.

Herr Staab, vielen Dank für den Vortrag, den ich sehr spannend fand. Ich habe dem entnommen,

dass Sie aus Ihren Studien einen Wunsch der Menschen entnehmen, dass in bestimmten Situationen, zum Beispiel im Bereich des Klimawandels, eine Entpolitisierung als vorzugswürdig empfunden wird von dem ein oder anderen oder eben auch ein Schutz von oben. Verkürzt könnte man sagen: weniger Demokratie, mehr Technokratie. Meine erste Frage ist: Wie erklären Sie sich das? Ist das Angst? Ist das Überforderung? Dass man sagt: Ich kann es selbst nicht lösen, der Staat soll das machen. Was ist der Grund?

Die zweite Frage: Ich habe Ihr Buch gelesen und darin gelesen, dass Sie diese Ergebnisse, die ich gerade kurz resümiert habe, Befragungen aus systemrelevanten Berufen zur Zeit der Corona-Pandemie entnommen haben. Ich frage mich, wie belastbar es ist, dass man diesen Personenkreis befragt und nun darauf schließt, dass im Bereich des Klimawandels die Menschen Ähnliches wünschen wie Personen aus systemrelevanten Berufen. Denn gerade in der Covid-19-Pandemie haben wir doch gesehen, dass es eine große Gruppe an Personen gab, die den Diskurs bemängelt haben deswegen, weil zu wenig Diskurs da war. Wenn man jetzt mal weggeht von den Leuten, die Sie befragt haben, hin zu denjenigen, die stark demonstriert haben oder die es zumindest wollten, könnte man ja genau das Gegenteil sehen. Wie würden Sie das einordnen?

Erlauben Sie mir dazu einen Kommentar, denn Sie haben ja vorweg gesagt, Sie sind als Soziologe dazu nicht berufen, ich aber vielleicht als Juristin noch eher. Ich glaube, dass wir den Schluss, dass wir sagen, ein entsprechendes Studienergebnis liegt vor und deswegen sollten wir das so machen, mit Vorsicht betrachten sollten. Dass wir uns für so einen Politisierungsprozess entschieden haben, haben wir ja auch deshalb gemacht, weil es eine gute Idee ist, sodass man in Diskursen

möglicherweise eine höhere Gerechtigkeitsgewähr für die Entscheidungen herbeizieht und was man da alles noch an Vorteilen aus der Demokratie ziehen kann.

Die zweite Frage an Ottmar Edenhofer, weil Sie es gerade angesprochen hatten: Dieser Nutzenaspekt treibt mich auch sehr um. Muss es nicht doch in unsere Wertung einbezogen werden, wie sehr der Nutzen tatsächlich besteht, wenn nur eine einzelne Person eine Maßnahme vornimmt oder auch eine Nation eine Maßnahme vornimmt, wenn wir jetzt schon sagen können: Das hat überhaupt keinen Einfluss, keinen positiven Einfluss auf den Klimawandel? Müssen wir das symbolisch dann trotzdem schultern? Mir als Juristin ist das nicht unbedingt einschlägig auch vor dem Hintergrund der Verhältnismäßigkeitsüberlegungen. Vielleicht können Sie dazu noch mal was sagen. Danke schön.

Andreas Lob-Hüdepohl

Ja, herzlichen Dank auch von meiner Seite aus für die sehr instruktiven Vorträge. Ich kann sehr gut an Frauke Rostalskis Frage an Philipp Staab anknüpfen. Ich bin auch hängen geblieben beim Stichwort Entpolitisierung von Selbsterhaltungsfragen. Sie verwenden, zwar nicht in dem Vortrag, aber in Ihrem hochlohnnenswerten Buch die sogenannte protektive Technokratie als die Leitperspektive einer Staatsorganisation. Und das macht mich stutzig. Es besteht, glaube ich, kein Zweifel, dass die Frage, dass es *überhaupt* um Selbsterhaltungsfragen geht, unstrittig sein kann. Sie argumentieren ja auch mit Rawls. Aber die Strittigkeit beginnt doch, mit welchen Maßnahmen man Selbsterhaltung umzusetzen hat oder worin auch Selbsterhaltungsinteressen bestehen. Und ist nicht da auch das Vertrauen auf eine Technokratie, auf eine wissenschaftsbasierte,

überspitzt gesagt, etwas blauäugig? Denn auch innerhalb der Wissenschaften, und das ist ja auch Teil der Wissenschaftskultur, die zeichnet sich ja gerade auch durch Strittigkeit von Antworten aus. Also meine Frage: Ist das nicht sogar hochgefährlich? Ist das nicht fast schon etwas naiv zu sagen, dass eine protektive Technokratie entpolitisiert? Haben wir nicht sogar eine hochinteressante oder hochgefährliche Politisierung und eine gefährliche Entdemokratisierung ganz entscheidender Fragen?

Die zweite Frage knüpfe ich an Ottmar Edenhofer an. Sie haben hoch eindrücklich auf die Bedeutsamkeit des Kohlenstoff-Managements über Jahrhunderte hingewiesen. Überspitzt formuliert jetzt meine Frage: Besteht bei der Konzentration auf diese absolut vordringliche Frage nicht die Gefahr, dass andere Probleme zur Seite gedrückt werden könnten, die aber ähnlich hohen Sprengstoff haben? Beispielsweise Elektromobilität. Sie ist mit erheblichen Verteilungskämpfen um seltene Rohstoffe verbunden. Dann löse ich möglicherweise die Karbonfrage, jetzt überspitzt, aber ich handle mir an anderen Stellen andere auch globale Probleme ein. Muss es nicht eine stärkere sozialökologische Transformation geben, die auch die gesellschaftlichen Naturverhältnisse insgesamt in den Blick nimmt, ohne eine Verlagerung von einem Problem, was absolut vordringlich ist, auf andere Probleme? Danke.

Armin Grunwald

Vielen Dank. Jetzt bitte ich Sie noch mal zu warten, Herr Staab auch, weil Herr Rixen signalisiert hat, dass er sich auch von Herrn Staab hat provozieren lassen [lacht]. Bitte schön.

Stephan Rixen

Das ist keine Provokation, sondern ich bin inspiriert worden durch den Vortrag. Auch für Ihren Vortrag vielen Dank, auch an die anderen Vortragenden. Ich muss gestehen, dass ich nicht provoziert, aber doch etwas elektrisiert war, als ich diesen empirisch gemeinten offenbaren Gegensatz gehört habe, den Sie, wenn ich richtig zugehört habe, aufmachten, zwischen der fortschreitenden Demokratisierung als Lösung und der Effektivität politischer Steuerung. Das hängt ja ein bisschen vom Demokratiebegriff ab, den man hier meint. Da würde mich interessieren, was Sie hier unter Demokratisierung verstehen. Denn die ganze Debatte (das ist auch schon bei den Hinweisen von Andreas Lob-Hüdepohl angeklungen) wirft dann die Frage auf, ob hier ein bestimmtes oder vielleicht sogar ein generelles Misstrauen gegenüber den Problemlösungskapazitäten von Demokratie, die ja auch weiterentwickelt werden kann, zum Ausdruck kommt oder was denn vielleicht an Demokratie nicht effektiv sein kann, auch bei der politischen Steuerung, auch einer weiterentwickelten Demokratie.

Das würde mich interessieren, damit, obwohl es empirisch gemeint ist, soziologisch beobachtet, da nicht doch der Eindruck entsteht, dass es vielleicht einen normativen Nebeneffekt hat, den wir alle nicht wollen.

Philipp Staab

Ja, danke für die tollen Fragen. Sie verstehen, warum ich das vorher gesagt habe, mit dem Plädoyer und der Beobachtung. Es ist klar, dass diese Art von Nachfragen entstehen. Ich versuche die mal der Reihe nach durchzugehen.

Also unterstellt (wie die erste Frage begann), es gibt diesen Wunsch nach Entpolitisierung, nach Technokratie, warum entwickeln den Menschen in dem Moment, in dem sie sozusagen moderne

Versprechen nicht mehr glauben und sagen: Moment mal, Dinge, die wir lange Zeit als gelöst betrachtet haben (nämlich das Problem unserer individuellen und auch der gesellschaftlichen Stabilisierung und Selbsterhaltung), sind auf einmal wieder offen.

Im Prinzip so, wie das Ottmar Edenhofer auch beschrieben hat: Wir bewegen uns in einer Gefahrenzone, und das können Menschen auf unterschiedliche Art und Weise und tatsächlich auch effektiv wahrnehmen, und das verändert dann die Art und Weise, wie sie auf den politischen Prozess gucken. Warum? Weil im Prinzip, wie Sie in der Frage suggeriert haben: Angst und Überforderung und die Dramatik von solch grundsätzlichen Fragen.

Auch in der politischen Theorie, zumindest in den liberalen Spielarten, ist das vielfach so, dass Politik und Demokratie erst dann losgehen, wenn Selbsterhaltungsfragen gelöst sind. Der Staat ist sozusagen erst mal dazu da, dass wir uns nicht gegenseitig umbringen, und dann kann er anfangen, demokratisch Lebenschancen zu erweitern usw. Insofern finde ich das persönlich gar nicht so überraschend, dass die Leute, wenn sie die Selbsterhaltungsprobleme ernst nehmen, auf einmal sagen: Oh, da können wir jetzt aber nicht die ganze Zeit darüber diskutieren, die müssen wir erst mal lösen. Das finde ich nicht überraschend.

Ich finde auch, um diese Frage vorwegzunehmen, die ein bisschen später kam – ich würde mich falsch verstanden sehen und auch den Begriff der Demokratie falsch verstanden sehen, wenn man das so verstehen würde, dass die Entpolitisierung von Selbsterhaltungsfragen nicht eines der Grundgeschäfte von Demokratie und des Erfolges von liberal-parlamentarischen Demokratien wie unserer sind. Wir schreiben zum Beispiel bestimmte Selbsterhaltungssätze in Form der

Würde der Einzelnen in unsere Verfassung. Ja, nach einem demokratischen Prozess, aber genau, damit wir danach nicht mehr politisch streiten. Das ist dann sozusagen, der Effekt ist das, was entpolitisiert ist.

Ähnlich ist das, wenn Sie über Rights of Future Generations zum Beispiel nachdenken. Auch da ist die Perspektive, indem Sie etwas Verfassungsrang zuerkennen, wird das im Prinzip dem politischen Streit entzogen. Das gehört also schon zum demokratischen Spiel dazu, und die Leute, die ich da vorm Mikrofon habe und von denen ich zitiere, sind keine Antidemokraten in dem Sinne. Die würden immer sagen (was auch immer man sich darunter vorstellt): „Natürlich würde ich die Demokratie wählen.“ Jedenfalls zum größten Teil in diesem Sample.

Die Unterstellung, methodisch, ist tatsächlich die gewesen – das war eine sehr kluge Frage natürlich: Können die systemrelevanten Beschäftigten während der Pandemie, die ja Selbsterhaltungsfragen individuell und kollektiv sehr aktiv wahrnehmen, eine Bevölkerung repräsentieren, die sich mit immer stärker spürbaren Klimaeffekten aktiv auseinandersetzt? Sagen wir mal so: Ich glaube, es ist der beste Count, den wir empirisch haben können. Ich bin ein Soziologe, ich kann mir nur überlegen: Welche Art von Problemlagen, die wir für die Zukunft als radikalisiert erwarten, können wir in der Gegenwart bereits beobachten? Und dann ist es immer so, dass man sagen muss: Das ist das, womit wir arbeiten können. Da ist die Soziologie (darauf hat eine der Fragen ja hingewiesen) auch nicht anders als andere Wissenschaften vom Prinzip her.

Den Begriff der Entpolitisierung sollten Sie in der Hinsicht nicht falsch verstehen. Ich sage nicht: Fridays for Future ist keine politische Bewegung, oder der Rest der neuen Klimabewegung, das sind

keine politischen Bewegungen, oder: Wir sollten nicht unseren Kindern in der Schule beibringen, was beim Klima los ist und was man dagegen tun kann, und das sei ein politischer Akt. Ich komme ja selbst aus dieser Welt, also das ist natürlich alles richtig.

Was ich sage, ist: Es gibt dann, wenn Selbsterhaltungsfragen auftauchen, einen Sektor im Geschehen, in dem die Leute in der Tendenz sagen: Über die Zielgröße Selbsterhaltung (wie auch immer wir die konkret zugeschnitten haben) wollen und können wir nicht weiter streiten. Also die neue Klimaschutzbewegung will nicht streiten über das 1,5-Grad-Ziel. Die systemrelevanten Beschäftigten im Krankenhaus wollen nicht mit Christian Lindner streiten darüber, ob die Krankenhäuser anständig finanziert werden oder nicht. Das sind alles Bereiche, wo Selbsterhaltungsfragen aus Sicht der Menschen berührt sind und bei denen sie einfach hoffen, dass die, weil sie so grundlegend sind, in einer gewissen Weise dem politischen Streit entzogen werden. Dafür gibt es durchaus demokratiekompatible Wege.

Ich würde auch sagen, wir sehen das mit einer interpretativen Perspektive, auch so was wie Listen to the Science und so, auch längst in der Klimabewegung. Also die Idee, dass man da auf die Wissenschaft hören soll, ist schon die Idee: Wir entziehen das dem politischen Streit und überlassen das sozusagen dem Streit der besten Argumente, der in der Wissenschaft geführt wird.

Was sich dabei verändert, ist (das war die letzte Frage) das Verständnis von Demokratisierung, wie wir es seit den achtziger Jahren, wahrscheinlich schon länger, aber in Bezug aufs Klima insbesondere seit den achtziger Jahren, in Deutschland und anderen westlichen Demokratien zumindest – wie das vorher schon war. Sie können das identifizieren zum Beispiel

mit Leuten wie Ulrich Beck, wo die Idee war: In der Risikogesellschaft reagieren die mit dem, was bei ihm Subpolitik hieß. Populär ist das geworden später als Zivilgesellschaft. Damit reagieren wir auf diese Probleme. Die Zivilgesellschaft, die Bürger:innen tragen die politischen Themen hinein in den parlamentarischen Prozess. Der reagiert dann und trifft die richtigen Entscheidungen.

Mit der Dramatisierung der Wahrnehmung von Selbsterhaltungskrisen gerät, würde ich sagen, die Geduld mit diesem Prozess an sein Ende, weil viele Menschen das Gefühl haben (und das ist auch eine Lehre aus der Pandemie), man hätte erwartet, dass ihr das besser könnt. Das ist so das, was die erzählen. Da gibt es eine relativ starke Forschung darüber, wie die Infrastrukturen der Selbsterhaltung in einem Land wie Deutschland und sicherlich auch woanders funktionieren, und man muss in der Tat aufpassen, dass sich das nicht noch zu einer – ich glaube, die besteht schon, diese Skepsis gegenüber den problemlösenden Kapazitäten der Demokratie. Deswegen müssen wir darüber nachdenken, und das ist mein persönliches Plädoyer, mit einem bestimmten Interesse, ja? Mein Interesse soziologisch ist, um es mal ganz einfach zu sagen: Sie können das Ganze mit der – das Einzige, was der Soziologe liefern kann, ist: Ich kann mich fragen, wie wird eigentlich die politische und gesellschaftliche Stabilität gewährleistet, die es möglich macht, dass zum Beispiel CDR in einem Global-Governance-System 3 Prozent des Sozialproduktes verschlingt? Da ist der internationale Lastenausgleich noch nicht drin. Es würde also für Deutschland noch viel mehr sein. Und da sind die ganzen Schäden, die trotzdem passieren, Dürren und was weiß ich, auch noch nicht drin. Eine Gesellschaft, die diese Ressourcen aufwenden muss, um überhaupt im Spiel zu bleiben, um sich zu stabilisieren, wie

schaft die es, politische Legitimität zu gewährleisten? Die muss in irgendeiner Art und Weise doch auf diese Probleme reagieren, dass dann so was wie eine Sehnsucht nach Entpolitisierung wächst.

Die Antwort auf die letzte Frage: Natürlich funktioniert Technokratie *nicht*. Kein Soziologe würde jemals behaupten, dass Technokratie funktioniert. Ich auch nicht. Ich tu das auch nicht in dem Buch. Ich sage aber: Es gibt so interessante soziologische Probleme wie zum Beispiel: Wenn Selbsterhaltungsängste technokratische Sehnsüchte motivieren und Technokratie dann nicht funktioniert, dann steigen nur die Selbsterhaltungsängste. Und es gibt keinen Grund zu glauben, dass damit nicht wieder die Wünsche nach Entpolitisierung – denn irgendjemand verspricht immer Entpolitisierung. Jetzt zum Beispiel die digitalen Technologien: Lass uns das alles über so eine globale Klima-KI organisieren, die das alles managt, alles ohne parlamentarischen Einfluss usw. Diese Diskussionen gibt es ja, ne? Vollkommen naiv, was die technischen Möglichkeiten angeht, klar. Aber die Versprechen, die technokratischen Versprechen, die kommen an den Markt, und man muss politisch darauf irgendwie reagieren. Denn wenn sich Gesellschaften unter diesen Bedingungen nicht stabilisieren, dann gibt es auch keine Global Governance.

Armin Grunwald

Vielen Dank, das war ein spannender interdisziplinärer Schlagabtausch. Das ist einerseits spannend, andererseits manchmal auch durchaus befremdlich. Auf jeden Fall lernt man, wie man Dinge auch anders, von einer anderen Seite her sehen kann. Sehr interessant.

Ottmar Edenhofer

Es war die erste Frage nach der Verhältnismäßigkeit einzelner Maßnahmen. Selbstverständlich müssen Maßnahmen verhältnismäßig sein, sie sollten effektiv sein und sie sollten auch effizient sein, denn wir sollten weder politische noch ökonomische Mittel verschwenden. Aber noch mal: Für mich ist die Frage, die man dann stellen muss, die: Wenn man die Effektivität von Maßnahmen beurteilt, dann sollte man sie im internationalen Kontext danach beurteilen, ob sie globale Kooperation befördern oder globale Kooperation eher unterminieren. Und es ist eine ganz andere Frage zu sagen: Man kann sowieso nichts machen. Das gilt auch auf der europäischen Ebene.

Ich will noch mal darauf hinweisen, weil das eigentlich ein großes Wunder ist. Mit dem European Green Deal ist die mit Abstand größte, bedeutendste, tiefgreifendste Klima-Governance auf diesem Planeten installiert worden. Vor Weihnachten hat die EU, mitten im Ukraine-Krieg, die eigenen Klimaziele noch mal verschärft. Das ist aus meiner Sicht ein riesiger Schritt gewesen. Und diese Verschärfung der Klimaziele ist in einer Zeit passiert, als die Fragen und die Ansprüche an die Energiesicherheit massiv zugenommen haben. Implizit hat die EU gesagt: Wir werden bereits vor 2030 aus klimapolitischen und aus energiesicherheitspolitischen Gründen die Importe von Öl und Gas drastisch vermindern. Man sieht heute schon die ersten Anzeichen auf den globalen Ressourcenmärkten, wie die auf diese europäische Ankündigung reagieren. Ein Preis von 100 Euro pro Tonne CO₂ im europäischen Emissionshandel wird in den Dreißigerjahren zum europäischen Kohleausstieg führen. Das sind hoch effektive Maßnahmen.

Das kann man auf der globalen Ebene sehen, auf der europäischen, natürlich auch auf nationaler Ebene. Es gibt eine Reihe von Maßnahmen. Wir haben 15 Jahre Zeit damit verschwendet, Maßnahmen einzuführen, die nichts gebracht haben, die im Wesentlichen Rebound-Effekte erzeugt haben. Darüber könnten wir jetzt lang und breit reden. Insofern würde ich sagen, ist es wichtig, sich die Frage nach der Verhältnismäßigkeit zu stellen, aber die Antwort, zu sagen, eine Maßnahme hat keinen Effekt, ist zu wenig effizient, heißt nicht, man kann nichts tun. Man kann eine ganze Menge tun, aber es muss eben gefragt werden, ob solche Maßnahmen auf europäischer, globaler Ebene Kooperationen befördern oder unterminieren.

Zur Frage nach dem globalen Kohlenstoffmanagement. Dahinter steht ja eigentlich die Frage: Ist nicht die ausdrückliche Fokussierung auf das globale Klimaproblem kontraproduktiv, weil wir damit implizit andere fundamentale Fragen wie zum Beispiel Biodiversität vernachlässigen und klimapolitische Maßnahmen ergreifen könnten, die dann zum Beispiel Biodiversität unterminieren oder uns in neue Rohstoffabhängigkeiten befördern? Herr Lob-Hüdepohl, Sie haben dafür plädiert, dass man das Spektrum erweitert auf eine sozialökologische Transformation. Ich möchte hier nicht widersprechen, aber ich möchte das an einem Punkt präzisieren, um deutlich zu machen, was das eigentlich politisch bedeutet. Klimapolitik und Umweltpolitik heißt im Kern nicht mehr und nicht weniger (und das ist historisch einzigartig in der Menschheitsgeschichte), dass wir durch Rechtsetzung Knappheiten erzeugen. Was wir gewohnt sind in der Vergangenheit, ist, dass uns die Natur Knappheiten auferlegt. Wir haben sozusagen unter Knappheitsbedingungen Marktwirtschaften entwickelt und wir wussten:

Öl, Gas, Kohle, Wälder sind knapp, wir müssen die bewirtschaften, und in den Preisen, in denen die Knappheiten zum Ausdruck kommen, haben Märkte gelernt, auf solche Knappheiten zu reagieren.

Was wir aber jetzt tun müssen, ist, dass wir diese Knappheiten politisch-rechtlich erzeugen. Gemessen an der begrenzten Aufnahmefähigkeit der Atmosphäre haben wir ein Überangebot an fossilen Energieträgern. Wir müssen die fossilen Energieträger im Boden belassen. Wir müssen die neuen Reservoirs sorgsam bewirtschaften. Und diese Knappheiten, die wir da erzeugen, müssen auch in politischen Regularien zum Ausdruck kommen. Ein Ökonom würde sagen: in den Knappheitspreisen, wir erzeugen politische Knappheitspreise. Und sozialökologische Transformation ist für mich so lange ein blindes Wort oder ein Wort, das uns nicht weiterführt, solange es sich duckt vor der Aufgabe, dass wir damit neue Knappheiten erzeugen. Wer bei Elektromobilität findet, dass wir nicht mit Lithium hantieren sollten, der muss Lithium einen hohen Preis geben, damit dieser Rohstoff sorgsam und effizient und vielleicht mit Recycling genutzt wird.

Das ist der letzte Aspekt. Dieses Erzeugen von Knappheiten, dieses Erzeugen von sozialen und ökologischen Knappheiten durch Recht, das können nur Staaten. Und der Grund, warum wir aus meiner Sicht in der Klimapolitik nicht weitergekommen sind, ist: Wir haben uns zu lange zu viel auf andere Akteure verlassen. Wir haben gesagt: Wir glauben, dass die freiwillige Selbstverpflichtung funktionieren könnte. Wir glauben, dass institutionelle Investoren was machen können. Wir glauben, dass die Banken was machen können. Das alles kann nur funktionieren, wenn Staaten, Nationalstaaten und die Gemeinschaft der Nationalstaaten einen

solchen Rahmen schaffen. Und dieser Rahmen ist so löchrig, dass wir nirgendwo Knappheitspreise sehen, die wir uns auf diesem sozialökologischen Transformationspfad bislang gesetzt haben.

Judith Simon

Vielen Dank auch von meiner Seite an alle Vortragenden. Ich stelle die Frage an alle und sage sie deswegen auf Englisch.

It is a bit echoing what Stephan Kruijff said before, it is very hard not to swap into fatalism because I have been listening the whole day, basically. What you can say is there are massive challenges, there are limited means or insufficient means, and there are massive incentives countering what needs to be done, be it psychological, be it political, be it economic. If that is the case, my question would be: From your perspective, do you think the goal of keeping the world liveable, this appears unreachable, do you still have hope that this can be achieved? And if so, what gives you hope? This is not meant to be a provocative question. It is really something that struck me when listening to all of you. So, what is your take on that? What gives hope that you can possibly reach this?

Ottmar Edenhofer

Then I will start and respond in English. My argument is basically that optimism is something for people who are not well-informed. Hope is something for people who want to do something. So, in that sense, I have hope and I think there is no reason for fatalism. And fatalism is really our enemy, because to say that our progress was not fast enough, and that is true, to say that we are basically globally on a three to four degree trajectory, that is true. Emissions are rising and rising. And also, there is some profound development. I mentioned the European Green Deal, I could also mention the Inflation Reduction

Act in the United States, I could also mention what happened now in Indonesia. Indonesia starts with an emissions trading scheme for coal. There is now a huge investment and a huge debate for a reform of the international financial architecture where multilateral development banks could buy coal-fired plants in Southeast Asia and basically to shut down coal over time. And to say that we have to be fast, that is true, but I would also emphasise we should have reachable goals. For example, we always say, each year at the COP: Is this COP a breakthrough? No. Even the next COP will not be a breakthrough. I do not reveal a secret. But what we could do, we could start now to say: We give ourselves a goal to stop and to work for a global coal phase-out. If we phased out coal globally, let us say, in the next decade, this would give us room to, that the 1.5 limit would remain in reach. Can we do this? Yes, we can do this because multilateral developments could really do something in Southeast Asia. There is an enormous coal renaissance there. I spent almost the last decade preaching, telling people, we are in the middle of the largest coal renaissance since industrialisation. This was completely ignored because all the time people told me: Look at renewables. Renewables are fine, but in developing countries, people stop investing in renewables. They need better loans, they need lower interest rates, they need lower capital costs. Multilateral development could deliver. This should be, could be a goal for the next three years. This does not solve the big problem, but at least it is a reasonable intermediate step. And instead of saying we will wait for the big bang, for the big conference that solves all problems, we should say: We want now really to break down our goals into practical steps, and I think this is doable and this would give us hope, and I have this hope.

Armin Grunwald

Thanks to you, Herr Edenhofer, and Simon, do you have some message on hope for us?

Simon Caney

I am not sure about hope, but I did want to comment on that question. I worry that we have accepted a kind of ideology that the energy system we have is essential for a decent and good standard of living, and we find it unthinkable that we could do anything else. And so I think we need to think about the politics of it and the politics of change. And when we do that, we see how many different constituencies there are who could get behind ambitious climate legislation. So, there are people who oppose the current system because the extraction and transport of oil across their lands is contrary to their practices. There are people who are disturbed, as I think we all should be, by the sheer numbers of people dying from air pollution every year. And then, when we look at the distributive effect, about whether the transition would cost general members of the public, the figures seem very clear to me, but not necessarily, because that is why I drew attention to who is causing the problem the most, which means that you can get ambitious climate legislation that does not make people worse off. In fact, next point, it makes them better off because of the healthcare benefits, because of the possibility of green jobs, because renewables are coming down in price. So, I am not sure that this is a play on to hope, it is really an analysis of the underlying dynamics and just how many people would be better off by transitioning away from the current system. So, I think maybe we are collectively, all of us, in the group of a view that thinks that this system is permanent and it is stable, but that is just an illusion, I think. It is an illusion because many people are increasingly getting harmed by it, so I do think there are dynamics calling for a radical

change. I am not sure that constitutes hope, but it causes reason not to think that we are stuck with this.

Philipp Staab

Let me maybe rephrase this question, the only way I can answer it as a sociologist. So, for me, this question will be rephrased in this way: Can a society that has to spend more and more of its resources on mitigation adaptation at the same time communicate a lot of what we consider pains to people, and can such a society actually offer a good life? Or does it entail any sort of promise? And I actually think it does. Why so? Well, first of all, the type of modernity we have grown accustomed to, so, this whole thing I sort of frame as a matter of *Selbstentfaltung*, individual freedom, and so on, and it is also a source of rather great suffering, and not only in terms of the externalities in other parts of the world, but also in terms of inside these societies, in terms of burnout syndromes, over-individualisation, all those types of things that are very well-documented in sociology, psychology, and so on and so on. So, what does a society have to offer that really actively and offensively focuses on self-preservation as its main project? Well, first of all, there is nothing else that could be more evident to deliver some sort of sense, you know, purpose in the sense of Max Weber's *Sinn*, right? Why are we doing something? Well, to preserve ourselves, obviously. It is a great source of legitimacy if you can just redistribute it into the public and it also offers a certain type of freedom, so to speak, right? Why? Because it offers a tool for or path towards collective engagement that many, many people are missing and which itself constitutes a source of great suffering. What we need for that, I would argue, is options for, we need to create, politically in particular, options for a type of coordinated participation, especially in

the adaptive types of engagement that we have in society, because they are very bluntly evident. People want to do something against water shortages, wildfires, or whatever it is, and I think we are already discussing that in a way in a country like Germany. Think about mandatory labour in terms of *Pflichtdienste*, the return of *Pflichtdienste*. The main idea here would be to say, well, you know, if psychology tells us anything, it is that when people have to do something, after a certain time, they support it, just because they have to do it. You know? And I think this is just a way of political Machiavellianism that we have to use. You could also think, if you are more of a liberal in the German sense of liberal, about just massive tax cuts for any type of adaptive work in order to get people into action, right? So, this would be a great motivation, or about using digital platforms for crisis mobilisation. You know, during the pandemic, we did not even know who worked, who had which skills in order to distribute social labour in an adaptive way as an adaptive answer to the crisis. So, there are plenty of smaller things one could think of in order to create that sort of logic of mobilisation beyond just hoping for civic society and basically outsourcing political responsibility towards civic society.

Armin Grunwald

Vielen Dank. Ich danke auch noch mal besonders Judith für die Frage, denn die hat ein schönes Set von Perspektiven hier hervorgebracht. Wunderbar.

Es gibt nun keine Wortmeldung mehr außer meiner eigenen. Die kann ich nutzen, um sie in das Schlusswort zu integrieren. Es wird dann keine Frage mehr, sondern eine Reflexion.

Schlusswort

Armin Grunwald · Deutscher Ethikrat

„Schlusswort“ steht hier. Ich weiß nicht, was Alena gesagt hätte. Sie hat mich gebeten, sie hier zu vertreten. Jetzt sage ich einfach selber was und nehme das Schlusswort ernst. Ich werde es sehr kurz halten und nicht viele Worte machen.

Zunächst einmal: Worüber wir nicht gesprochen haben, Herr Staab: Selbsterhaltung ist natürlich ein zustimmungsfähiges politisches Ziel, das hat man gerne. Aber was ist das „Selbst“ dabei? Das ist eine normative Frage: Um welches Selbst geht es hier? Um das nackte Leben von möglichst vielen? Oder um ein friedliches Zusammenleben? Geht es um das Wohlstandsniveau von 1960, 1980 oder 2020? Was ist das Selbst, was hier erhalten werden will oder soll? Das ist vielleicht auch eine Frage an den Ethikrat, was das Normative daran ist.

Das Thema Demokratie war im zweiten Teil stark vertreten, im ersten auch schon, aber hier sehr stark. Wie kann die Demokratie angesichts der vielen Herausforderungen weiterentwickelt werden, sagen wir mal, demokratisiert oder technokratisiert werden oder beides in einer vernünftigen Mischung? Das ist sicher eine große Herausforderung.

Dann die CDR-Thematik. Herr Edenhofer, da habe ich viel von Ihnen gelernt. Das mit den 3 Prozent, das bleibt bei mir hängen. Das ist ja mehr, als das Militär bekommt. Das ist wirklich ein Wort.

Und dann diese Aussicht auf eine Notwendigkeit, dauerhaft CO₂-Kreislauf und Klima bewirtschaften, managen zu müssen, auf Jahrhunderte oder Sie sagten sogar, solange es die Menschheit gibt. Das sind Dinge, die bleiben hängen, und die geben natürlich weiter zu denken.

Dann war im ersten Teil sehr stark die Frage individuelle versus kollektive Verantwortung, jetzt auch im zweiten Teil die Frage von Nord, Süd, Verursacher des Klimawandels und hauptsächlich Betroffene, Gerechtigkeitsfragen dahinter, Verantwortungsfragen.

Was wir als Arbeitsgruppe Klimaethik und als Deutscher Ethikrat insgesamt sicher nicht sagen können, ist, dass nach dieser Anhörung die Aufgabe für uns erheblich leichter geworden ist. Dafür danken wir Ihnen sehr. [Lachen] Denn wir sind ja für die schwierigen Fragen da, sonst bräuchte man uns nicht.

Ich freue mich sehr darauf, im weiteren Verlauf diese Fragen mit der AG und mit dem Ethikrat weiter zu beraten und sicher auch mit den Expertinnen und Experten hier und da Rücksprache zu halten. Ganz herzlichen Dank Ihnen, dass Sie hergekommen oder an die Bildschirme gekommen sind. Special thanks to UK, to Simon Caney, for joining us.

Ich glaube, damit – also sagen wir mal so: Ich bin jetzt abgefüllt, machen wir einfach Schluss. Das ist das Schlusswort. Ich wünsche Ihnen eine gute Heimreise und bis demnächst. Tschüss.

Öffentliche Anhörung

Gerechtigkeit und Verantwortung angesichts des Klimawandels

23. Februar 2023, 13:00 Uhr

*Deutsche Übersetzung der englischen Teile des
Transkriptes der Veranstaltung*

Zweiter Block

Armin Grunwald

(...) Simon, ich freue mich, Sie zu sehen. Erinnern Sie sich an den Nuffield Council? Dieser Rat ist eine Art Schwesterorganisation des Deutschen Ethikrates.

Sein [Simon Caneys] Thema ist „Klimawandel und globale Gerechtigkeit“.

(...)

Nun wenden wir uns dem Vereinigten Königreich zu. Simon, sind Sie bereit? Ja, ich sehe Ihre Folien auf dem Bildschirm. Sie haben das Wort.

Simon Caney · University of Warwick

(Folie 1)

Vielen Dank. Als Erstes möchte ich mich für die Einladung bedanken. Da die Zeit knapp bemessen ist, werde ich direkt zum Punkt kommen. Ich wurde gebeten, Überlegungen zu drei Themenkomplexen anzustellen. Ich werde also nacheinander auf diese eingehen. Darüber hinaus wurden wir gebeten, über eine Reihe von Fragen nachzudenken, die sich auf die Verantwortung der Menschen für das Ergreifen von Klimaschutzmaßnahmen beziehen. Auch diese werde ich dabei ansprechen.

(Folie 2)

Die erste Frage, die ich gebeten wurde, zu beantworten, lautet: Was sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Aspekte internationaler Gerechtigkeit im Bereich der Klimaethik?

Nun, dazu gibt es viel zu sagen, aber ich möchte vor allem vier Punkte herausgreifen. Der erste betrifft die Auswirkungen des Klimawandels. Eine auf fossilen Energieträgern basierende Wirtschaft und nicht nachhaltige landwirtschaftliche Praktiken haben zu diesen Veränderungen geführt, die unsere Umwelt beeinträchtigen. Sowohl Menschen als auch nichtmenschliche Tiere sind in hohem Maße von der uns umgebenden Welt abhängig. Und diese Veränderungen haben gravierende Auswirkungen für viele Menschen, darunter auch für die Vulnerabelsten. Sie bedrohen das Leben der Menschen, sie schaden der Gesundheit, sie schaden der Landwirtschaft und der Ernährung, einem lebenswichtigen Bedürfnis der Menschen. Sie führen zu schweren Schäden am Eigentum der Menschen und an ihrer Lebensgrundlage. Sie zwingen Menschen dazu, ihren Wohnort zu wechseln, und behindern sie in ihrer traditionellen Lebensweise. Aus diesen Gründen vertrete ich die Auffassung, dass sie die Grundrechte der Menschen untergraben. Daher besteht ein Aspekt in Bezug auf globale Gerechtigkeit darin, dass der Klimawandel diese grundlegenden und lebenswichtigen Bedürfnisse, auf die Menschen ein Recht haben, verletzt.

Jetzt möchte ich mich einem zweiten Aspekt zuwenden, welcher die Verantwortung der Menschen betrifft. Es geht, um es unverblümt zu sagen, darum, dass manche Menschen einen großen Wohlstand genießen, aufgrund von Aktivitäten, heute und in der Vergangenheit, die den Klimawandel verursachen; und weil sie von Aktivitäten früherer Generationen profitieren.

Infolgedessen tragen sie unter anderem dafür Verantwortung, es anderen zu ermöglichen, sich anzupassen, sowie Entschädigungen für Verluste und Schäden zu finanzieren. Jedes [auf der Folie] unterstrichene Wort ist relevant bei diesem zweiten Aspekt. Manche tragen also Verantwortung, weil sie das Problem verursacht haben. Sie haben eine Verantwortung nach dem Prinzip, das besagt, dass der Verursacher zahlen sollte.

Außerdem können viele von ihnen Zahlungen leisten und haben damit eine Verantwortung nach dem Prinzip der Zahlungsfähigkeit. Diese Zahlungsfähigkeit und der hohe Lebensstandard sind zudem auf Grundlage von hohen Treibhausgasemissionen entstanden. Dieser Reichtum ist Ergebnis des enormen Wirtschaftswachstums des zwanzigsten Jahrhunderts. Er wurde durch ein auf Kohlenstoffnutzung basierendes Wirtschaftssystem ermöglicht. Und deshalb können sie nicht sagen, dass der Wohlstand ihrer sei, sie trügen keine Verantwortung. Denn der Reichtum und die Gewinne resultieren aus demselben Prozess, der die Schäden verursacht. Aus diesen drei Faktoren – Zahlungsfähigkeit, Nutzen von Vorteilen und Problemverursachung – ergibt sich Verantwortung.

Zwei Punkte möchte ich besonders unterstreichen. Erstens ist es wichtig, darauf einzugehen, welche Anteile Menschen zur Verursachung des Problems beitragen. Einige, die oberen zehn Prozent, sind für einen großen Teil der Treibhausgase verantwortlich. Chancel und seine Kollegen fanden beispielsweise heraus, dass die obersten zehn Prozent der Emissionsverursacher für 47,6 Prozent der jährlichen CO₂-Äquivalent-Emissionen verantwortlich sind. Die unteren 50 Prozent sind lediglich für 12 Prozent der CO₂-Äquivalent-

Emissionen verantwortlich. Und wenn wir das oberste Prozent näher betrachten, sehen wir, dass es für 17 Prozent verantwortlich ist. Es gibt also ein Problem der Ungleichheit.

Zweitens ist hervorzuheben, wie Althor et al. zeigen, dass ein großes globales Missverhältnis besteht zwischen den Treibhausgasemissionen auf der einen Seite und auf der anderen Seite diejenigen, die die Hauptlast der Auswirkungen tragen. Und das macht es zu einem Paradebeispiel globaler Ungerechtigkeit. Soviel zu den ersten beiden Aspekten.

(Folie 3)

Aber es gibt noch einen Dritten, vielleicht etwas weniger bekannten Aspekt, den ich wie folgt darstellen möchte: Die Menschheit hat ein Treibhausgasbudget, oder hatte es zumindest. Damit meine ich die Menge an Treibhausgasen, die emittiert werden kann, ohne ernsthafte Risiken einzugehen, katastrophale Schäden zu verursachen. Aber wir haben schon den größten Teil dieses Budgets aufgebraucht, was anderen, zumeist den ärmsten Gesellschaften in der Welt sehr wenig davon übriglässt. Und das bringt sie in eine schwierige, ja tragische Situation. Denn einerseits herrscht dort große Armut und die Gesellschaften brauchen mehr Energie, sie brauchen mehr Strom. Und dennoch können sie ihre fossilen Brennstoffreserven zur Weiterentwicklung nicht nutzen, ohne einen gefährlichen Klimawandel zu verursachen. Diese Situation haben nicht sie herbeigeführt. Verursacht hat es der Teil der Welt, der das Treibhausgasbudget ausgeschöpft hat.

Ich denke daher, dass sich hieraus ein ethischer Imperativ ergibt. Der wohlhabende Teil der Welt, der von der unverhältnismäßigen Verwendung dieser Mittel profitiert hat, muss nun sicherstellen, dass auch weniger wohlhabende

Menschen den gleichen Lebensstandard genießen können, dass ihnen dieser nicht aufgrund des bereits erfolgten Verbrauchs verwehrt wird.

Zum Abschluss dieses ersten Abschnitts möchte ich noch auf einen vierten Aspekt der globalen Gerechtigkeit eingehen, der mit dem Klimawandel zusammenhängt. Ich hoffe, Sie stimmen mir alle zu, dass es unbedingt notwendig ist, unsere Wirtschaft zu dekarbonisieren. Und dies erfordert eine massive Elektrifizierung, elektrische Fahrzeuge, eine erhebliche Ausweitung der Energiespeicherung und beim Gebrauch von Batterien und es erfordert einen massiven Ausbau der erneuerbaren Energien.

Der wichtige Punkt, den ich hier vermitteln möchte, ist, dass diese politischen Entscheidungen Auswirkungen auf die gesamte Welt haben. Und wenn wir nicht vorsichtig sind, werden einige Maßnahmen der Dekarbonisierung moralisch bedenkliche Auswirkungen auf andere Menschen haben. So kann zum Beispiel die Gewinnung von Lithium für Lithium-Ionen-Batterien, die für das ganze Vorhaben essenziell ist, Auswirkungen auf den Zugang zu Wasser für umliegende Ortschaften haben. Die Ansiedlung von Windparks kann zur Vertreibung indigener Bevölkerungsgruppen führen. Die Förderung von Kupfer und Kobalt ist oft mit extrem gefährlichen Arbeitsbedingungen und schlechter Bezahlung verbunden. Es geht also darum, dass wir unsere Wirtschaft unbedingt dekarbonisieren müssen, aber dies muss unter fairen Bedingungen geschehen und nicht auf Basis von Enteignung, Ausbeutung oder durch Zufügen von Schaden.

(Folie 4)

Sehr viel mehr könnte über die Dimensionen der globalen Gerechtigkeit gesagt werden. Dies waren vier Aspekte, die ich hervorheben wollte. Die zweite Frage, zu der ich gebeten worden bin,

Überlegungen anzustellen, bezieht sich auf den Bedarf und die Rolle einer globalen Governance.

Ich möchte diese Frage anhand von vier Punkten beantworten. Erstens ist es schwer vorstellbar, wie wir die bestehenden Probleme ohne eine Form der globalen Governance angehen könnten. Und das gilt vielleicht besonders, wenn wir an Adaption sowie Verluste und Schäden denken – Verluste und Schäden in Bezug auf Kompensationen für verursachte Klimaschäden. Um dies zu erreichen, bedarf es internationaler Verhandlungen. Internationale Verhandlungen haben zum Beispiel zum 1,5-Grad-Ziel geführt. Solch eine Rolle spielen sie.

Gleichzeitig, und das ist Punkt zwei, sind die jährlichen Verhandlungen der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen schlecht dafür geeignet, Klimagerechtigkeit zu realisieren. Ich denke, dass es reale Grenzen gibt in Bezug auf das, was sie tatsächlich erreichen und was sie erreichen können. Beispielsweise waren die COP-Verhandlungen in Ägypten letztes Jahr die 27. COP-Verhandlungen und wir haben noch immer keinen Vertrag, der durchsetzbare Verantwortlichkeiten festlegt. Und ich denke, es kann begründeter Weise angezweifelt werden, ob diese Art von Struktur jemals zu einem entsprechenden Ergebnis führen wird. Daher sind die Ergebnisse in Bezug auf die Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen, Verlusten und Schäden oft recht dürftig. Und der Fortschritt ist schmerzhaft langsam. Sie sind vielleicht das Beste, was bei diesem Prozess herauskommen kann, aber ich denke, es ist wichtig, die Grenzen dieses Prozesses zu erkennen.

(Folie 5)

Ein dritter Punkt, der vielleicht besonders wichtig ist, ist die Tatsache, dass ein Großteil der

entscheidenden Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels innerhalb von Staaten stattfinden muss. Die Hemmnisse der Dekarbonisierung liegen oft innerhalb von Staaten und nicht auf der internationalen Ebene. Ich denke, es wird manchmal angenommen, der Klimawandel sei ein globales Problem, also ein globales Problem kollektiven Handelns, und dass das Problem darin bestehe, dass die Staaten zögerten, Verpflichtungen einzugehen, solange andere dies nicht auch tun.

Und deshalb ist zu erwähnen, dass es eine große Zahl an Forschungsarbeiten von Politikwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern gibt, die dieser Annahme skeptisch gegenüberstehen. Ich zitiere die Quellen in meiner Präsentation. Das Versäumnis der Regierungen, den Klimawandel einzudämmen, ist ihrer Ansicht nach auf den Widerstand innerhalb der Staaten zurückzuführen, der von bestimmten fossilen Energieunternehmen, Verbänden, öffentlichen Versorgungsunternehmen und Beschäftigten in von fossilen Brennstoffen abhängigen Branchen ausgeht. Die Opposition besteht also innerhalb der Staaten und kommt von Akteuren, die ein Interesse an der Erhaltung des derzeitigen Wirtschaftssystems haben. Wenn diese Diagnose richtig ist, dann wird nicht unbedingt mehr globale Governance benötigt, sondern es geht darum, Hindernisse innerhalb von Staaten zu überwinden. Ich glaube, das ist ein wichtiger Punkt, den wir im Hinterkopf behalten sollten.

Der vierte und letzte Punkt, den ich in diesem Zusammenhang ansprechen möchte, ist – um auf die globale Ebene zurückzukommen –, dass die globale Governance in Bezug auf den Klimawandel zweifelsohne verbessert werden könnte. Sie könnte viel inklusiver gestaltet werden, zum Beispiel durch eine höhere Rechenschaftspflicht gegenüber den am stärksten

Betroffenen, und sie könnte deren Stimme viel mehr Gehör verschaffen. Und es ist unabdingbar, dass zukünftige Generation, die schließlich in der Welt leben werden, die wir ihnen hinterlassen, in diesem politischen Prozess angemessenen Schutz erhalten. Sie [die Governance] kann in Bezug auf diese beiden Dimensionen verbessert werden.

Ich möchte aber noch einmal den dritten Punkt hervorheben: Ein großer Teil des politischen Handelns findet innerhalb der Staaten statt.

(Folie 6)

Lassen Sie mich noch kurz zur dritten Frage kommen: Welche Konfliktpotenziale gibt es im Zusammenhang mit dem Klimawandel? Und ja, ich sollte mit einem Hinweis darauf beginnen, dass dies außerhalb meines Fachgebiets liegt. Ich nutze daher die Expertise derjenigen, die sich in diesem Bereich auskennen. Lassen Sie mich zum Abschluss zwei Dinge anmerken, die oft in der Literatur zu dem Thema zu finden sind.

So argumentieren beispielsweise einige Politikwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler dahingehend, Colgan et al. sind ein besonders deutliches Beispiel, dass wir Klimapolitik als einen Konflikt verstehen sollten zwischen denjenigen, die über klimawirksame Vermögenswerte verfügen, also ein Interesse an der Erhaltung einer kohlenstoffbasierten Wirtschaft haben, und denjenigen, die über klimasensitive Vermögenswerte verfügen, also denen, die durch den Klimawandel geschädigt werden oder deren Situation besser wäre, wenn wir das Klimaproblem lösen würden. Im Grunde sagen sie, das Problem sei der Konflikt zwischen diesen beiden Parteien. Zur Gruppe der Klimavulnerablen gehören beispielsweise Personen, die Waldbränden und den schädlichen Auswirkungen des Klimawandels ausgesetzt sind. Dazu gehören auch

Versicherungsunternehmen, die sich um die langfristigen Interessen ihrer Geschäftstätigkeit sorgen. Dazu gehören auch Unternehmen, die von globalen Lieferketten anhängig sind und die zum Beispiel auf den Export von Nahrungsmitteln aus anderen Teilen der Welt angewiesen sind. Der Punkt, auf den sie hinauswollen, ist, dass mit der Verschlechterung des Klimas sich der Konflikt zwischen diesen beiden Parteien immer weiter zuspitzen wird. Denn es geht um den Fortbestand eines bestimmten Energiesystems und darum, dass diejenigen, die von diesem profitieren, gegen diejenigen kämpfen, die dadurch geschädigt werden.

Der letzte Punkt, auf den ich eingehen möchte, bezieht sich auf die Notwendigkeit, Klimakoalitionen einzugehen. Es geht darum, dass das Ausmaß der Konflikte nicht im Vorhinein feststeht. Sie sind vermeidbar, aber um sie zu vermeiden, werden breit aufgestellte Klimakoalitionen benötigt, die sich für eine energische Klimaschutzpolitik einsetzen und von einer Vielzahl von Interessengruppen getragen werden. Und dies ist möglich, wenn politische Maßnahmen vorgeschlagen werden, die nicht nur den Klimawandel eindämmen, sondern auch sicherstellen, dass diese Maßnahmen vulnerablen Gruppen nicht schaden. Zum Beispiel Arbeitnehmer, die in Unternehmen mit intensivem Einsatz fossiler Brennstoffe beschäftigt sind, oder Menschen, die von Energiearmut bedroht sind. Solche Maßnahmen können also von Menschen aus verschiedenen Gründen unterstützt werden: von Menschen, deren Unternehmen durch den Klimawandel gefährdet sind; von Haushalten, die von Waldbränden bedroht sind; von Menschen, die sich aus moralischen Gründen engagieren; und von denjenigen, die sich über Luftverschmutzung und die Zahl der Todesfälle aufgrund schlechter

Luftqualität Sorgen machen. Für wieder andere sind es vielleicht Arbeitsplätze im ökologischen Bereich. Für weitere geht es vielleicht um Energiesicherheit.

Und es gibt hier noch eine tiefere Wahrheit. Bei der Beschäftigung mit dem Klimawandel geht es nie nur um den Klimawandel. Es geht darum, den breiteren Kontext zu berücksichtigen und die Beteiligten fair und gleichberechtigt zu behandeln. Womit wir wieder am Anfang der Betrachtung angelangt sind. Es gab noch andere Fragen, die mir im Zusammenhang mit dem Thema Konflikte gestellt wurden, und ich gehe in der Diskussion gerne auf diese ein, aber mit Blick auf die Zeit werde ich hier schließen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Armin Grunwald

Vielen Dank, Simon, für diesen sehr klaren Vortrag, der unsere Fragen beantwortet hat. Vielen Dank.

Diskussion

Moderation: Armin Grunwald · Deutscher Ethikrat

Wir haben jetzt Zeit für die Diskussion. Ich denke, wir werden sie zweisprachig führen. Fragen an Simon natürlich auf Englisch – und ansonsten können wir zwischen Deutsch und Englisch wechseln. Also bitte ich nun um Fragen, Beiträge, Wortmeldungen. Herr Bormann?

(...)

Alena Buyx

(...)

Hallo Simon, es ist schön, dich zu sehen. Vielen Dank, dass du heute teilnimmst. Also, du hast gesagt, wie ich finde sehr überzeugend, dass es mehrere Grundsätze gibt, die eine Verpflichtung und Pflicht reicher, die Umwelt verschmutzender

Länder unterstreichen, um es ganz unverblümt zu sagen: nicht weiter Schaden anzurichten und Ausgleich zu schaffen. Ich habe zwei Fragen dazu.

Erstens hast du auch erwähnt, dass weltweit ein Prozent, ich glaube 17 Prozent der Emissionen beiträgt, also ein viel höherer, anteilig viel höherer Prozentsatz. Und wir haben ähnliche Zahlen zum Beispiel für Deutschland. Der wohlhabendste Teil der Bevölkerung hat also viel höhere Emissionen. Heißt das aus deiner Sicht, dass es nicht nur um Länder, sondern auch um Personengruppen oder sogar Einzelpersonen geht, bei denen es gerechtfertigt sein könnte, dass sie einen größeren Beitrag leisten? Das ist die erste Frage und ich weiß, dass sie sehr kontrovers ist.

Und zweitens – wobei ich dich schlicht falsch verstanden haben könnte, da ich Probleme mit dem Ton hatte – sagtest du, dass es nicht gerecht sei, Ländern, die betroffen sind und die selbst keine Verursacher sind, nicht zu erlauben, ein gutes Leben zu führen, um es kurz zu fassen. Wir wissen – darüber haben wir im ersten Teil der Anhörung gesprochen –, dass die Situation so ist, wie sie ist, aufgrund des ungezügelter Konsumverhaltens der letzten Jahrzehnte, das in den Ländern mit hohen Emissionen beobachtet werden konnte. Es ist offensichtlich, dass ein gutes Leben nicht bedeutet: zwei Kühlschränke und drei Autos und zwanzig Flüge im Jahr. Gibt es also eine Art – und ich glaube, das ist eine wirklich schwierige Frage – eine Art Imperativ, dass bestimmte Vorstellungen davon, wie ein gutes Leben aussehen sollte, bevorzugt werden, und nicht gesagt wird, na ja, alles ist möglich, selbst wenn es sich um 20 Flüge pro Jahr handelt... nein, eigentlich muss es eine nachhaltige Lebensweise sein? Wenn wir von Kompensationen sprechen, nicht nur von Verlust

und Schäden, sondern darüber hinausgehen, und so habe ich dich verstanden, dann ist der Gedanke, wofür, wahrscheinlich nicht irrelevant. Danke.

Simon Caney

Danke. Ich hoffe, andere hatten keine Tonprobleme. Kann ich kurz zur ersten Frage eine Nachfrage stellen? Geht es dabei um die Bezugsgröße der Analyse? Wenn ich also von dem einen Prozent spreche..., geht es bei der Frage darum, ob Einzelne Verantwortung tragen? Ich möchte nur sichergehen, dass ich die Frage beantworte, die du im Kopf hast.

Alena Buyx

Ja, das ist die einfachste Version dieser Frage. Natürlich gibt es Diskussionen darüber, dass innerhalb von Gesellschaften die Menschen oder Gruppen, die am meisten emittieren, auch den größten Beitrag leisten sollten. Das könnte..., das wird auch diskutiert auf globaler Ebene. Die Analyseeinheit könnte also das Individuum sein. Meinst du, dass es Sinn macht, diese Frage zu diskutieren?

Simon Caney · University of Warwick

Danke für die Präzisierung. Und: Ich freue mich auch, dich zu sehen. Ich werde zwei Punkte in Bezug auf Staaten erläutern. Erstens, wenn wir von globaler Gerechtigkeit sprechen, denke ich, müssen wir von Staaten sprechen, weil sie die politischen Hauptakteure sind. Sie beschließen politische Maßnahmen, sie setzen Dinge um.

Der zweite Punkt ist, dass es sehr unbefriedigend wäre, alles so zu belassen, wie es ist, angesichts der enormen Ungleichheiten innerhalb von Staaten in Bezug auf alle Aspekte, die als moralisch relevant angesehen werden können. Sei es die Menge der Treibhausgasemissionen – enorme Ungleichheiten in vielen Ländern; sei es

die Zahlungsfähigkeit – das Gleiche gilt hier; sei es, wie sehr Menschen von der derzeitigen kohlenstoffbasierten Wirtschaft profitieren. Und ich denke, wir würden dem Phänomen nicht gerecht werden, wenn wir einfach einheitlich die Staaten betrachten, ohne die Blackbox zu öffnen und zu schauen, wie viel Einzelne beitragen. Vor allem, wenn Einzelpersonen, wie das oberste Prozent, einen Beitrag von, sagen wir, 15 bis 20 Prozent leisten, wäre es der Arbeiterklasse dieses Landes gegenüber einfach nicht fair, zu sagen, wir werden ein einheitliches pauschales Maß anlegen, denke ich. Und ich denke, aus der Logik des Verursacherprinzips oder des Prinzips der Zahlungsfähigkeit ergibt sich, dass wir feinkörniger sein müssen.

Eine Sache, die ich hier am Rande noch betonen möchte, ist, dass manchmal die Versuchung besteht, in Bezug auf die Klimaethik zu individualistisch zu sein, auf Einzelne zu zeigen und zu sagen: Sie sind für diese Emissionen verantwortlich. Aber ein großer Teil liegt außerhalb des Einflussbereichs einzelner Personen. Wie viel jemand emittiert, hängt von der städtischen Infrastruktur ab, davon, wie konzentriert sie ist, wie zum Beispiel in Barcelona, oder wie verstreut sie angelegt ist. Darauf haben Einzelne keinen Einfluss. Es hängt davon ab, ob es ein öffentliches Verkehrssystem gibt. Es hängt davon ab, ob die Regierung fossile Brennstoffe oder erneuerbare Energien subventioniert. Wir könnten weitermachen mit der Aufzählung dessen, was nicht im Einflussbereich Einzelner liegt. Daher habe ich Vorbehalte gegenüber einer Art moralisierender Beurteilung des individuellen CO₂-Fußabdrucks, die die Rahmenbedingungen, die oft durch den Staat bestimmt werden, nicht berücksichtigt. Dies sind ein paar Kommentare zur ersten Frage.

Ich möchte mich nun der zweiten Frage zuwenden, die sich auf die eingeschränkte Entwicklung bezieht. Es gibt zwei Dinge, die ich zu diesem Thema sagen möchte. Erstens denke ich, du hast völlig recht, dass wir uns überlegen müssen, was ein gutes Leben bedeutet, oder bei welchen Interessen Menschen ein Recht darauf haben, dass diese befriedigt werden, und außerdem, zweitens, in welchem Umfang diese Interessen befriedigt werden sollten. Und du hast ebenso völlig recht, dass es ökologisch katastrophal wäre, wenn wir sagen würden: „Nehmen wir die USA zum Vorbild und übertragen wir das auf die ganze Welt.“ Aber ich denke nicht, dass dies die einzige oder die richtige Möglichkeit ist, das Thema zu betrachten. Wir brauchen also eine Darstellung dessen, was wirklich wichtig ist. Natürlich können wir das nicht hier und jetzt klären. Aber ich neige zu einer Betrachtungsweise, wie sie Martha Nussbaum und Amartya Sen mit ihrem Befähigungsansatz (Capability Approach) vorschlagen.

Und wir müssen über andere Energiesysteme sprechen. Zum Glück gibt es Solarenergie, Windenergie, Wasserkraft, Gezeitenkraft und Wellenkraft, die in vielen Fällen genauso kostengünstig sind wie fossile Brennstoffe, wenn nicht sogar günstiger. Daher sind für einen guten Lebensstandard und dessen Förderung keine fossilen Brennstoffe erforderlich, sondern die soeben genannten Energieformen. Und ich denke, wenn das umgesetzt ist, kann ich keine Rechtfertigung dafür sehen, zu sagen: Sie müssen weiterhin in Armut leben, in Indien kann es keine Elektrifizierung geben. Wir werden das im Interesse des Klimas verhindern, wenn es andere Möglichkeiten gibt, dass Menschen sich entwickeln und entfalten und ein gutes, erfülltes Leben führen können. Wir könnten natürlich noch weiter über Einzelheiten sprechen... aber es geht

in diese Richtung. Beantwortet dies die zweite Frage? Okay. Vielen Dank.

Judith Simon

(...)

Ich möchte an das anknüpfen, was Stephan Kruijff vorhin gesagt hat. Es ist sehr schwer, nicht in Fatalismus zu verfallen, denn ich habe den ganzen Tag zugehört. Es gibt massive Herausforderungen, begrenzte oder unzureichende Mittel, und es gibt massive Anreize, die dem entgegenstehen, was getan werden muss, psychologischer, politischer, wirtschaftlicher Natur. Wenn dies zutrifft, wäre meine Frage: Aus Ihrer Sicht, denken Sie, dass das Ziel, die Welt lebenswert zu erhalten, unerreichbar ist? Haben Sie noch Hoffnung, dass es verwirklicht werden kann? Und wenn ja, was gibt Ihnen Hoffnung? Das soll keine provokative Frage sein. Das hat mich wirklich bewegt, während ich Ihnen allen zugehört habe. Was ist Ihre Ansicht dazu? Was gibt Ihnen Hoffnung, dass dieses Ziel möglicherweise erreicht werden kann?

Ottmar Edenhofer

Ich werde beginnen und auf Englisch antworten. Meine Argumentation lautet grundsätzlich, dass Optimismus etwas für Menschen ist, die nicht gut informiert sind. Hoffnung ist für Menschen, die etwas tun wollen. In diesem Sinne habe ich Hoffnung und ich denke, es gibt keinen Grund für Fatalismus. Und Fatalismus ist wirklich unser Feind. Denn zu sagen, unser Fortschritt ist nicht schnell genug – und das stimmt –, zu sagen, dass wir uns im Grunde weltweit auf einem Drei- bis Vier-Grad-Pfad befinden – das stimmt... Die Emissionen steigen und steigen. Aber es gibt auch tiefgreifende Entwicklungen. Ich habe den europäischen Green Deal angesprochen, ich könnte auch den Inflation Reduction Act in den

USA erwähnen, ich könnte auch erwähnen, was momentan in Indonesien passiert. Indonesien hat mit einem Emissionshandel für Kohle begonnen. Es gibt mittlerweile enorme Investitionen und große Debatten über eine Reform der internationalen Finanzarchitektur, bei der multilaterale Entwicklungsbanken Kohlekraftwerke in Südostasien kaufen könnten und im Wesentlichen nach und nach aus der Kohle ausgestiegen wird. Zu sagen, dass wir schnell sein müssen, das stimmt, aber ich möchte auch unterstreichen, dass wir erreichbare Ziele haben sollten. Zum Beispiel fragen wir jedes Jahr bei der COP: Ist diese COP ein Durchbruch? Nein. Auch die nächste COP wird kein Durchbruch sein. Ich verrate Ihnen hier kein Geheimnis.

Aber was wir tun könnten, ist, dass wir damit anfangen, zu sagen: Wir setzen uns das Ziel, auszusteigen und für einen weltweiten Kohleausstieg zu arbeiten. Wenn wir weltweit aus der Kohle aussteigen, sagen wir, im nächsten Jahrzehnt, würde uns das Spielraum geben, dass das 1,5-Grad-Ziel in Reichweite bleibt. Können wir das schaffen? Ja, wir können, denn multilaterale Entwicklungen könnten in Südostasien wirklich etwas bewirken. Es gibt dort eine enorme Renaissance der Kohle. Ich habe fast das ganze letzte Jahrzehnt damit verbracht, zu predigen, den Menschen zu sagen, dass wir uns mitten in der größten Kohle-Renaissance seit der Industrialisierung befinden. Das wurde völlig ignoriert, weil die Menschen mir die ganze Zeit gesagt haben: Schauen Sie auf die erneuerbaren Energien. Erneuerbare Energien sind gut, aber in Entwicklungsländern hören die Menschen auf, in die Erneuerbaren zu investieren. Sie brauchen bessere Darlehen, sie brauchen niedrigere Zinssätze, sie brauchen niedrigere Kapitalkosten. Multilaterale Entwicklungen könnten das liefern.

Das sollte, das könnte ein Ziel für die nächsten drei Jahre sein. Es löst zwar nicht das große Problem, aber es ist zumindest ein vernünftiger Zwischenschritt. Und anstatt zu sagen, wir warten auf den großen Knall, auf die große Konferenz, die alle Probleme löst, sollten wir sagen: Wir wollen jetzt wirklich unsere Ziele in praktische Schritte fassen. Und ich denke, das ist machbar und das würde uns Hoffnung geben. Und ich habe diese Hoffnung.

Armin Grunwald

Vielen Dank an Sie, Herr Edenhofer. Und Simon Caney, haben Sie eine Botschaft der Hoffnung für uns?

Simon Caney

Ich bin mir nicht sicher, was die Hoffnung angeht, aber ich möchte mich zu dieser Frage äußern. Ich befürchte, dass wir eine Art Ideologie akzeptiert haben, die besagt, dass das aktuelle Energiesystem essenziell für einen angemessenen und guten Lebensstandard sei. Und wir finden es unvorstellbar, etwas anders zu machen. Deswegen denke ich, sollten wir uns über Politik Gedanken machen und über eine Politik des Wandels. Und wenn wir das tun, sehen wir, wie viele verschiedene Wählergruppen es gibt, die sich hinter eine ehrgeizige Klimagesetzgebung stellen würden. Es gibt Menschen, die das derzeitige System ablehnen, weil die Förderung und der Transport von Öl auf ihrem Land ihren Lebensgewohnheiten entgegensteht. Es gibt Menschen, die über die große Zahl an Menschen, die jedes Jahr an den Folgen von Luftverschmutzung stirbt, beunruhigt sind, und ich denke, das sollten wir alle sein. Und wenn wir dann den Verteilungseffekt betrachten und fragen, ob die Transformation zu Lasten der Allgemeinheit gehen würde, scheinen mir die Zahlen sehr klar zu sein. Aber es ist nicht

zwangsläufig so. Darum habe ich darauf hingewiesen, wer die größten Verursacher des Klimawandels sind. Das bedeutet, wir können ambitionierte Klimaziele haben, die die Menschen nicht schlechterstellen. Tatsächlich wird es ihnen besser gehen, aufgrund der Vorteile für die Gesundheit, aufgrund von Beschäftigungsmöglichkeiten im Bereich grüner Berufe, weil die Preise für erneuerbare Energien sinken.

Ich bin mir nicht sicher, ob das zum Thema Hoffnung passt, es ist vielmehr eine Analyse der zugrundeliegenden Dynamiken und der Frage, wie viele Menschen durch eine Abkehr vom derzeitigen System bessergestellt würden. Ich denke also, dass wir vielleicht alle zu der Gruppe gehören, die glaubt, dass dieses System dauerhaft und stabil ist. Aber das ist nur eine Illusion, denke ich. Es ist eine Illusion, weil viele Menschen davon zunehmend geschädigt werden. Daher denke ich, dass es eine Dynamik hin zu einem radikalen Wandel gibt. Ich bin nicht sicher, ob das Hoffnung gibt, aber es ist ein Grund, nicht zu denken, dass wir in dieser Situation feststecken.

Phillipp Staab

Lassen Sie mich die Frage umformulieren, so dass ich sie als Soziologe beantworten kann. Für mich würde die Frage also lauten: Kann eine Gesellschaft, die immer mehr ihrer Ressourcen für die Eindämmung des Klimawandels und die Anpassung an den Klimawandel aufwenden muss, und gleichzeitig den Menschen viel vermitteln muss, was wir als schmerzhaft empfinden, kann eine solche Gesellschaft tatsächlich ein gutes Leben bieten? Oder enthält es eine Art Versprechen? Und ich glaube, das tut es tatsächlich. Warum ist das so? Nun, zunächst einmal ist die Art von Modernität, an die wir uns gewöhnt haben, also diese ganze Sache, die ich

sozusagen als eine Frage der Selbstentfaltung, der individuellen Freiheit und so weiter einordne... sie ist auch eine Quelle recht großen Leids, und zwar nicht nur in Bezug auf Externalitäten in anderen Teilen der Welt, sondern auch in Bezug auf das, was sich innerhalb der Gesellschaften abspielt, in Bezug auf Burnout-Syndrome, Überindividualisierung, all diese Dinge, die sehr gut dokumentiert sind in der Soziologie, Psychologie und so weiter.

Was hat also eine Gesellschaft zu bieten, die sich wirklich aktiv und offensiv auf die Selbsterhaltung als Hauptprojekt konzentriert? Nun, zunächst einmal gibt es nichts, was offensichtlicher einen Sinn vermitteln könnte, Sie wissen schon, einen Sinn in der Art wie Max Weber es formuliert hat, oder? Warum tun wir etwas? Nun, um uns selbst zu erhalten. Das ist eine großartige Quelle der Legitimität, wenn dies einfach in der Öffentlichkeit verbreitet wird, und sie bietet auch eine bestimmte Art von Freiheit, wenn man so will, nicht wahr? Warum? Sie bietet ein Instrument oder einen Weg zu kollektivem Engagement, das vielen, vielen Menschen fehlt – was an sich schon eine Quelle großen Leids darstellt. Was wir dafür brauchen, so würde ich argumentieren, sind Möglichkeiten. Wir müssen vor allem auf politischer Ebene Möglichkeiten schaffen, für eine Form der koordinierten Beteiligung, insbesondere bei den adaptiven Formen des Engagements, die wir in der Gesellschaft haben, weil dies ganz offensichtlich ist. Menschen möchten etwas tun gegen Wasserknappheit, Waldbrände, oder was auch immer. Ich denke, wir sprechen in gewisser Weise bereits darüber, zum Beispiel in Deutschland. Denken Sie an Pflichtdienste, die Rückkehr der Pflichtdienste. Der Hauptgedanke dabei ist, zu sagen: Wenn uns die Psychologie etwas lehrt, dann ist es, dass Menschen, die etwas tun müssen,

dies nach einer gewissen Zeit unterstützen, einfach weil sie es tun müssen. Verstehen Sie? Und ich denke, dass dies eine Form des politischen Machiavellismus ist, die wir nutzen müssen. Wenn Sie eher ein Liberaler sind, liberal im deutschen Sinne, könnten Sie auch über massive Steuersenkungen für jede Art von Anpassungsleistung nachdenken, um die Menschen zum Handeln zu bringen, richtig? Das wäre eine großartige Motivation. Oder digitale Plattformen könnten zur Mobilisierung gegen die Krise genutzt werden. Wissen Sie, während der Pandemie wussten wir nicht einmal, wer arbeitete..., wer welche Fähigkeiten hatte, um die soziale Arbeit, als adaptive Antwort auf die Krise, zu verteilen. Es gibt also eine Menge kleinerer Dinge, die wir tun könnten, um diese Art von Mobilisierungslogik zu schaffen, die über das bloße Hoffen auf die Zivilgesellschaft und das Auslagern der politischen Verantwortung in die Zivilgesellschaft hinausgeht.

(...)